Antifaschistisches Info Blatt

Antifaschistisches info Blatt

Nr. 78 | Frühjahr 2008 | 3,10 EUR | Ausland 4,10 EUR

Die NPD/JN

Zwischen Chaos und Erfolg

Geschichte

Der »Maji-Maji«-Krieg von 1905–1907

International

Interview mit russischen Antifas

Inhalt

AIB 78 1 · 2008

Rubriken

Titel

NS-Szene

Antifa

Rassismus

Geschichte

Gesellschaft

Braunzone

Repression

International

Antifaschistisches Infoblatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

mail@antifainfoblatt.de

www.antifainfoblatt.de

Editorial

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen

Als vor einigen Wochen die Wahlberechtigten Hessens und Niedersachsens zur Wahlurne gerufen wurden, stand bereits fest, daß extrem rechte Parteien wie NPD, REP und DVU keine große Rolle spielen würden. Weder im Wahlkampf, noch in den Medien konnten eigene Akzente gesetzt werden. So erreichte die extreme Rechte in Hessen knapp zwei Prozent der Stimmen (REP 1%; NPD 0,9%). Bei fast gleicher Wahlbeteiligung bedeutete dieses Ergebnis einen Zuwachs von ca. 6.000 Wählerstimmen auf insgesamt ca. 51.000 Stimmen gegenüber 2003 – »Volksfront« sieht anders aus. In Niedersachsen erreichte die NPD mit 52.000 Stimmen 1,5 Prozent der gültigen Zweitstimmen und steigerte damit den Anteil extrem rechter Wählerstimmen um 1,1 Prozent im Vergleich zu 2003. Eine Woche vor den beiden Landtagswahlen zeichnete das Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« ein desolates Bild der NPD. Das Hamburger Magazin zitierte genüsslich aus internen Unterlagen und Korrespondenz der NPD-Führungsriege und kommt zu dem Schluss, die NPD sei durch interne Querelen und massive Finanzprobleme gezeichnet und stehe bereits kurz vor dem Ende. So spalte der Streit um den Umgang mit den »Freien Nationalisten« sämtliche Landesverbände und den Bundesvorstand und trotz immensen Einnahmen aus der staatlichen Parteienfinanzierung scheint die Partei fast vollständig am Tropf ihres Finanziers Jürgen Rieger zu hängen. Trotz der desolaten Lage der Parteien der extremen Rechten, beherrschten Themen wie Migrationspolitik und Rassismus über Wochen die Berichterstattung über den Wahlkampf in Hessen. Dies war nicht auf eine Intervention der extremen Rechten zurückzuführen, sondern auf Roland Kochs (CDU) rassistische und populistische Kampagne zum Thema Jugendgewalt. Obwohl Koch die Verschärfung von Jugend- und Ausländerrecht forderte, um an die Erfolge einer ähnlichen Kampagne des vorherigen Wahlkampfs anzuknüpfen, gelang es ihm diesmal nicht die anderen Parteien vor sich herzutreiben und er verlor massiv an Stimmen. Verlautbarungen, daß in Deutschland mit Rassismus und Populismus, keine Wahlen mehr gewonnen werden könnten, sollte mit Vorsicht begegnet werden. Umfragen zeigen, dass weder die Themen noch die Lösungsvorschläge von Koch auf breite Ablehnung stießen, sondern ihm schlicht die Lösungskompetenz dafür abgesprochen wurde. Das diese Lücke nicht von der extremen Rechten gefüllt werden konnte, ist eher deren innerer Verfasstheit als der Immunisierung der Bevölkerung gegen rassistischen Populismus zu verdanken.

In unserer letzten Ausgabe haben sich einige Fehler eingeschlichen. Im Artikel »In Kameradschaft treu« muss es natürlich Edmund Stoiber heißen und nicht Manfred Stoiber, das Bild auf Seite 27 stammt aus dem Jahr 1979 und nicht aus 2007.

Ganz besonders möchten wir uns für ihre Spende bei den »Toten Hosen« bedanken ! ■

Wieder trauern wir um Opfer von Neonazigewalt in Europa. Am 11. November 2007 wurde in Madrid der 16jährige Antifaschist Carlos (unten rechts) erstochen. Er war mit Freunden auf dem Weg zu einer Kundgebung gegen die Jugendorganisation der neofaschistischen »Democracia Nacional«, als sie auf eine Gruppe Neonazis trafen. Es kam zu einer Auseinandersetzung, bei der ein 24jähriger Neonazi Carlos erstach.
Am 5. Dezember wurde in St. Petersburg der 21jährige Aleksei »Red« Kovrizhkiy (unten links) schwer verletzt, als Neonaziskinheads ein Punk-Konzert überfielen. Aleksei prügelten sie ins Koma, aus dem er nicht mehr erwachte. Nach einer Woche erlag er seinen Verletzungen. Keiner der Angreifer wurde festgenommen.
Am 18. Januar 2008 starb in Prag der 18jährige Antifaschist und Redskin Jan Kucera (oben links) bei einer Auseinandersetzung mit Neonazis, er wurde erstochen.
In Kiew wurde am 27. Januar 2008 ein 19jähriger Kongolese tot aufgefunden, der an zahlreichen Stichwunden gestorben war. Beobachter gehen von einem rassistischen Mord aus. ■

Polizei ohne Kontaktscheue zur militanten Anti-Antifa

Infos unter http://stopptantiantifa.blogsport.de

Am frühen Morgen des 17. Januar 2008 drangen Berliner Polizisten in mehrere Wohnungen ein, ermittelt wird gegen drei junge Antifa-Stand-Betreuer nach § 33 des Kunsturhebergesetzes. Es geht um ein Anti-Naziplakat, welches bei einem antifaschistischen »Aktionstag« gezeigt worden sein soll. Erst vor kurzem hatten ähnliche Ermittlungen des LKA gegen Fotografen für Schlagzeilen gesorgt (siehe AIB #77). Damals waren die Ermittlungen eingestellt worden, obwohl von Seiten des Berliner LKA alles daran gesetzt wurde Durchsuchungen durchführen zu dürfen. Selbst die Staatsanwaltschaft kritisierte die Ermittlungsmethode öffentlich als »Müll« und »bizarr«, umso erstaunlicher, das im Dezember 2007 Berliner Neonazis Post vom LKA erhielten und aufgefordert wurden potentielle Fotografen beim Staatsschutz zu belasten. Der Trick bei der Sache: Erst am 24. Oktober 2007 sei im Internet das sogenannte »Nazi-Memory« aus dem Jahr 2005 festgestellt worden. Eine öffentliche Verbreitung konnte zuvor eben nicht festgestellt werden. Das Vorgehen wirft Fragen auf. Immer wieder werden von namentlich bekannten Neonazis Fotografien und Namen von Antifaschisten veröffentlicht, ohne das die Betroffenen polizeilicherseits informiert oder zu potentiellen Fotografen befragt worden sind. So geschehen im Juni 2007 als die neonazistische Internetseite »Gegen Antifa Pankow« Fotos und Namen von vermeintlichen Antifaschisten veröffentlichte oder im August 2005 als eine Potsdamer »Anti-Antifa« Fotos und Adressen von Antifaschisten und Journalisten ins Internet stellte (siehe AIB #62). Auf einer Berliner Neonaziwebseite aus dem Umfeld der verbotenen »Kameradschaft Tor« heißt es »Lassen wir uns überraschen wie die Veröffentlichung bzw. die Recherchearbeit der Beschuldigten strafrechtlich bewertet wird«, nebenbei nennen die Neonazis die Vor- und Zunamen der Beschuldigten, diese hatte Ihnen das LKA in einem Schreiben gleich mitgeliefert. Im Raum Nürnberg/Fürth nutzte die Polizei im Dezember 2007 illegal erstelltes »Anti-Antifa« Material einer neonazistischen Internetseite für Ermittlungen gegen Antifaschisten. Das Nürnberger Polizeipräsidium bestätigte gegenüber der Presse, dass es gängige Praxis sei, Fotos der »Anti-Antifa« für Ermittlungen zu verwenden. ■

Thor Steinar: Das Imperium zerfällt

Mit nordischer Attitüde und der germanischen »Naudiz«-Rune tritt seit Sommer 2007 ein neues Modelabel namens ERIK & SONS in diversen Neonazi-Versänden auf. Auffallend ist das professionelle Marketing und die von Anfang an umfassende Vertriebsstruktur, die auch Versände im benachbarten Ausland einschließt. Die Markenrechte für »ERIK AND SONS«, »ERIK & SONS« und »ERIK & SONS VIKING BRAND« liegen seit der Anmeldung im November 2006 bei Dr. Petra Maier aus Senzig (Königs Wusterhausen). Auch eigene ERIK & SONS-Webseiten wurden angemeldet, um diese Marke in Deutschland und Tschechien zu vertreiben. Diese Homepages führen zu den Firmennamen HJN Outdoor Products, Vikingtex und Danneland GmbH. Die Firma Danneland GmbH residiert im Hunsrück-Örtchen Völkenroth (Rheinland-Pfalz), wo Danneland-Geschäftsführer Hans-Jürgen Neu das Ladengeschäft HJN Outdoor-Products betreibt, das bislang als autorisierter Verkäufer der Modemarke »Thor Steinar« (TS) auffiel. Zu »Thor Steinar« und deren Firma Mediatex GmbH führen jedoch noch weitere Wege. So steht die Firma Tex.Sell aus Wildau (bei Königs Wusterhausen) für den Internet-Auftritt und den Vertrieb von ERIK & SONS – der Inhaber ist ein alter Bekannter: Udo Siegmund hatte vor einigen Jahren die Homepages von TS angemeldet, im Jahr 2005 war er zu Gast bei einem Neonazikonzert in Schweden. Später trat er als Geschäftsführer der schwedischen Firma Ronnytex AB auf. Zu deren undurchsichtigem Firmengeflecht wurden auch die Firma Sinotexes AB (Schweden) und Skytec Outlets GmbH (Berlin) gezählt, welche im »Thor Steinar«-Vertrieb tätig war (Vgl. AIB #71). Nun ist Siegmund bzw. die Firma Vikingtex (Niederlehme) zuständig für den Internet-Auftritt des Ladengeschäftes Landskamp im Berlin-Treptower Baumschulenweg, das ausschließlich Produkte von »ERIK & SONS« anbot. Landskamp öffnete Ende 2007, schloss jedoch wenige Wochen später und stellt nun eine Neueröffnung im Januar 2008 in Aussicht. Die Trennung von Siegmund verlief offensichtlich nicht im Guten. Im Sommer 2007 warnte TS in einem Rundschreiben (»Das Imperium schlägt zurück«) vor »Trittbrettfahrern, Kopierern und Betrügern« und antwortete damit auf szeneinterne Kritik an ihrer Marke, die den Machern unter anderem vorwirft, sich der Szene entfremdet zu haben und in der Türkei und China zu produzieren. Ausgerechnet ERIK AND SONS wird von den Kritikern als »ehrliche Marke« genannt. Bereits im Sommer 2007 gründete Axel Kopelke, bis dato neben Uwe Meusel »Chef« von TS, eine neue, bislang recht undurchsichtige Textilfirma namens Comdesign Textile AG im Schweizer Kanton Zürich und schied kurz darauf als Geschäftsführer der TS-Firma Mediatex GmbH (Zeesen) aus. Zuvor jedoch meldete er das Markenzeichen »Thor Steinar« in knapp 30 Warenklassen an. Wer also jemals auf die Idee kommen sollte, unautorisiert Speiseeis oder »Flächengleiter« mit dem TS-Logo anzubieten, darf sich auf eine saftige Rechnung von Axel Kopelke freuen. Welch absurde Züge das Gerangel um die Modelabels annimmt, wird auch daran deutlich, dass am 29. März 2007, einen Tag bevor ERIK & SONS im Markenregister des Deutschen Patent- und Markenamtes veröffentlicht wurde, dort eine neue Marke angemeldet wurde, ihr Name: Eriksson. Markeninhaber ist die Mediatex GmbH. ■

Halbe: Bußgelder zurückgenommen

Die Blockade des Neonazi-Aufmarschs am 3. März 2007 im brandenburgischen Halbe durch etwa 70 AntifaschistInnen endete mit Bußgeldbescheiden wegen »Verstoß gegen das Versammlungsgesetz« in Höhe von jeweils 127 Euro. Über 20 der Beschuldigten verweigerten die Bezahlung. Am 5. November 2007 entschied Richter Wernicke vom Amtsgericht Zehdenick in einem Sammelverfahren gegen zwölf der Antifas, dass die Verhängung des Bußgeldes unzulässig war, da keine Ordnungswidrigkeit im Sinne des Versammlungsgesetztes vorlag. Vielmehr ist die Blockade als eine spontane Versammlung zu werten, die wie der Neonazi-Aufmarsch, schützenswert sei. Es hätte einer deutlich vernehmbaren Auflösungserklärung der Polizei bedurft, bevor die Straße geräumt wurde. Diese Erklärung habe es aber nicht gegeben. Damit sei die Räumung rechtswidrig erfolgt und so könne auch keine Ordnungswidrigkeit vorliegen. Staatsanwalt Löwitsch legte gegen den Beschluss Revision ein. Noch im November 2005 hatten ranghohe PolitikerInnen einen ähnlichen Aufmarsch in Halbe ungestraft blockiert. Entwarnung ist trotz dieses Urteils nicht zu geben. Blockaden, die als legitimes Mittel gegen Neonazi-Aufmärsche von der Kampagne »NS-Verherrlichung-Stoppen« propagiert werden, können nun unter Umständen teuer werden. Antifas haben nicht nur den Polizeiknüppel zu fürchten, sondern sollen in Zukunft durch die Androhung von Bußgeldern von Blockaden abgehalten werden. Gerüchten zufolge soll Mitte März ein weiterer Neonazi-Aufmarsch zum größten deutschen Soldatenfriedhof in Halbe ziehen. ■

Neues dazu unter: redhalbe.de.vu und ns-verherrlichung-stoppen.tk
Spendenkonto für die Gerichtskosten:
Berliner VVN-BdA, Franz-Mehring-Platz 1

Postbank Berlin
BLZ 100 100 10
KtoNr. 315 904 105
Kennwort: Halbe Sachen

»Time to fight III«: Neonazi-Kämpfer treten nach antifaschistischer Intervention nicht an

Bereits zum dritten Mal fand am 8. Dezember 2007 die Thaibox-Veranstaltung »Time to fight (TTF)« in der Stadthalle Neumünster statt. Während das Event 2005 von Antifaschisten noch nicht wahrgenommen wurde, kam es 2006 nach TTF II zu Übergriffen von Neonazis auf Besucher eines linken Jugendzentrums in Neumünster.

Wer hinter TTF III steckte und an welches Publikum sich das Angebot richtete, war dann unverkennbar. So firmierte der mehrfach vorbestrafte ehemalige »Combat18«-Aktivist und Anführer der »Kameradschaft Pinneberg«, Klemens Otto, als Ansprechpartner für Kämpfer und Sportclubs, während sein »Outlawstore« als Hauptsponsor für das Event warb.

Das Plakat zu TTF III zeigte ebenfalls gleich mehrere bekannte Gesichter aus der militanten Neonazi-Szene. Auf einer ersten Version war Hannes Franke abgebildet, bekannt als Mitglied der »Kameradschaft Hildesheim« und verurteilt wegen der Herausgabe des »Blood & Honour«-Magazins »Axtschlag«. Auf einer später verbreiteten zweiten Version des Plakats hießen die Hauptkämpfer »Celly« und »Marco«, wobei es sich um Marcel Ulrich und Marco Müller handelte. Ulrich betreibt gemeinsam mit Hannes Franke das Tätowierstudio »Bulletproof« in Munster und muss ebenfalls der Neonazi-Szene zugerechnet werden. Müller ist als Aktivist des Neumünsteraner »Club88« bekannt, sein Bild findet sich gleich mehrfach in einem Jahreskalender des Neonazi-Treffpunktes.[1]

Als Antifaschisten in einer Pressemitteilung ihre Befürchtungen äußerten, dass es sich bei TTF III um ein Kampfsport-Event von Neonazis für Neonazis handeln könnte, kam es zu zahlreichen öffentlichen Reaktionen. So kündigten die Betreiber der Stadthalle an, eine Kündigung zu prüfen, beließen es aber letztendlich bei einer Reihe von Auflagen an den Veranstalter Arnd Bunk. Bunk, der in Neumünster das »Zenthai-Gym« betreibt, in welchem auch Klemens Otto trainiert, behauptet in mehreren Zeitungsinterviews, die beanstandeten Kämpfer »gehören zu meinem Freundeskreis« und er glaube ihnen, dass »sie geläutert sind«[2]. Als Begründung führte er u.a an, sie gäben nach Kämpfen dem Gegner die Hand und zu denen zähle neben Türken und Russlanddeutschen auch »ein Zigeuner«.[3]

Hannes Franke, Marcel Ulrich und Marco Müller traten letzlich aufgrund öffentlichen Drucks nicht an, was vor Ort hinter vorgehaltener Hand für Unmut sorgte. Alle drei waren aber bei TTF III anwesend. Ebenso Klemens Otto, der offenkundig organisatorische Aufgaben inne hatte. Ulrich stand bei zwei Kämpfen als Coach in der Ringecke, den Rest des Abends verbrachte er gemeinsam mit Franke und dem niedersächsischen »Blood & Honour«-Aktivisten Hannes Knoch[4] auf der VIP-Tribüne. Während sich im normalen Publikumsbereich neben zahlreichen Kutten der Rockergruppe Hells Angels lediglich einige wenige Thor-Steinar-Träger fanden, mussten Antifaschisten im VIP-Bereich Verstöße gegen die angekündigten Auflagen des Hallenbetreibers feststellen. So wurden dort eindeutige Symbole der Neonazi-Szene offen gezeigt, unter anderem T-Shirts mit dem Aufdruck »Opa war in Ordnung«. Der Abend selbst fand unter Beoachtung der Polizei und vor ca. 350 Zuschauern statt und verlief ohne besondere Vorkommnisse. ■

[1] Der ursprünglich angekündigte Kämpfer Marco Müller (unten links) posiert im »Club 88«-Kalender. Auf seinem Bauch ist ein »Klansman«-Tatto des rassistischen »Ku-Klux-Klan« zu sehen.

1| http://www.antifainfo.de/cms/?p=34
2| taz 8. Dezember 2007 »Grüne stehen im Ring«
3| Kieler Nachrichten vom 6.Dezember 2007 »Kickboxen: Wird die rechte Szene gepusht?«
4| Antifaschistisches Infoblatt Nr. 76 »Von Blood & Honour zu Combat&Survival?«

NPD: Zwischen Chaos und Erfolg

In dieser Ausgabe beschäftigen wir uns schwerpunktmäßig mit der NPD und ihrer Jugendorganisation (Seiten 10–11). Immer wieder fällt bei Recherchen zur NPD auf, dass kein homogenes Bild der Partei zu zeichnen ist. Je nach Region, Zeitpunkt und jeweiligem Führungspersonal bietet die NPD den Eindruck einer aufstrebenden Partei, einer politischen Konstante oder eines zerstrittenen Haufens.

Das Magazin SPIEGEL berichtete kürzlich über Tausende interne Dokumente laut denen die NPD in einem maroden Zustand sei. Heftig umstritten innerhalb der Führung sei vor allem der Umgang mit den sogenannten »Freien Kräften« aus der Neonazi-Szene. Ein Ausdruck dieses Konfliktes ist der Streit um den »Schwarzen Block« (Seiten 8-9). Das Konzeptpapier eines Bundesvorstandsmitgliedes für die Parteiführung legt, laut SPIEGEL, erhebliche strukturelle Defizite in der Partei offen. So habe die NPD »zu wenig Mitglieder und Funktionsträger, um flächendeckend Wahlkampf führen zu können«, es fehle an Spendern und ausreichender »Unterstützung aus dem nationalen Umfeld«. Die Berichte über regionale erfolgreiche Aufbauarbeit der Partei in dieser Ausgabe (Seiten 12–17) sollen diese Gesamteinschätzung nicht widerlegen, sondern auf andere regionale Entwicklungen aufmerksam machen. Entwicklungen, die immerhin zum Einzug in regionale Parlamente führten und führen können. Auch wenn ein Ende der NPD aus unserer Sicht noch lange nicht in Sicht ist, belegen Informationen – welche Szeneinsider den Informanten des Antifaschistischen Infoblattes zukommen ließen – die Einschätzungen der »chaotischen Zustände« in der NPD. Doch interne Querelen, Krisen und Finanzprobleme sind eigentlich keine Neuigkeiten, sondern fester Bestandteil der extremen Rechten in Deutschland und vor allem der NPD. Trotzdem soll an dieser Stelle anhand eines Konfliktes um einen Auftritt von NPD-Funktionären in Ungarn die Konfliktlinien innerhalb der NPD Führung nachgezeichnet werden.

»NS-Kult in Budapest«

so lautete die Überschrift eines AIB Artikels (AIB #75) über die Beteiligung deutscher NPD-Funktionäre am »Tag der Ehre« im Februar 2007 in Ungarn. Am Endes des Artikels schrieben wir: »So berichteten Augenzeugen davon, dass Bordin ausgelassen auf der Bühne den Hitlergruß gezeigt haben soll. Es bleibt abzuwarten, ob er sich damit innerhalb der bayerischen NPD Plus- oder Minuspunkte erarbeiten wird.« Nachdem das Politmagazin PANORAMA über den Ausflug und das Benehmen der bayerischen NPD Funktionäre berichtet hatte, kam es – nach Aussagen von Szeneinsidern – zu einem massiven parteiinternen Konflikt in den NPD-Gremien bis hin zum Präsidium. Ende April 2007 stritt die NPD Führung demnach über eine Erklärung zu dem Vorfall und der PANORAM-Sendung. In einem Textentwurf von Parteichef Udo Voigt soll hierzu gestanden haben: »Die (...) präsentierten Aufnahmen mit Hitlergruß und ›antisemitischen Ausfällen‹ sind weder mit dem Wollen der Nationaldemokraten vereinbar, noch mit dem Geist oder Inhalt des Parteiprogramms. NPD-Mitglieder und Funktionsträger, welche sich daran beteiligen, schädigen das Ansehen der Partei und können demzufolge durch Einleitung eines Schiedsgerichtsverfahrens aus der NPD entfernt werden.« Die bayerischen NPD-Funktionäre Matthias Fischer und Norman Bordin seien ermahnt worden, »dass ein entsprechendes nachweisbares Verhalten als grob parteischädigend gewertet würde und sie sich als verantwortungsbewusste Führungskräfte bei einer Teilnahme an ähnlichen Konzerten, angesichts derartiger Ausfälle, unverzüglich zu entfernen oder das Konzert abzubrechen hätten«. Ein alternativer Textentwurf von Holger Apfel (stellvertretender NPD-Parteivorsitzender) soll die Schärfe der Erklärung leicht abgeschwächt haben. Es waren zwar demnach nur zwei minimal verschieden ausgerichtete Entwürfe im Gespräch, doch allein der

[1]

Umfang der Verbreitung der Erklärung soll genügend Stoff für Konflikte geboten haben. Klaus Beier (NPD-Amt Presse- und Öffentlichkeitsarbeit), Frank Schwerdt (NPD-Amt Recht) und Andreas Molau (NPD-Amt Bildung) wollten es demnach bei einer parteiinternen Protokollnotiz belassen. Parteichef Udo Voigt soll sich hingegen für eine Veröffentlichung im NPD-Rundschreiben ausgesprochen haben, während sich Holger Apfel und Sascha Rossmüller (stellvertretender NPD-Parteivorsitzender) für eine Veröffentlichung im Internet stark gemacht hätten. Eine Umfrage im NPD-Präsidium ergab anschließend wohl eine knappe Mehrheit für den Text von Holger Apfel und eine deutliche Mehrheit für eine reine Aufnahme in das interne Protokoll. Nach Aussagen von einem unserer Informanten soll Holger Apfel über die Degradierung seiner Erklärung zu einer Protokollnotiz so erbost gewesen sein, dass er das Verhalten der Parteiführung intern als ein typisches Zeichen für Führungsschwäche und Feigheit bezeichnet habe. Holger Apfel soll bereits seit längerem über das nachgiebige Auftreten des Parteipräsidiums gegenüber dem »allerletzten Narrensaum«, d.h. dem neonazistischeren Flügel der Partei, verärgert sein und drastische Maßnahmen (Schiedsgerichtsverfahren) gegen Funktionäre der »Freien Kameradschaften« bei »NS-Spinnerei« in der NPD befürworten. Die NPD Fürth verbreitete in einer weit gestreuten Stellungnahme von Matthias Fischer und Norman Bordin die Gegenposition zu Apfels Standpunkt. Sie stellten klar: »Wir werden uns aber auch in Zukunft weder von Landesvorstandmitgliedern noch von sonst jemanden vorschreiben lassen, welche Konzerte wir als Privatpersonen besuchen und welche nicht. Da wir dort nicht in der Eigenschaft als Parteivertreter sind, sehen wir auch keine Veranlassung eine solche Veranstaltung zu verlassen, auch wenn dort Dinge geschehen, die mit den nach außen geäußerten Vorstellungen der NPD nicht im Einklang stehen könnten.« Sascha Rossmüller ließ eine Antwort innerhalb der bayerischen NPD kursieren, in der er versicherte, niemandem seine Teilnahme an Konzerten verbieten zu wollen. Er betonte jedoch: »Wir kämpfen mit Blick auf 2008 in erster Linie um die Nichtwähler und die enttäuschten wertkonservativen CSU-Abtrünnigen – es ist nicht so, dass nationalsozialistische Volksmassen darauf warten, uns die Macht in die Hände zu legen.« Der bayerische NPD-Funktionär Kai Limmer hingegen soll – Aussagen regionaler NPD Insider gegenüber einem Informanten zu Folge – intern sinngemäß geäußert haben, man solle bedenken, wie viele NPD-Interessenten sich wünschen würden, dass ein kleiner Hitler (»kleiner 18«) wiederkommen müsse. Uwe Meenen soll gefordert haben, dass sich die bayerische NPD explizit hinter Fischer und Bordin stellen müsse, da dies von »jungen und revolutionären Kameraden« zu Recht erwartet werde, um ihnen den Rücken zu stärken. Ansonsten würde die Gefahr bestehen, dass »junge und revolutionäre Kräfte sich der Mitarbeit im Landesvorstand künftig verweigern werden«. Wenn dies der Fall sein würde, könne die bayerische NPD die Landtagswahl so gut wie vergessen, hieß es demnach.

Volksfront – Dauerstreitthema ?

Gerade dieser taktische Umgang mit den »jungen und revolutionären Kameraden« bzw. dem radikaleren Flügel um die »Freien Kameradschaften« ist der ständig wiederkehrende Streitpunkt innerhalb der NPD. Nach Aussagen von einem NPD-Insider soll eine angebliche Kandidatur Bordins zum JN-Bundesvorsitzenden eine erneute Belastungsprobe für die Partei in diesem Punkt gewesen sein. Jürgen Gansel (NPD-Amt Politik) soll dies intern als Weg in den »politikunfähigen Szenesumpf« und Affront gegen die Parteispitze gewertet haben. Auch soll Jürgen Gansel Teilen der NPD Führung vorwerfen, den »Hardcore Nostalgikern« um Thomas Wulff (NPD Koordinator der freien Kräfte) und Norman Bordin zu viel »sinnlose Radikalisierung« durchgehen zu lassen, so dass diese immer frecher werden könnten.

Die Zusammenarbeit der NPD mit den »Freien Kameradschaften« scheint also auch zukünftig noch genügend Konfliktpotential in sich zu bergen. Ob die »Volksfront« zwischen NPD, DVU und »Freien Kameradschaften« längerfristig eher ein Gewinn oder ein Verlust für die NPD ist, bleibt hierbei abzuwarten. ■

[1] Budapest – 10. Februar 2007 – Auf dem Heldenplatz hielten ca. 1.000 Neonazis eine Kundgebung unter dem Motto »day of Honour« ab. Dazu hatte die »Bewegung für die Einheit der Heimat« aufgerufen und Neonazis aus Deutschland, England, Schweiz, Kroatien und anderen Ländern waren gefolgt. Mit dieser Kundgebung bezogen sie sich auf die letzte große Schlacht der Ungarichen Pfeilkreuzler und der Deutscher Wehrmacht bzw. Waffen-SS gegen die Rote Armee im Jahre 1944.

Hier: Der NPD-Vorsitzender Udo Voigt spricht zu den Kundgebungsteilnehmern.

Nicht sanktionsfähig

Die Ausgrenzung des »Black Block« scheitert

Die NPD führt das »Volksfront-Bündnis« mit den freien Kameradschaften zwar an, verfügt jedoch nicht über die Stärke, um ihr nicht genehme Kräfte aus der Bewegung zu drängen.

Die Partei versuchte, den »NS Black Block« auszugrenzen, scheiterte jedoch an der Kritik aus der Kameradschaftsszene und musste sich schließlich vom eigenen Beschluss distanzieren.

Die »Black Block«-Diskussion fand zwischen August und September 2007 statt. Obwohl sie schon etwas zurückliegt, verdient sie eine rückblickende Betrachtung. An ihr lässt sich ablesen, wie fragil das »Volksfront«-Bündnis zwischen NPD und Kameradschaften ist, wenn es zu Belastungsproben kommt. Die NPD ist die Kraft, die die »Volksfront« steuert – ihr Einfluss reicht jedoch offenbar nicht aus, um Richtungsvorgaben zu machen oder Sanktionen gegen ihr nicht passende Strömungen auszusprechen.

Als die NPD im September 2007 in Hannover ihren Landesparteitag für Niedersachsen abhielt, wurde genau beobachtet, wer mit wem beim Pausenplausch zusammenstand. Besonders Parteichef Udo Voigt erntete Aufmerksamkeit, als er sich beim freundschaftlichen Austausch mit Vertretern des »Black Block« fotografieren ließ. Schon während der Reden legten NPD-Funktionäre Wert darauf, den »Black Block« gesondert hervorgehoben auf der Parteiveranstaltung willkommen zu heißen. In rechten Internetforen kursierten später Fotos, die den NPD-Generalsekretär Peter Marx mit einem »Black Block«-Button am Jackett zeigten. Diese NPD-Nettigkeiten gegenüber dem »Black Block« waren eine 180-Grad-Wendung der Partei. Nur wenige Wochen zuvor hatte das NPD-Präsidium noch eine Erklärung veröffentlicht, in der es den »Black Block« scharf angriff und zu seiner Ausgrenzung aufrief.

Stein des Anstoßes

Am 15. August 2007 erschien eine Erklärung des NPD-Parteipräsidiums mit dem Titel »Unsere Fahnen sind schwarz – unsere Blöcke nicht«. Auslöser waren die handfesten Auseinandersetzungen zwischen NPDlern und »Black Block«-Aktiven, die es am Rande einer NPD-Demonstration am 7. Juli 2007 in Frankfurt/Main gegeben hatte. Tenor des Schreibens: Bei Aktionen »des nationalen Widerstandes« würden zunehmend »Schwarze Blöcke« auftreten, die »Optik, Sprache (Anglizismen), Parolen und Inhalte des Gegners kopieren.« Solche »anarchistischen Erscheinungsformen« wirkten »beängstigend und damit abstoßend« auf Außenstehende. Die NPD wolle hingegen zeigen, dass »wir die Mitte des Volkes, das wahre Deutschland« repräsentieren. Wer nicht bereit sei, durch sein »Aussehen und Verhalten eine neue Ordnung zu vertreten, die deutsche Werte einfordert« sei künftig bei Veranstaltungen der NPD nicht mehr willkommen: »auch auf die Gefahr künftig geringerer Teilnehmerzahlen hin« sei die Partei nicht bereit sich »diesem politischen Zeitgeistphänomen anzupassen«.

Empörte Reaktionen

Auf die NPD-Erklärung folgte ein Sturm der Entrüstung aus den Reihen der freien Kameradschaften. Die »Freien Nationalisten Neuss« fürchteten um die gute Zusammenarbeit zwischen parteifreien Kräften und der NPD. Wenn es nicht bald Widerspruch aus NPD-Kreis- und Landesverbänden gegen die Ausgrenzungserklärung gäbe, sollten »solidarisch gesonnene Parteimitglieder« aus der NPD austreten. Zudem sei der Block eine optische Bereicherung für die Bewegung, die für Jugendliche äußerst attraktiv sei. Gleichzeitig distanzieren sich die »Freien Nationalisten Neuss« von Anglizismen, der Verwendung von abgewandelten Logos der »Antifaschistischen Aktion« und von »Palituch-Trägern«. Auch das »Aktionsbüro Norddeutschland« übernahm wenig später die Pro-»Black-Block«-Stellungnahme aus Neuss beinahe im Wortlaut.

Der »parteifreie« Neonazi Sven Skoda beschwerte sich in einer persönlichen Stellungnahme: Die NPD sei eine systemtreue Partei, die einen zu »bürgerlichen Kurs« fahre und in der man es schwer habe, wenn man sich öffentlich traue, »den Nationalsozialismus als etwas Positives zu begreifen«. »Taktik, Auftreten und konkrete Aktionen des ›schwarzes Blocks‹« hält Skoda zwar für diskussionswürdig, er lobt aber die ehrliche Motivation und

den Einsatzwillen aus diesem Spektrum. Das »Aktionsbüro Mittelhessen« verwies darauf, dass die NPD auf die Kameradschaften wegen ihrer Mobilisierungsstärke nicht verzichten könne: »Ihr wollt dann ›eben alleine demonstrieren‹? Dann tut es doch!«. Der NPD stünde es nicht zu, Forderungen zu stellen und Ausgrenzungsbeschlüsse abzufassen.

Das neonazistische »Autorenkollektiv MP5« wetterte, dass die NPD »mit ihrem Ausgrenzungsbeschluss vom 15. August unzweifelhaft die Machtfrage im rechten Lager (stellt). Sie versucht von nun an nicht mehr nur interne Kritiker unter Kontrolle zu bringen, sondern einen politischen Gegner entweder offen zu zerstören oder in die Defensive durch offene Isolation zu drängen«.

Der Rückzieher

Am 10. September 2007 erschien ein neuerliches Schreiben der NPD, das zwar die Kernaussagen der Ursprungserklärung aufrecht zu erhalten versuchte, aber vor allem die Wogen glätten sollte. Man strebe natürlich eine »enge Zusammenarbeit mit dem überwiegenden Teil des freien nationalen Widerstandes an«, man wolle »keine Kleidervorschrift bei Demos« erlassen, man stehe zum »Volksfront-Gedanken« und habe auch Verständnis dafür, dass manche ihre Anonymität bei Aktionen mit Sonnenbrille und Mütze schützen wollen.

Beim Parteitag in Hannover am 17. September 2007 folgte schließlich das endgültige Rückrudern der NPD. Süffisant beschrieb der parteifreie Hamburger Neonazi Christian Worch, wie NPD-Chef Udo Voigt die Verantwortung für die »Mißhelligkeiten« zwischen Partei und »Black Block« den Medien zuschreiben wollte. Von Distanzierungsbemühungen war nichts mehr zu spüren.

Weiterhin Konfliktpotential

Die NPD steckt also weiterhin im Dilemma, alle möglichen Zielgruppen ansprechen zu wollen – Bürgerliche, Ältere, die Jungen und die sich revolutionär gebenen neonazistischen Subkulturen. In einem Interview in der Herbstausgabe des JN-Magazins »Hier und Jetzt« gibt Udo Voigt sich unversöhnlich: Der Kampf um »die Köpfe der breiten Masse des Volkes« sei »durch das Tragen schwarzer Kleidung in Verbindung mit Vermummungen« nicht zu führen. Jürgen Gansel, NPD-Landtagsabgeordneter in Sachsen, legte in der Januar-Ausgabe der NPD-Parteizeitung »Deutsche Stimme« noch einmal nach. Er unterstellte, dass »›Autonome Nationalisten‹ mit ihrem antifaschistischen Krawall-Habitus« schädlich für die »Position des nationalen Antikapitalismus« seien.

Trotz solcher neuerlichen Provokationen steht dennoch fest: Der NPD-Vorstoß zur Ausgrenzung des »Black Block« ist gescheitert, die offene Konfrontation mit den freien Kameradschaften auf Eis gelegt.

Angst um den Zusammenhalt

Die NPD versuchte erfolglos, sich von einer Fraktion der freien Kameradschaften loszusagen, da diese mit ihrer offenen Militanz den Bemühungen der Partei, von ihrem Krawall-Image loszukommen, im Wege steht. Die Debatte war aber auch ein Testballon, um zu überprüfen, ob die Parteispitze die Zügel in der von ihr initiierten Volksfront fest genug im Griff hat, um Sanktionen gegen parteifreie Kräfte auszusprechen. Das ist gescheitert und hat der Partei Schaden zugefügt. Die Kritik erforderte einen peinlichen Rückzieher, zum Preis eines Glaubwürdigkeits-Verlusts. Interessant ist, dass die DVU als drittes Glied der »Volksfront« gänzlich drum herumkam, sich zur Sache zu äußern.

Es zeigt sich aber auch, wie stark die Solidarisierungseffekte bei den freien Kameradschaften sein können: Die NPD griff mit ihrer Erklärung lediglich den »Black Block«, also einen kleinen Teil der Kameradschaften, an. Die empörten Reaktionen kamen jedoch aus der gesamten Kameradschaftsszene. In der schriftlich geführten Debatte gab es dennoch keine einzige Stellungnahme von Neonazis, die sich offensiv zum »Black Block« bekannten. Die Verteidigungsbeiträge wurden fast ausnahmslos von Kameradschaftsaktiven verfasst, die selbst Vorbehalte gegen den »Black Block« haben. ■

Vorwärts in die Vergangenheit

Die JN radikalisiert sich – hin zu »Altem Geist«

»Wir begnügen uns nicht mit einem Dasein im Schatten unserer Mutterpartei...«, mit solch markigen Worten formulieren die Jungen Nationaldemokraten (JN), die Jugendorganisation der NPD, ihren Anspruch als so genannte »Jugendbewegung mit revolutionärer Ausrichtung«.

Die Abgrenzung tut not. In den meisten Bundesländern nur schwach aufgestellt und eher als »Kindergarten der Partei« verspottet, sucht die JN nach ihrer Rolle. Zwischen den beiden Polen »Freie Kameradschaften« einerseits und NPD andererseits ist die Luft im Lauf der Jahre dünner geworden. Deren Verhältnis – geprägt von stetig wechselnden Phasen der Annäherung und Distanzierung – ermöglicht dem rechten Nachwuchs je nach Gusto pseudoradikales Geschrei, ausdifferenzierten Lifestyle, Gewaltbereitschaft und Parteiarbeit in unterschiedlicher Dosis zu kombinieren. Eine Organisation, die ihre Existenz nur aus dem Alter ihrer Mitglieder ableitet und diese durch »gelebte Volksgemeinschaft«, also Zeltlager, Orientierungsmärsche und Denkmäler putzen bei der Stange zu halten versucht, wird es in Zukunft schwer haben sich zu positionieren. Das scheinen auch einige Kader der freien Kameradschaften bemerkt zu haben. Die Folge: Quasi aus dem Nichts etablierte sich binnen weniger Jahre in Sachsen-Anhalt eine tragfähige JN-Struktur, die dabei ist maßgeblich die Geschicke der Bundesorganisation zu bestimmen. Wichtige Köpfe des Projektes: Michael Schäfer (Wernigerode), Philipp Valenta (Bernburg) und Matthias Gärtner (Magdeburg). Im Jahr 2005 wechselten in Wernigerode Aktivisten der bis dahin bestehenden Kameradschaft »Wernigeröder Aktionsfront« zu den Jungen Nationaldemokraten und gründeten den ersten Stützpunkt. Bald darauf folgten Stützpunkte in Schönebeck, Sangerhausen (unter federführender Beteiligung des Rechtsrock-Unternehmers Enrico Marx), Stassfurt, Bernburg, Magdeburg, Halle und Blankenburg. Ermöglicht wurde diese Welle an Neugründungen insbesondere durch das Vorhandensein von örtlichen Kameradschaftsstrukturen und das organisatorische know-how des JN-Landeschefs Valenta.

Interessant ist die Frage nach der Motivation. Für die Hauptprotagonisten, teilweise Studierende der Geistes- und Sozialwissenschaften, bietet die parteipolitische Ochsentour, Engagement vor Ort und Funktionen in der Jugendorganisation eine konkrete Perspektive – die Etablierung in der Mutterpartei mit Aussicht auf Job, Amt oder Mandat. Bei der angespannten Personaldecke der NPD wäre diese Perspektive allerdings auch anders zu haben gewesen, jedoch mit inhaltlichen Kompromissen. Viel leichter erscheint es hingegen, eine am Boden liegende Struktur von innen heraus zu nutzen, zu radikalisieren, Aktivitäten zu entfalten und die Macht der Fakten sprechen zu lassen. Dieser Weg wurde in Sachsen-Anhalt beschritten. Neben der persönlichen spielt jedoch auch eine andere Motivation eine Rolle. Die politische Heimat von Personen wie

[1]

Michael Schäfer liegt bei den freien Kameradschaften. Ihm scheint es zu gelingen die im Vergleich zur NPD radikaleren Inhalte in die neue Struktur zu überführen. Überzeugungstätern wie Schäfer scheint es dabei vor allem um Eines zu gehen – einen gesellschaftlichen Umsturz. Eine radikalisierte Partei, scheint ihm das geeignete Mittel.

Am 6. Oktober 2007 wurde in Hausneindorf bei Quedlinburg in Sachsen-Anhalt der 37. Bundeskongress der Jungen Nationaldemokraten abgehalten. Der bisherige JN-Vorsitzende Stefan Rochow trat nicht wieder zur Wahl an. Er hatte allzu glücklos agiert und vermochte es nicht das weitere Siechtum der Organisation zu stoppen. Einzig die Strukturen in Sachsen-Anhalt und Sachsen können als Erfolgsmodelle der JN gelten. Wenig überraschend also, dass der neugewählte JN-Bundesvorsitzende aus Sachsen-Anhalt stammt – Michael Schäfer. Die Macht der Fakten war erdrückend. Neben ihm zogen weitere »Kameraden« neu in den JN-Bundesvorstand ein. Norman Bordin aus München, JN-Landesvorsitzender in Bayern, war früher in der Kameradschaft Süd – Aktionsbüro Süddeutschland aktiv und gilt als Vertreter des militanten Flügels. Erik Schulze, studiert Soziologie und Geschichte in Halle und wurde zum neuen Schatzmeister gewählt. Auch Alexander Neidlein aus Baden-Württemberg gilt als kameradschaftsnah und ist in Zukunft für die Mitgliederwerbung zuständig. Der Politikstudent Matthias Gärtner ist für die Bildung der Mitglieder zuständig und ist inzwischen für den Nationalen Bildungskreis verantwortlich.

Die politische Radikalisierung der Jungen Nationaldemokraten brachte Michael Schäfer in seiner Antrittsrede auf den Punkt. Sein Konzept für die JN stehe unter dem Motto: »Hin zu altem Geist und neuer Stärke«. Ein Ausspruch, der nichts an Deutlichkeit vermissen lässt. Ob die Gesamtorganisation diesem Motto folgt, wird sich noch beweisen müssen. Der Antrag auf Umbenennung der Jungen Nationaldemokraten in Junge Nationalisten scheiterte vorerst. Gleichwohl befinden sich die ehemaligen Kameradschaftsaktivisten in der JN auf der Überholspur. In Bernburg wurde unter der Ägide des BWL-Studenten Valenta die JN-Bundesgeschäftsstelle und der Materialservice der JN, der »Frontdienst« angesiedelt. In den Monaten seit dem Bundeskongress nutzten sie zudem die neugeschaffenen Möglichkeiten für eine Reihe an Aktivitäten. Ihr zentraler Hebel – der Nationale Bildungskreis (NBK).

Die Wahl von Matthias Gärtner als NBK-Vertreter in den NPD-Bundesvorstand und das von ihm dort neu geschaffenen Amt NBK/Schulungen ermöglichen eine weitreichende Einflussnahme auf die bestehenden JN- aber auch NPD-Strukturen. Der NBK wird von Gärtner und dem neuen JN-Bundesvorstand als bundesweites Bildungsnetzwerk, Rekrutierungsstelle und Sammelbecken für angehende Akademiker verstanden. Das Ziel – die Bindung möglichen intellektuellen Potentials an die JN und damit an den inhaltlichen Kurs der ehemaligen Kameradschaftsaktivisten. Das damit im Revier des Nationalen Hochschulbundes (NHB), der NPD-Studentenvereinigung, gewildert wird, ist weniger Problem als Methode. Besonderes Augenmerk wird darauf gelegt, die Mitglieder des NBK zu Rednern und Schreibern »auszubilden«. Einerseits um den vorhandenen Bedarf an entsprechenden Fähigkeiten insbesondere in den Landtagsfraktionen der NPD in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern zu befriedigen, andererseits um damit Einfluss auf die politische Ausrichtung der NPD zu nehmen. Um das zu verwirklichen ringt der NBK zuallererst mit der Veröffentlichung von thematischen Materialien, die den Anspruch als »Think-Tank« der NPD/JN unterfüttern sollen. Andererseits sollen damit weitere Mitglieder geworben werden. Des weiteren stehen Schulungen für NPD-, JN- und »freie« Aktivisten sowie die Publikation diverser Mitteilungsorgane auf dem Stundenplan. Langfristiges Ziel ist die Etablierung als bundesweite Struktur – ganz im Sinne der neuen JN-Doktrin.

Spannend wird es sein die weitere Entwicklung des Verhältnisses der NPD zu ihrer Jugendorganisation zu beobachten. Eine »Unterwanderung« durch Kameradschaftsaktivisten, quasi durch die kalte Küche, dürfte Udo Voigt in Zukunft so manche Sorgenfalte ins Gesicht treiben. Die NPD-Spitze wird nicht vergessen haben wie einst in Form der Revolutionären Plattform innerhalb der NPD, Kader zum Teil verbotener rechter Organisationen die Radikalisierung von innen heraus versuchten. Diese mussten Scheitern, waren sie doch nur eine Minderheit innerhalb der Gesamtpartei, die angesichts eines eingeleiteten Verbotsverfahrens wenig engagiert darin war ihre Existenz aufs Spiel zu setzen. Der Weg über die Jugendorganisation mit starker landes- und vielleicht bald bundesweiter Basis verspricht mehr Erfolg. Den für eine weitere Radikalisierung notwendigen Spagat zwischen »altem Geist« und parlamentarischer Arbeit übt zumindest Michael Schäfer ganz erfolgreich. Seit vergangenem Jahr sitzt er für die NPD-Fraktion im Kreistag des Harzkreises. ■

[1] Der neue JN-Bundesvorsitzende Michael Schäfer am Rande einer Demonstration am 29. Dezember 2007 in Stendal.

[2] JNler aus Sachsen-Anhalt am 15. September 2007 in Quedlinburg.

Thüringer U-Boot-Offensive

Tarnvereine als Wahlkampfmittel

Noch ein Jahr ist es bis zu den Kommunal und Landtagswahlen in Thüringen, doch die NPD steht bereits seit Monaten auf der Matte und arbeitet zielstrebig an der Vorbereitung. Für das Vorwahljahr 2008 will die Partei flächendeckend in jeder größeren Stadt Thüringens Tarnvereine gründen, um bürgerliche Berührungsängste abzubauen. Seit drei Jahren ist das Konzept der Vereinsunterwanderung Mode und neben gesellschaftlicher Akzeptanz springt oft noch viel mehr dabei raus: Szenetreffs, legale Rechtsrock-Konzerte, Straferlass, Kampfsporttraining und Schießübungen – dank mindestens 25 unterwanderten Vereinen ist dies bereits Realität im Freistaat Thüringen.

»NPD überholt Grüne in Thüringen« – unter diesem Slogan brüstete sich die extrem rechte Partei im Herbst vergangenen Jahres, als sie die aktuellen Mitgliederzahlen des Bundeslandes (558) bekannt gab. Tatsächlich rotiert der Thüringer Verband bereits seit Monaten und bereitet sich intensiv auf die im kommenden Jahr stattfindenden Wahlen vor. Neue Kreisverbände sprießen hervor, lokale NPD-Protagonisten werden immer öfter mit Schulungsmaßnahmen konfrontiert und die fünf Regionalzeitungsprojekte fassen mittlerweile eine Gesamtauflage von 85.000 Exemplaren – alle zwei Monate. Während sich der Landesverband mit öffentlichen Äußerungen zum Deutschlandpakt[1] und zur Landtagswahl wegen innerparteilicher Auseinandersetzungen sehr bedeckt hält, fielen auf dem kürzlich veranstalteten Landesparteitag klare Worte zu den Bürgermeister- und Kommunalwahlen. »2009 – Nationale Akzente in Thüringer Rathäusern setzen« hieß einer der Leitanträge, der vom Vorstand verabschiedet wurde. Weniger öffentlich wurden hingegen die unkonventionellen Mittel für den Wahlkampf diskutiert. Wie aus einem internen Papier hervor geht, plant die NPD noch in diesem Jahr flächendeckend in allen größeren Städten Thüringens eingetragene Vereine zu gründen, die dann den Namen »Bürgerbewegung Pro Eisenach«, »Bürgerbewegung Pro Suhl« usw. tragen sollen. Die NPD will sich mit diesem neuen Label systematisch eine bürgerliche Maske unter der Vortäuschung von vermeintlich unabhängigen Organisationsstrukturen aufsetzen, um die Berührungsängste der Bevölkerungsmehrheit vor der NPD auszuhebeln. Zu den Vereinszielen gehört laut Satzung, sich »überparteilich an der Lösung kommunalpolitischer Aufgabenstellungen zu beteiligen«. Durch das vermeintliche Engagement unter einer zunächst unscheinbar klingenden Bürgerinitiative nach dem Vorbild von »Pro Köln« und »Pro NRW« erhofft sich die NPD einen breiten Sympathiegewinn in Thüringen. Tatsächlich sind die Vereine und NPD-Kreisverbände personell identisch, ebenso sollen sie auch von örtlichen NPD-Akteuren beim zuständigen Amtsgericht eingetragen werden. Bis heute hat die NPD in Thüringen eine gezielte Strategie der Vereinsunterwanderung stets vehement abgestritten. Die Betätigung in Vereinen sei rein »privates und ehrenamtliches Engagement«, so der Thüringer NPD-Landesvorsitzende Frank Schwerdt und der Landesgeschäftsführer Patrick Wieschke. Bereits seit mehreren Jahren nutzen Thüringer Kameradschaften gelegentlich bürgerlich klingende Namen für Flugblätter und Anmeldungen, gezielt Vereinsstrukturen zu unterwandern oder selbst zu gründen ist jedoch erst seit drei Jahren ein Trend in Thüringen. Einer der aktivsten Vertreter dieser Taktik ist der 41-jährige NPD-Funktionär Kai-Uwe Trinkaus. Der jetzige Unternehmer trat mit 18 Jahren in die SED ein, ging dann zur NVA und schied ein halbes Jahr vor der Wende als Leutnant aus. Kurz danach bekam er einen Posten beim Rat der Stadt Süd-Erfurt und war zuständig für die Wiedereingliederung von Straffälli-

gen. Dort war er dem Abteilungsleiter für Inneres im Rat der Stadt Erfurt unterstellt und arbeitete eng mit der politischen Polizei (K1) sowie dem Ministerium für Staatssicherheit zusammen. Mitte der 1990er Jahre saß er für die PDS noch im Erfurter Stadtrat, seit 2007 ist er Chef der Erfurter NPD und einer der derzeit aktivsten Neonazis in Thüringen. Gegenwärtig ist Trinkaus in mindestens zehn Vereinen tätig, oftmals in leitenden Funktionen. Darunter fallen solche, die sich für den Erhalt historischer Gebäude einsetzen wie beispielsweise der »Bismarckturmverein Erfurt 1900 e.V.« und der »Westliches Wachhaus e.V.« ebenso wie Vereine, die sich als Helfer in Notlagen präsentieren, wie der »Pro Kid e.V.« und der »Alleinerziehende in Not e.V.«. In Letztgenanntem war er seit Anfang November 2006 Vorsitzender und hat mittlerweile mehrere Kinderstraßenfeste organisiert, in unmittelbarer Nähe zu den Räumlichkeiten des Vereins, die identisch mit dem im Sommer 2007 von Trinkaus eröffneten NPD-Bürgerbüro in Erfurt sind. Bei der feierlichen Eröffnung des in Thüringen ersten »NPD-Büros« überhaupt waren auch zahlreiche Erfurter Neonazis und rechte Hooligans anwesend. Jene profitierten besonders von den neu aufgebauten Vereinsstrukturen, da sie direkt nach der Verurteilung von Straftaten, insbesondere Körperverletzungen, von der Erfurter Bewährungshilfe zu Trinkaus' Vereinen geschickt werden. Dort sollen sie gemeinnützige Arbeitsstunden ableisten bzw. selbiges vom NPD-Chef quittieren lassen. Das Oberlandesgericht Jena räumte gegenüber dem MDR mittlerweile ein, dass zwischen Januar und April 2007 drei weitere Männer im »Alleinerziehende in Not e.V.« insgesamt 540 Stunden abgeleistet haben. Weitere Vermittlungen an diesen oder andere »Trinkaus-Vereine« kann das OLG nicht ausschließen, eine Prüfung des gesamten Aktenbestandes der Erfurter Bewährungshilfe sei »personell nicht vertretbar«[2]. Die NPD Erfurt gibt nun an, dass sie bereits seit 2006 Straftäter gemeinnützig beschäftige und der Verein erklärte, zusätzliche Fördergelder, wohl aus Bußgeldern, bekommen zu haben. Unter den verurteilten Straftätern, die ihre Stunden bei Trinkaus ableisten, befand sich auch einer seiner engsten Vertrauten, der ebenfalls 41-jährige NPD-Aktivist Hanjo Wegmann.

Nahkampftraining

Unter dem Namen »SV Vorwärts« hat die Szene einen Verein gegründet, der vorgibt Badminton zu spielen. In Wahrheit jedoch bildet Wegmann in der Turnhalle der Erfurter Bechstein Grundschule jeden Mittwochabend eine Reihe von Neonazis sowie den Erfurter NPD-Chef im Nahkampftraining, Kickboxen und der Auseinandersetzung mit Messern aus. Weniger Wirkung nach Innen, dafür umso mehr nach außen entfaltet die Unterwanderung des sogenannten »Bürgerrat Wiesenhügel«, der sich gegen den Abriss von Wohnungen durch die Kommunale Wohnungsgesellschaft wehrt. Hier werden Neonazis nicht nur akzeptiert, sondern sind fester organisatorischer Bestandteil. Bei einer Kundgebung im September 2007 vor dem Rathaus der Landeshauptstadt waren unter den rund 60 Demonstranten etwa 25 Neonazis und NPD-Aktivisten. Jene stellten die Technik, bauten Lautsprecheranlagen auf und verteilten mit aufgesetzten Eselsmasken ihre eigene Lokalpostille. Während die örtliche Kameradschaft mit ihrem Transparent posierte, sprach der Bürgerrats-Chef vor zahlreichem Publikum, dann folgte der Live-Auftritt eines Neonaziliedermachers aus Jena und am Ende hielt auch der Mitinitiator der extrem rechten »Antikap«-Kampagne, Patrick Paul eine Rede. Keine Berührungsängste, im Gegenteil, es herrscht Harmonie unter allen Beteiligten. Jener Staatswissenschaftler Patrick Paul ist verantwortlich für den »Schöner Leben in Erfurt e.V«, dessen Vize-Chef ebenso Kai-Uwe Trinkaus ist. Der Verein sieht sich in seiner Selbstdarstellung als »Bündnis breiter gesellschaftlicher Kreise«, welches bei »der nächsten Stadtratswahl eine starke Stimme aus der Mitte der Bürgerschaft ins Erfurter Rathaus« senden will. Der Vorstand besteht aus Mitgliedern des NPD-Landesverbandes sowie führenden Thüringer Neonazi- →

[1] Der Erfurter NPD-Chef Kai-Uwe Trinkaus sammelte erste politische Erfahrungen in der SED. Er ist mittlerweile in mindestens zehn Vereinen aktiv.

1| Eine Absprache zwischen DVU und NPD, nicht dort zu Wahlen zu kandidieren, wo die jeweils andere Partei bereits antritt.

2| MDR-Magazin Thüringen Exklusiv am 1. August 2007.

Kadern. Ebenfalls ist der Verein Träger eines extrem rechten Zeitungsprojekts mit 20.000 Exemplaren. In die Erfurter Vereine sind auch andere Strukturen der örtlichen Neonazi-Szene integriert, so war bereits beim Gründungstreffen vom »Alleinerziehende in Not e.V.« der Betreiber der rechten Szenekneipe »Alter Fritz« (mittlerweile: »Oldscool 76«) anwesend und verabschiedete die Satzung mit, in der sich auch das Ziel gesetzt wurde, eine vereinseigene Kindertagesstätte zu errichten – bislang jedenfalls ohne Erfolg.

Infiltration als Strategie

Kai-Uwe Trinkaus führte darüber hinaus eine Reihe von Unterwanderungsversuchen im letzten Jahr durch. So schickte er unter anderem den Schatzmeister des Neonazikampfsport-Vereins als Praktikant in die Linkspartei, welcher bis zu seiner Enttarnung erfolgreich einen Landtagsabgeordneten begleiten durfte. Außerdem infiltrierte Trinkaus den Erfurter Kreisverband vom Bund der Vertriebenen. Mit einer neugegründeten Jugendgruppe rekrutierte er bis zu zehn andere Neonazis in den BdV und erhob sich dann zum neuen Vorsitzenden. Während er die Räumlichkeiten des BdV nutzen konnte, veranstaltete er dort Redaktionssitzungen für die rechte Lokalpostille »Bürgerstimme« und für so genannte »Unternehmertreffen« der NPD. Hierzu wurden mehrere hundert Kleinunternehmer und Mittelständler in Thüringen angeschrieben und um Teilnahme an dem Treffen gebeten. Dabei soll auch ein Wirtschaftsprogramm der NPD erarbeitet werden, das laut Landesgeschäftsführer Patrick Wieschke in diesem Jahr »alle der rund 80.000 Thüringer Unternehmer auf dem Schreibtisch liegen haben«. Als die BdV-Unterwanderung im Sommer 2007 aufflog, kündigte der Landesverband dem Kreisverband die Räume und der BdV Erfurt zog in eine Adresse, in der neben dem NPD-Bürgerbüro und diversen Vereinssitzen auch Trinkaus selbst seine Privatwohnung hat. In den nachfolgenden Wochen wurde die Führungsspitze der Erfurter Vertriebenen ausgetauscht, doch auch auf BdV-Landesebene sind Akteure aus dem Umfeld von Trinkaus weiterhin aktiv. So zum Beispiel der Buchautor Hans-Peter Brachmanski, ebenfalls Vorstandsmitglied im »Schöner Leben«-Verein und im »Erfurter Geschichtsverein«. Er schreibt für Publikationen Erfurter Neonazis sowie den Landes-BdV gleichermaßen Artikel und repräsentierte den BdV im Landtag bereits mit Ständen. Auf Widerstand stößt Trinkaus eher selten, lediglich der Verein »Westliches Wachhaus e.V.« hat ihn nach Bekanntwerden seiner Tätigkeiten ausgeschlossen. Kurz darauf gründeten Trinkaus und Paul einen eigenen Verein, der den Zusatz »Freundeskreis Westliches Wachhaus« hatte und verbreiteten dies provokativ mit einer Zeitungsannonce. Der profilierungssüchtige Chef der Erfurter NPD schlachtet jeden seiner Unterwanderungscoups entsprechend öffentlich aus. Der brisanteste Fall fand im Herbst 2007 statt: Diesmal traf es keinen Verein, sondern eine öffentliche Behörde. Über einen Zuträger aus Polizeikreisen oder dem Ordnungsamt ist Trinkaus an die persönlichen Daten von AntifaschistInnen aus einem laufenden Verfahren gelangt. Die Daten, welche aus einer polizeilichen Ermittlungsakte stammen hat er anschließend auf der von ihm betreuten Webseite des Kreisverbandes veröffentlicht. Die Vereinsunterwanderung begrenzt sich nicht nur auf Erfurt. Vereinzelt gibt es bereits die Gründung von eigenen Sportvereinen, wie der »Sportgemeinschaft Germania« im südthüringischen Hildburghausen. Für den Fall der Aufhebung oder Auflösung hat der Vorstand in der Satzung schon einmal präventiv

[1]

[1] Erfurter NPD-Aktivisten als Teilnehmer einer Bürgerrat-Kundgebung. Links vorne: Der NPDler Hanjo Wegmann, der seine Strafstunden bei dem Parteifreund Trinkaus ableisten durfte.

[1]

[1] Der Thüringer NPD-Landesgeschäftsführer Patrick Wieschke (links) – hier mit Marco Polzius (rechts) am 1. Juni 2002 beim »1. Thüringentag der Nationalen Jugend« in Jena – sieht in der Vereins-Unterwanderung ein rein privates Engagement der NPD-Mitglieder.

beschlossen, dass das gesamte Vermögen dann je zur Hälfte an die Hilfsorganisation für nationale Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) und einen anderen Neonazi-Verein mit Sitz in Arnstadt fällt. Der Vize-Chef der »SG Germania« ist gleichzeitig örtlicher NPD-Vorsitzender. Seine Mannschaft nahm bereits unter dem Namen »Weiße Wölfe« bei einem vom Kreissportbund organisierten Fußballturnier teil, unter den trommelnden Fans: NPD-Bundesgeschäftsführer Frank Schwerdt. Im westlichen Gotha hat sich ein Verein mit dem Namen »Toringi e.V.« gegründet, der sich offiziell Brauchtumspflege auf die Fahnen geschrieben hat, jedoch dazu genutzt wurde, Rechtsrock-Konzerte am laufenden Band durchzuführen und Räume für einen Szenetreff zu pachten. Erst als mehrere Mitglieder, auch hier besteht der Vereinsvorstand wieder aus NPD-Größen, vor ihrem Vereinshaus neun Migranten mit Zaunlatten und Totschlägern verprügelten, geriet das Projekt in die Schlagzeilen und die Räumlichkeiten wurden nach dem nächsten Konzert geschlossen. Ein ähnlicher Verein existiert seit mehreren Jahren auch in der Kleinstadt Lauscha mit dem Namen »Verein zur Pflege deutscher Denkmäler in Thüringen«. Die Mitglieder sind identisch mit der lokalen Kameradschaft. Doch statt um Neonazi-Konzerte, kümmert der Verein sich satzungstreu um Restaurationen an Denkmälern und Wahrzeichen im Umkreis der Stadt. Der Verein arbeitet eng mit der örtlichen DVU zusammen, die in Person von Uwe Bäz-Dölle den derzeit einzigen extrem rechten Abgeordneten in einem Thüringer Stadtrat stellt. Die Politik im Stadtrat von Lauscha läuft meistens so ab, dass der Bürgermeister Vorschläge macht, die aus Kostengründen nicht umgesetzt werden können, woraufhin sich nahezu obligatorisch Uwe Bäz-Dölle einschaltet. Der 41jährige erklärt dann, dass »seine Jungs« vom Denkmalpflege-Verein die Arbeiten umsonst vornehmen und dies stößt schließlich auf breite Zufriedenheit im Rat – Thema erledigt. So ist der Verein bzw. die Kameradschaft im Ort vielfältig organisiert und beteiligt sich bei zahlreichen Veranstaltungen, darunter Kinderfeste und das jährliche 1. Mai-Fest. Ebenso war sie im Sommer 2007 stark in die Organisation der 300. Jahrfeier eines Ortsteils von Lauscha eingebunden. Ihr Kern besteht aus 25 Neonazis, hinzukommt ein Umfeld von noch einmal gleich vielen Personen. Die Kameradschaftsmitglieder sind auch in einem weiteren Verein tätig, dem örtlichen Schützenverein. Hier können sie sich nahezu ungestört mit Waffen austoben. Ein Informant aus der Szene berichtet, dass Neonazis dort auch ohne Waffenbesitzkarte schießen dürfen sollen und dass sich selbige bereits aus anderen Bundesländern anmelden würden. So plane die Kameradschaft Lauscha, die erst kürzlich zu Silvester eine Neonazi-Feier im Schützenhaus ausrichtete, derzeit ein Schießturnier mit der Kameradschaft Wunsiedel aus Bayern für etwa 50–70 Personen, das vor den zuständigen Behörden geheim gehalten werden soll. Mit Widerstand oder gar einem gewissen Maß an Sensibilität für das Thema ist seitens der Stadt nicht zu rechnen. Schließlich bekam der Verein auch ohne Probleme eine Genehmigung aus dem Rathaus, eine nun zum Neonazi-Treff mutierte Wanderberghütte am Stadtrand zu restaurieren. Da wundert es nicht, dass der derzeit amtierende Bürgermeister Nobert Zitzmann (parteilos) selbst an den dort stattfindenden Kameradschaftsabenden teilnimmt und daraus auch keinen Hehl macht.

Ausblick

Eine Situation wie in Lauscha ist in provinziellen Gegenden Thüringens kein Einzelfall, von einer Akzeptanz wie hier sind die Vereins-Spezialisten aus der Landeshauptstadt jedoch noch ein ganzes Stück entfernt. Doch sie geben sich alle Mühe, besuchen mittlerweile auch Landtags und Kreistagssitzungen, »um einen Vorgeschmack auf 2009 zu bekommen«. Der Fokus von AntifaschistInnen und zivilgesellschaftlichen Initiativen muss sich daher anlässlich der Wahlen 2009 besonders auf die Demaskierung jener kommunalen Neonazi-Projekte und Akteure richten, deren besonderes Interesse es ist, hartnäckig ihren politischen Ursprung zu verschleieren. ■

Ein Versuch, die hessische NPD wachzuküssen...

In der hessischen, insbesondere der südhessischen Neonazi-Szene gab es innerhalb der letzten Jahre einige Umstrukturierungen. Der 24jährige Kameradschafts-Aktivist Marcel Wöll avancierte innerhalb kürzester Zeit zur Schlüsselfigur der Szene. Im bundesweiten Vergleich versteht er es, wie kaum ein anderer, erfolgreich die Interessen von »Freien Kameradschaften« und Parteipolitik der NPD zu verbinden.

Laura Schneider (Antifa Wetterau)

Marcel Wöll wurde 2006 zum hessischen NPD-Landesvorsitzenden gewählt und löste damit den langjährigen Parteifunktionär Hans Schmidt ab. Dies gelang ihm ohne die sonst übliche parteiinterne Karriere zu durchlaufen. Sich selbst zum erwarteten Kronprinzen stilisierend, möchte er nach eigener Aussage »die NPD in Hessen aus ihrem Dornröschenschlaf« erwecken.

Und in der Tat baute er die hessische NPD in einer bemerkenswerten Geschwindigkeit von einer maroden Altherren-Partei zu einer kampagnenfähigen und jugendlichen Aktionstruppe um. Deren aktionistischer Kern besteht bisweilen aus circa acht NPD-Mitgliedern, welche stets durch Personen aus der Kameradschaftsszene unterstützend begleitet werden. Eine solche Öffnung der NPD hin zu neueren Strömungen innerhalb der extremen Rechten ist ein bundesweit zu beobachtender Trend. Marcel Wöll scheint dies jedoch in besonderem Maße zu gelingen. Er kann nicht gerade als typischer NPD-Parteifunktionär bezeichnet werden. Seine politische Vergangenheit liegt vielmehr in militanten und extrem rechten subkulturellen Zusammenhängen wie »Blood & Honour« und der Kameradschaftsszene. Hier sind vor allem die »Freien Nationalisten Rhein/Main« sowie die »Nationale Kameradschaft Frankfurt« zu nennen. Wöll weiß um die Bedeutung einer subkulturellen Szene und deren Angebote. In der Vergangenheit trat er selbst als Veranstalter von Rechtsrock-Konzerten auf. Zudem war er maßgeblich an der Gründung des »MSC 28«, eines Neonaziclubs mit Rocker-Attitüde in Anlehnung an »Blood & Honour«, beteiligt.

»Black Block« vs. Alte Funktionäre

Zwar stehen Entwicklungen, die eine Öffnung der NPD hin zu verschiedenen subkulturellen Szenen und »Freien Kameradschaften« bewirken, im Konflikt zu den Vorstellungen alter NPD-Funktionäre, diese müssen sich jedoch meist den Veränderungen fügen, um für potentiellen jugendlichen Nachwuchs attraktiv zu werden. In Hessen folgte daraus, dass Marcel Wöll den neuen Mittelpunkt bildet und alte Kader kaum noch von sich reden machen. Der Generationenkonflikt wird auch am aktuellen Streit innerhalb der rechten Szene um »Autonome Nationalisten« sowie den »Black Block« sichtbar: Nach einem von Wöll angemeldeten NPD-Aufmarsch am 7. Juli 2007 in Frankfurt/Main, bei dem es zu Auseinandersetzungen zwischen schwarzgekleideten, teils vermummten Neonazis und der Demonstrationsleitung kam, distanzierte sich die Bundesparteispitze der NPD zunächst energisch von ersteren. Mit »derartig anarchistischen Erscheinungsformen« wolle man nichts zu tun haben. Jedoch wenige Wochen später wurde diese Aussage relativiert, um mittlerweile ausdrücklich den »Schulterschluß mit allen parteiunabhängigen Nationalisten [...]« zu betonen. Auch wenn Marcel Wöll die Schlüsselfigur in der hessischen Neonazi-Szene zu sein scheint, darf seine Abhängigkeit von Unterstützung aus dem direkten Umfeld nicht unterschätzt werden. Wöll bewohnt mit seiner Familie und mindestens zwei weiteren Neonazis ein Anwesen in Butzbach/Hoch-Weisel. Das Wohnhaus fungiert zugleich als »nationales Zentrum«, in dem Schulun-

gen sowie Partei- und Kameradschaftsabende veranstaltet werden.

Eine Medienoffensive?

Auch die »kritischen Nachrichten der Woche« werden dort produziert. Hierbei handelt es sich um eine Sendung, in der Marcel Wöll »Nachrichten« im Sinne seines antisemitischen und menschenverachtenden Weltbildes präsentiert. Diese fand in der Neonazi-Szene schnell großen Anklang, und sollte durch das Zusenden von Videomaterial gesichert werden. Maßgeblich verantwortlich für die Produktion sind Wölls Mitbewohner und langjähriger Mitstreiter Christian Müller (26), sowie der 18jährige Kevin Schnippkoweit. Letztgenannter ist Schüler aus Butzbach und wurde auffällig schnell in die Szene integriert. In Bezug auf die »kritischen Nachrichten der Woche« wurde das zunächst gesteckte Ziel von einer wöchentlichen Sendung schnell auf zweiwöchige und schließlich komplett unregelmäßig erscheinende Sendungen reduziert. In den letzten zwei Monaten gab es nur eine neue Sendung. Grund dafür ist Schnippkoweits Umzug nach Jena ins »Braune Haus«. Andere Videoclips werden jedoch weiterhin auf Youtube und einschlägigen Neonazi-Portalen zur Verfügung gestellt. Hierbei handelt es sich meist um kurze selbstdarstellerische und propagandistische Sequenzen, die sich durch ihre geschlossenen Argumentationsmuster von anderen Neonazivideos unterscheiden. Diese Videoclips können gemeinsam mit den »Nachrichten« als eine neue Qualität in der Nutzung des Massenmediums Internet gewertet werden. Zusammen stellen sie einen Hauptbestandteil der von Wöll verkündeten »Medienoffensive« dar. Die hessische NPD versucht also mit immer neuen Aktionsformen, eine Vorbildfunktion für andere Landesverbände einzunehmen. Ein weiteres Beispiel hierfür ist das Projekt der Einrichtung einer »Deutschen Winterhilfe« im Rahmen des Wahlkampfes für die hessische Landtagswahl im Januar 2008. Geworben wird um Sach- und Geldspenden, die dazu benutzt werden sollen »deutsche Obdachlose« zu unterstützen. Diese gehörten »zwar nicht mehr zur BRD-Konsumgesellschaft [...], aber immer noch zu[r] Volksgemeinschaft«, heißt es erklärend. Trotzdessen konnte die hessische NPD bezüglich der Wahl nur auf wenig Unterstützung durch den Bundesvorstand der Partei bauen. Dieser konzentrierte sich vorwiegend auf die Wahl in Niedersachsen, bei der sich größere Stimmgewinne erhofft wurden. Dem hessischen Wahlkampf dagegen schenkte er keine sonderliche Beachtung.

Fazit

Zwar scheinen die Veränderungen, die mit Marcel Wöll durchgeführt wurden und werden, teils erfolgreich zu sein, dennoch mehrt sich auch die Kritik. Innerhalb der rechten Szene steigt die Unzufriedenheit seiner Person gegenüber. In der NPD wird sich über sein rücksichtsloses, arrogantes und intrigantes Verhalten beschwert, unter den »Freien Kameraden« gilt er inzwischen als parteitreuer NPD-Funktionär, der die Attraktivität seines ursprünglich aktivistischen Images eingebüßt hat. Ergänzend kommt hinzu, dass Wöll wegen Volksverhetzung vor kurzem zu einer Freiheitsstrafe von vier Monaten ohne Bewährung verurteilt wurde. Auf Listenplatz eins für die Landtagswahl stand demnach auch die eher uncharismatische Doris Zutt (52), und nicht Marcel Wöll. Dennoch war die Wahl ein Knackpunkt um die Zukunft Wölls. Bei Erfolg hätte er sich weiter innerhalb der Partei etablieren können. Nach der Niederlage bleibt abzuwarten, wie die Zukunft des Bündnisses zwischen »Freien Kameradschaften« und NPD – dessen wichtigstes Bindeglied Wöll darstellt – aussehen wird. ■

[1] Marcel Wöll am 15. Dezember 2007 bei einem Neonaziaufmarsch der NPD in Offenbach (Main).

[2] Marcel Wöll bei einem Aufmarsch in Frankfurt (Main) am 20. Oktober 2007.

Rechtsberatung von rechts

Das »Deutsche Rechtsbüro«

»Das Deutsche Rechtsbüro ist eine Selbsthilfegruppe zur Wahrung der Rechte, insbesondere der Grundrechte, ›politisch unkorrekter‹ Deutscher«, stellt sich das Deutsche Rechtsbüro (DRB) auf seiner Internetseite vor. Das DRB schränkt seinen Wirkungsbereich gleich ein: »Es ist keine Rechtsschutzversicherung und darf keinen Rechtsrat erteilen.«

Stattdessen will man Vorbeugung betreiben und von staatlichen Maßnahmen Betroffene unterstützen. Im Impressum seiner Internetseite offenbart sich der formale Rahmen der Organisation »Deutsches Rechtsbüro im Deutschen Rechtsschutzkreis e.V.«. Das »Deutsche Rechtsbüro« ist eine wichtige Institution an der Schnittstelle zwischen NPD und Neonazismus, welches versucht, die Grenzen dessen, was legal ist, auszuloten und die extreme Rechte vor Repression zu schützen.

Rechtsschutz – Schutz von rechts für rechts

Die »Wahrung der Rechte« hat sich das DRB auf die Fahne geschrieben. Zu diesem Zweck sind die Aktivisten des Vereins vor allem publizistisch tätig. Monatlich veröffentlicht das DRB einen E-Mail-Rundbrief in dem neue, die extreme Rechte betreffende, Urteile oder Vorschriften dargestellt werden. Die Empfehlungen beispielsweise zum »Verhalten bei Hausdurchsuchungen« werden in Fanzines und Publikationen der neonazistischen Szene regelmäßig nachgedruckt. Zusammengefasst sind viele der Empfehlungen in dem Rechtsratgeber »Mäxchen Treuherz«. In diesem tappt ein Aktivist namens »Mäxchen Treuherz« immer wieder in »juristische Fußangeln«. Das Buch erklärt, worauf die rechten Aktivisten zu achten haben, wenn sie in die Öffentlichkeit treten, einen Aufmarsch anmelden oder Musik abspielen. Neben den öffentlich wahrnehmbaren Publikationen bietet das DRB noch weitere Dienste an. So hat es ein Archiv mit Urteilen zu verschiedenen Themenfeldern aufgebaut, aus welchem Kopien angefordert werden können um im eigenen Prozess Beispiele für Freisprüche oder ähnliches anführen zu können. Auch für Tonträger besteht eine Liste. Hier ist aufgeführt, welche Tonträger strafbar sind und warum. Auch werden Gutachten gesammelt, warum CDs nicht strafrechtlich relevant sind. Ein Beispiel: Als das NPD-Bundesvorstandsmitglied Jens Pühse im Februar wegen der Produktion mehrerer strafbarer CDs vor Gericht stand, behauptete er »alles getan zu haben, um die Tonträger auf strafbare Inhalte zu prüfen«. So habe er etwa Rechtsgutachten zu den CDs eingeholt.« Auch von der Rechtsanwältin Gisa Pahl lag eines vor, diese sagte auch während des Prozesses als Zeugin zu seinen Gunsten aus. Tatsächlich wurde Pühse freigesprochen, der Gerichtsvizepräsident Schultze-Griebler hielt Pühse zugute, sich bemüht zu haben, sich nicht strafbar zu machen.

Das DRB bietet Listen mit Anwälten an, die Klienten aus der extremen Rechten wohlgesonnen gegenüberstehen. Auch führt das DRB juristische Schulungen durch. Die Aktivisten des DRB, vor allem Pahl und Miosga, treten auch als Referenten auf Treffen und Seminaren der extremen Rechten auf, sei es bei den »Tagen Deutscher Gemeinschaft« von Günter Deckert oder bei Schulungen der NPD. Teilweise reicht die Referententätigkeit auch deutlich über das extrem rechte Spektrum hinaus. So hielt Pahl im März 2007 eine Rede bei der Verbandstagung der Deutschen Burschenschaft zum Thema »Meinungsfreiheit heute«. Der Holocaust, dessen Leugnung strafbar ist, was nach Ansicht der extremen Rechten ein schwerer Ein-

Deutsches Rechtsbüro – Heft 3

Fotografieren

Eine Übersicht über die Rechtslage, wann eine Verletzung des Rechtes am eigenen Bild vorliegt, und über die bestehenden Rechtsmittel - mit zahlreichen Musteranträgen

[1]

[1] Eine Publikation des Deutschen Rechtsbüros zum Thema »Fotografieren« für die extreme Rechte.

[1]

[1] Die DRB-Aktivistin und Rechtsanwältin Gisa Pahl trat als Referentin auf Treffen der extremen Rechten auf und fertigte Rechtsgutachten für Rechtsrock-Tonträger an.

schnitt in die Meinungsfreiheit ist, wurde hier allerdings nur indirekt benannt, er tauchte nur abstrakt als »eines bestimmten, offen-kundigen Vorganges in der Geschichte des 20. Jahrhunderts« auf. Das Pahl bei der Deutschen Burschenschaft reden durfte mag überraschen, achtet diese doch eigentlich darauf mit dem Lager des Neonazismus nicht öffentlich in Verbindung gebracht zu werden. Genau zu diesem gehört das DRB aber.

Kontinuitäten

Als »Deutsches Rechtsbüro« (DRB) taucht die Organisation seit 1992 auf. Seine Ursprünge liegen im 1979 gegründeten NPD-nahen Deutschen Rechtsschutz Kreis e.V. mit Sitz in Bochum. Das Büro des DRB war anfangs über das Postfach von Rolf Leppert jun. von der Hamburger Burschenschaft Germania zu erreichen, welcher als DRB-Sekretär fungiert. Später zeichnete Claus C. Holmar unter einer Postfachadresse in Münsing verantwortlich. Inhaber dieses Postfaches ist Klausdieter Ludwig, Mitbegründer der Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft, deren Publikation »DESG-inform« einen Unterstützungsaufruf für den überfallenen Neonazi-Rechtsanwalt Jürgen Rieger publizierte. In diesem Aufruf wird erstmals ein Postfach in Berlin angegeben, das ab Anfang 1996 offiziell als Adresse des DRB fungierte. Inhaber ist Richard Miosga. Das Postfach von Miosga in Birkenwerda war lange als Kontaktadresse angegeben. Heute wird das Postfach des Deutschen Rechtsschutzkreis in Bochum angegeben. Dieser kann als Vorläufer des DRB bezeichnet werden, setzte sich allerdings ausschließlich aus Laien zusammen. Als Vereinszweck wird die »Abwehr jeder Form von ›politischer Justiz‹« angegeben. Um praktische Unterstützungsarbeit leisten zu können wurde ein Rechtshilfefonds, die »Deutsche Rechtsschutzkasse«, gegründet. Heute tritt das DRB als Teil des Deutschen Rechtsschutzkreises auf.

Aktivisten

Eher im Hintergrund hält sich Richard Miosga. Heute ist er für die Redaktion der DRB-Website zuständig und deren Verantwortlicher. Miosga war Schatzmeister des Hoffmann von Fallersleben Bildungswerkes sowie Mitglied bei »Die Nationalen e.V.«. 1989 wurde er stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Republikaner im Berliner Abgeordnetenhaus. Miosga ist jedoch kein Anwalt. Nach außen tritt vor allem die Hamburger Rechtsanwältin Gisa Pahl für das DRB auf. Diese wurde Mitte der achtziger Jahre vom Verfassungsschutz als »Hauptaktivistin« des »Bund Heimattreue Jugend« geführt und arbeitete mehrere Jahre in der Kanzlei von Jürgen Rieger. Pahl war bis 1993 Mitglied der Republikaner, später fungierte sie zumindest zeitweilig als Leiterin des DRB. Pahl gilt als Herausgeberin der Broschüre »Mäxchen Treuherz und die Fallstricke der Behörden« unter dem Pseudonym Gisela Sedelmaier. Unter dem Namen Gisela Sedelmaier wurden auch diverse Artikel in den Unabhängigen Nachrichten veröffentlicht. Diese Publikation, welche in hohen Auflagen verteilt wird, fällt durch ihre offen rassistischen Ausfälle auf. Herausgegeben wird sie von einem »Freundeskreis Unabhängige Nachrichten« mit Sitz in Oberhausen, teilweise wird aber auch das Postfach des Deutschen Rechtsschutzkreises in Bochum angegeben, über welches das DRB zu erreichen ist. Eine Gisela Sedelmaier zeichnete auch 1989 verantwortlich für drei Ausgaben von »Recht und Justiz«, einer Publikation des Deutschen Rechtsschutzkreis.

Vorbeugung und Vernetzung

Die Bedeutung des DRB für die extreme Rechte in der BRD liegt einerseits im Bereich der Schulung, mit dem versucht wird Aktivisten der extremen Rechten vor Rechtsbrüchen und deren Folgen zu bewahren. Zum Anderen bietet das DRB praktische Hilfe, indem es Urteile zur Verfügung stellt und die Liste der RechtsRock-Tonträger führt. Dass es inzwischen wieder in der Nähe der NPD agiert, erscheint nur folgerichtig, stellt diese doch ein gewisses Potential an Mitgliedern der extremen Rechten, welche als potentielle Straftäter mit dem Gesetz in Konflikt kommen könnten. ■

Heimattreue Deutsche Jugend

Zwischen Verbot und Kontinuität

Die Zeit, in der die Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ) ihre neonazistische Kinder- und Jugendarbeit fernab der Öffentlichkeit durchführen konnte ist endgültig vorbei. Waren es anfangs antifaschistische Gruppen oder JournalistInnen die über die Arbeit der HDJ aufklärten, zeigen nun auch Behörden zunehmend Interesse an dieser neonazistischen Vereinigung.

In der Berichterstattung über die politische Arbeit der HDJ seit dem Sommer des letzten Jahres wurden die zahlreichen Parallelen zur 1994 verbotenen Wiking Jugend (WJ) thematisiert. Aber auch die vielseitigen Verbindungen und Überschneidungen zur NPD und dem Kameradschaftsspektrum sowie die völkische Ausrichtung der Kinder- und Jugendarbeit wurden bekannt gemacht. Seit Dezember 2007 liegt nun auch eine umfassende Broschüre zur neonazistischen Kindererziehung und den Strukturen der Heimattreuen Deutschen Jugend vor.

Das Spiel mit dem Verbot

Wurde von antifaschistischer Seite oft der Umgang staatlicher Behörden mit der HDJ kritisiert, der sich lange Zeit auf Verharmlosen bzw. Ignorieren beschränkte, wird staatlicherseits nun auch die Möglichkeit eines Verbots ins Spiel gebracht, sei es wegen des Charakters als Nachfolgeorganisation der verbotenen WJ oder aufgrund der neonazistischen und paramilitärischen Ausrichtung der Kinder- und Jugendarbeit des Verbands.

Die Reaktionen der HDJ auf die kritische Berichterstattung beschränken sich zumindest öffentlich wahrnehmbar auf Diffamierung von kritischen JournalistInnen bzw. AntifaschistInnen bis hin zu tätlichen Angriffen.

Von einer organisatorischen und strukturellen Vorbereitung auf ein Verbot ist bei den teilweise verbotserfahrenen Mitgliedern der HDJ auszugehen. So erklärte die HDJ-Bundesführung HDJ im Sommer 2007 seine Familienkreise für aufgelöst. Diese bestanden als Struktur aus älteren Mitgliedern bzw. Eltern vor allem zur Unterstützung der verschiedenen regionalen Einheiten von Jungmitgliedern. Als Gründe für die Auflösung wurden der »unverhältnismäßige(n) Einsatz von Schnüffeltrupps der Polizei« bei diversen Lagern sowie die zahlreichen »Lügenberichte« der Presse angegeben. Aufgrund dessen könnten die Familienkreise ihre »Arbeit mit Kleinstkindern im Stillalter« nicht mehr leisten. Im »Funkenflug«, der Vierteljahresschrift der HDJ, ist das Verbotsthema stets präsent. In der Regel wird sich damit auf ironische Weise auseinandergesetzt, zum Beispiel mit einem »HDJ-Verbots-Gewinnspiel« oder einer »Abhakliste für den Verfassungsschutz«.

Kinder und Jugend in Uniform

Während eines gemeinschaftlichen Ausflugs von neun Mitgliedern der Einheit Preußen am 6. Juni 2007, marschierten diese durch die brandenburgische Kleinstadt Oranienburg nördlich von Berlin. Aufgrund des Tragens einer gemeinschaftlichen Uniformierung wurden ihre Personalien von der Polizei aufgenommen. Am 12. September folgten insgesamt zehn Hausdurchsuchungen in Berlin, Brandenburg und Sachsen bei den Uniformträgern.

Die Überschneidungen von HDJ- und NPD-Strukturen wurden auch in diesem Fall wieder deutlich. Zwei Anhänger der HDJ aus Oranienburg waren bei der Gründung des örtlichen JN-Stützpunktes anwesend und aufgrund der Durchsuchung kam es zu einer Solidaritätsaktion, an der sich etwa 85 Neonazis beteiligten.

Als Reaktion auf diese polizeilichen Maßnahmen wegen des Tragens der HDJ-Uniform in der Öffentlichkeit versuchte die Bundesführung um Sebastian Räbiger eine Ausnahmegenehmigung zu erwirken. Jugendgruppen oder -verbände wie zum Beispiel Pfad-

finder verfügen über eine solche und können auch in der Öffentlichkeit mit ihrer verbandstypischen Kleidung auftreten. Doch das zuständige Bundesinnenministerium lehnte dies im Falle der Heimattreuen Deutschen Jugend mit der Begründung ab, dass »die politische gegenüber der jugendpflegerischen Betätigung« der HDJ überwiege. Damit ist es der HDJ untersagt in ihrer Uniform in der Öffentlichkeit aufzutreten, die Durchsetzung dieser Entscheidung bleibt allerdings Landessache.

Weiterhin ist gegen den HDJ-Bundesführer Räbiger ein Strafverfahren anhängig. Eine zentrale Veranstaltung der HDJ ist der maßgeblich von ihr organisierte jährliche Märkische Kulturtag in Brandenburg. Am Rande des 6. Kulturtages im Jahre 2006 kam es zu einem Angriff von mehreren Mitgliedern der HDJ gegen JournalistInnen, die in der Vergangenheit schon mehrmals über deren Aktivitäten berichtet bzw. diese dokumentiert hatten. Räbiger befand sich persönlich unter den Angreifern. Der Prozess zu diesem Beispiel des Umgangs der HDJ mit dem »politischen Gegner« steht noch aus.

Organisatorische Festigung

Obwohl der Märkische Kulturtag im letzten Jahr scheinbar zum ersten Mal nicht stattfand, führt die HDJ weiterhin ihre sonstigen zahlreichen Veranstaltungen durch und baut ihre regionalen Strukturen aus. Für den April 2007 wurde die Gründung einer Einheit Sachsen – Niederschlesien vermeldet und im Sommer folgte die Einheitsgründung für Thüringen.

Für das letzte Winterlager der HDJ zur Jahreswende verschwieg man lieber den Namen HDJ und meldete sich diesmal als namenlose »Familien- und Jugendgruppe« konspirativ an. Insgesamt fanden 114 Kinder, Jugendliche und Betreuer den Weg zum »Turner- und Jugendheim« in St. Goarshausen in Rheinland-Pfalz. Doch spätestens vor Ort hörte man mit dem Versteckspiel auf und führte das Lager nach den üblichem Muster durch. Uniform tragen war genauso üblich wie der strenge Tagesablauf innerhalb des Lagerlebens. Die überraschten Mitarbeiter der Einrichtung bezeichneten das Lager als »sehr paramilitärisch«.

Ein genaueres Bild über den Ablauf eines HDJ-Lager vermittelt der neue Werbefilm, dem die HDJ seit Januar zu Werbezwecke im Internet präsentiert. Gezeigt werden Aktivitäten im Rahmen des Winterlagers 2006/2007 in der fränkischen Burg Hohenberg. Eine Wache schützt das Zusammentreffen vor unliebsamem Besuch, während auf dem Gelände unter der HDJ-Fahne in Reih und Glied zum Appell angetreten wird. Der Fanfarenzug der HDJ tritt zum Spiel an, und das ganze Lager zum gemeinsamen Tanz- und Singespiel. Alle Aktivitäten der Kinder und Jugendlichen finden in der HDJ-Kluft und unter der HDJ-Verbandsfahne statt.

Wider jede Kritik

Die konspirative Organisierung der Veranstaltungen der HDJ ist ein Versuch die kritische Öffentlichkeit bzw. die Behörden auf Distanz zu halten. Durch die umfangreiche Thematisierung eines möglichen Verbots der HDJ in der Öffentlichkeit ist dieses staatliche Mittel zur Bekämpfung zunehmend wirkungslos geworden. Die HDJ hat sich mit der Problematik Vereinsverbot auseinandergesetzt und (wohl) Vorbereitungen getroffen. Die personellen und strukturellen Anbindungen an das Spektrum von NPD und Kameradschaften als potentielle Neumitglieder und Bündnispartner wird derweil weiter ausgebaut. Ein nächster Termin dafür soll der alljährliche Tollense-Marsch, ein Leistungsmarsch um den gleichnamigen See bei Neubrandenburg Anfang März 2008 sein. Der Veranstalter des Marsches im letzten Jahr war David Petereit, Mitarbeiter der Schweriner NPD-Fraktion und mutmaßliches HDJ-Mitglied.[1] Für das erfolgreiche Bestehen des 40 Kilometer langen Marsches erhalten die teilnehmenden Neonazis jeweils ein Leistungsabzeichen.

In der Zwischenzeit, eher unbeeindruckt von der kritischen Öffentlichkeit, wird von der HDJ weiterhin selbstbewusst neonazistische Arbeit mit Jugendlichen und Kindern betrieben. Mit Lagerfeuerromantik und Spiel werden den Heranwachsenden nicht nur Gehorsam, Gefolgschaft und Unterordnung beigebracht, sondern sie werden auch in das neonazistische Spektrum integriert. ■

[1] Der HDJ-Bundesführer Sebastian Räbiger (rechts) führt auf einem HDJ-Lager eine Zeremonie durch.

[2] Räbiger (links) referiert auf einem HDJ-Lager.

1| Einladung »Allen Wettern zum Trotz... 5. Tollensemarsch am 1.03.2008«.

Cable-Street-Beat

Antifaschistische Kulturarbeit: Cable Street Beat im Interview

Was ist Cable-Street-Beat-Strictly-Antifascist?

Wir sind eine Gruppe von männlichen und weiblichen Punks, Skins und anderen MusikliebhaberInnen, die sich zusammengeschlossen haben, um antifaschistische und antisexistische Kulturarbeit zu betreiben. Wir, das heißt, Cable Street Beat Gütersloh, sind zwar die Gründungsgruppe von CSB in der BRD, aber eben nur EINE Gruppe in einem Netzwerk von Gruppen, Bands und Einzelpersonen. Von daher können und wollen wir hier natürlich erst einmal nur für uns sprechen.

Seid ihr denn eine Organisation?

Nein, eben nicht, wir haben uns damals gegründet, ein Selbstverständnis und ein Logo gegeben und alle Interessierten zur Nachahmung aufgefordert, wenn sie unsere Prinzipien teilen.

Wie viele Gruppen gibt es?

In unterschiedlicher Intensität sind uns etwa 10 Gruppen bekannt, die aktivsten sind wohl Gütersloh, Berlin, Düsseldorf, Osnabrück, Passau, es gibt aber auch noch Leverkusen, Königs Wusterhausen und einige andere, von denen wir sporadisch hören und die, je nach Lust und Laune antifaschistische Kultur in ihrer Region in den unterschiedlichsten Bereichen etablieren. Das heißt, es gibt dann z.B. mancherorts ein Cable Street Beat Soundsystem, andere Gruppen oder Einzelpersonen veranstalten Konzerte und so weiter.

Wie kommt Ihr zu Eurem Namen?

Die Cable Street ist eine Straße in einem Londoner Working Class District. In den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts wohnten dort vor allem ArbeiterInnen , viele von ihnen jüdischen Glaubens. 1936 versuchten die britischen Faschisten unter Mosley, unter Polizeischutz einen provokativen Aufmarsch durch dieses Viertel durchzusetzen.

Die Menschen stellten sich ihnen militant entgegen, es kam zum sogenannten »Battle of Cable Street«. Seitdem steht dieser Name als Symbol für zivilen, aber entschlossenen Widerstand gegen Faschismus. Da unsere Kultur als Skins und Punks aus England und Jamaica kommt, lag dieser Name somit für uns nahe.

Seit wann gibt es Euch?

Tja, wenn wir das wüssten, unsere Buchführung ist dürftig, so etwa 15 Jahre dürften es nun sein.

Was macht Ihr denn so?

Wir veranstalten Konzerte, Kinoabende, Parties, legen selbst auf, bringen CDs heraus, machen antirassistische Bildungsarbeit und nehmen an antifaschistischen Aktionen teil oder starten selbst welche. Unsere Musikrichtungen sind Punk, OI, Northern Soul, Mod, Reggae, Ska und Hardcore, auch Ausflüge in die Rock 'n' Roll- oder Psychobilly-Richtung und Metalcore kommen vor. In Kooperation mit anderen Musikliebhabern sind auch schon Hip-Hop-Veranstaltungen gelaufen. Wir übernehmen alle Aufgaben ehrenamtlich selbst (DIY) und machen keinen Gewinn. Das gilt auch für die CD-Sampler, die wir zusammen mit Mad-Butcher Records und der Gruppe Sozialistische Kultur Arbeit Gütersloh herausbringen. Dort bringen wir bekannte und unbekannte antifaschistische Bands zusammen und verbreiten tanzbare Propaganda für die gute Sache. Das CSB-Soundsystem ist auch gern gesehener DJ(ane)-Gast auf diversen Antifa- und Szene-Partys. Auch Fußball- Partys (am liebsten bei Freunden und Freundinnen, die sich antirassistisch und antifaschistisch engagieren) bespaßen wir ab und an. Besonders wichtig sind uns unsere politischen Aktionen. Eine unserer spektakulärsten und zur Serienreife gebrachten Aktionsformen ist das »Einschleichen« in Neonazi-Demonstationen. Aufgrund unseres Skinheadoutfits werden wir gern durch die Polizeisperren gewunken und in die Neonazidemos eingereiht, in denen wir dann mit tanzbarer Ska-Musik und lustigen Sprechchören für allerlei Verwirrung und Unmut bei Neonazis und der Polizei sorg(t)en. Nicht ungefährlich zwar, aber sehr kreativ und definitiv Punk Rock! Die entstehende Verwirrung verzögert die Deppenmärsche entscheidend, die Neonazis spüren und sehen den Protest (für uns besonders wichtig, da die Neonazis in NRW ihre Aufmärschchen oft in völlig abgesperrten Bereichen unter Polizeischutz abhalten können) und wir fahren eigentlich immer zufrieden und unbeschädigt nach Haus. Ausprobieren, klappt super!

Im Rahmen einer anderen Aktion haben wir den Laden des ehemaligen NF-Chefs, heutigen »Reichsbürgers« und Holocaustleugners Meinolf Schönborn stillgelegt. Dieser verkaufte am Rande des riesigen Motorrad-Treffs »Broker Mühle« jede Woche

[1]

© rassloff / agentur ahron

Germanen- und Wikingerkitsch an die bis zu 3000 BikerInnen, denen seine sonstigen Aktivitäten als Neonazi und Inhaber des faschistischen »Z-Versandes« nicht bekannt waren. Also verbündeten wir uns mit anderen BikerInnen, fuhren zunächst unangemeldet mit CSB und Antifa Leibchen vor, rollten vor seinen Schaufenstern eine Ausstellung über den Neonazi aus, versorgten die anwesenden BikerInnen mit Musik und Infomaterial und düsten wieder ab. Die ganze Aktion ging als Video an 3500 E-Mail-Adressen, vielfach aus der Punk- und Skinszene. Nachdem wir noch die Gäste des im gleichen Gebäude logierenden Restaurants mehrmals auf die gleiche Weise erfreuten, war das Maß wohl voll und das Essen ungenießbar, Herr Schönborn bekam die Kündigung des Vermieters und war raus! Nach Presseinformationen hat er für alle geschäftlichen Aktivitäten Insolvenz angemeldet.

Gibt es Widerstand gegen Eure Aktionen?

Naja, die örtlichen Neonazis scheuen die Konfrontation mit uns. Sie beschränken sich da auf den virtuellen Raum, hetzen großmäulig im Internet. Vor einiger Zeit haben sie in der Stadt Gütersloh einen Spuckie verklebt, auf dem ein vermummtes Etwas (undefinierbar) ein CSB-Logo zertritt. Schade nur für sie, dass es eher aussieht, als ob der Neonazi auf dem Logo ausrutscht. Lange halten diese Dinger sowieso nicht, da örtliche Antifas und SympatisantInnen sofort mit dem Aufkleber »Anti-Anti-Antifa – wir sind immer eine/r mehr!« konterten. Dass wir die Neonazis nerven, ist unbestritten. Wir besetzen in unserer Region einfach die Punk- und Skin-Szene. Es gibt davon einige in der Gegend, und die wenigsten von ihnen sind Neonazis. Wir denken, dass durch unsere Kultur- und Bildungsarbeit, aber auch durch direkte Aktionen den Neonazis im Vorfeld weitestgehend der Boden entzogen wird. Natürlich ist die Bevölkerung hier nicht weniger rassistisch, homophob, antisemitisch, autoritätsgläubig und sexistisch als anderswo, aber wenn es gelingt, den Neonazi-Mob auf der Straße unbedeutend zu halten, hast du einfach ein anderes Klima in der Stadt. Die Linke und die MigrantInnen-Communities können sich relativ frei bewegen und entfalten, da es hier subjektiv kein Gefühl der Bedrohung durch Neonazihorden gibt.

Das ist gerade in kleineren Städten wie Gütersloh, die keine Uni und weniger linke Projekte und vielleicht auch keine riesige Szene haben, extrem wichtig. Wir kennen das auch anders, noch Ende der achtziger Jahre war diese Stadt eine, wenn nicht sogar die Hochburg der Neonazi-Skin-Szene in der BRD. 1985 gab es etwa 50 gewalttätige Übergriffe von Neonazis nur um das örtliche BürgerInnenzentrum und seine Jugenddisko herum. Damals haben wir, schon vor CSB, auch die Strategie entwickelt, Skins von Neonazis abzuspalten. Wir haben gezielt subkulturelle Musikangebote für Skins, Punks, Heavys, Grufties etc. in diesem Zentrum gemacht und in harten Kämpfen (oft im wahrsten Sinne des Wortes) die Neonazis vor der Tür gehalten. Auf die Dauer haben wir so den subkulturellen »braunen Sumpf« austrocknen können. Was die Jugendsubkultur anging, haben wir in dieser Zeit durch lange, harte Arbeit die »Lufthoheit über den Stammtischen« gewonnen.

Das hat sich auch im letzten Jahr gezeigt, als die Neonazis zwei Aufmarschversuche in Gütersloh machten, die beide mit großer Beteiligung der Bevölkerung gestoppt und aufgehalten werden konnten. Auch dort funktionierte wieder das Verwirrspiel. Eine Gruppe CSBlerInnen (unter anderem auch Skins) und eine Gruppe vermeintlicher »Autonomer Nationalisten« sorgten am Bahnhof für große Angst und Durcheinander bei Polizei und Neonazis. Nachdem diese Situation durch die Polizei geklärt war, liefen die Neonazis etwa 500 Meter, wurden dann durch Blockaden von der Route abgedrängt und durften nach Hause fahren.

Und die Polizei?

In den achtziger Jahren waren die Auseinandersetzungen sehr heftig, die Polizei verlor den Überblick über die Szene und richtete eine Art »Skinhead Sonderkommission« ein, womit sie nur die Neonazi-Skins meinte. Aber alles, »was anders aussah«, wurde von der Straße gefangen und erkennungsdienstlich behandelt, Zitat: »damit wir beim nächsten Mal wissen, wer zu wem gehört...« Für uns war der Staatsschutz zuständig und er ist es bis heute. Unsere Aktionen machen Neonaziaufmärsche instabil, die Polizei ist zunehmend verunsichert, da ist es kein Wunder, dass der Staatsschutz die Staatsanwaltschaft auffordert, CSB als kriminelle Vereinigung nach §129 zu überprüfen. Für die Unter- →

[1] Antifaschistische SHARP-Skins stören einen Neonaziaufmarsch am 1. Mai 2004 in Berlin Lichtenberg.

➔ wanderung von Neonazi-Demos haben sie sich auch schon einen Straftatbestand zurechtgelegt: der heißt »erhebliche Störung einer angemeldeten Kundgebung«. Ist aber noch nicht angewandt worden, weil vermutlich als doch zu albern empfunden.

Begreift Ihr Euch denn als politische Gruppe?

Jein. Die Neonazis machen Ihre Arbeit in Bezug auf Jugendkulturen so, dass sie die inhaltlichen Einflüsse, die die Kulturen mitbringen und die einen Zugang zur Nazi-Ideologie ermöglichen, aufgreifen. Somit haben sie scheinbar natürliche Eintrittskarten in die jeweilige Szene. Bei den Gothics sind es Dinge wie das Heidentum, Mittelalter, Elitegedanken, Okkultismus und Irrationalität; bei den Metals Wiking-Kult, Heidentum, Thorshämmer; bei Hooligans Machismo, »Heldentum«, Stolz auf das Nationalteam, Gewaltbereitschaft; bei den Skins Männerbund, Revierverteidigung, Proletenkult, Uniform; im Hip-Hop leider oft so etwas wie Revier- und Gangkämpfe, Sexismus, Schwulenfeindlichkeit und rassistischer Wortgebrauch.

Hier setzen sie an und schaffen Angebote, die Jugendliche aus diesen Szenen im vorpolitischen Raum da abholen, wo sie stehen. Ziel ist es, die Jugendlichen aus ihren subkulturellen Erlebniswelten in die rechte Vernetzung über Kultur einzubeziehen. Dabei wird von Neonazis mittlerweile vermittelt, dass es völlig egal ist, aus welcher Subkultur man kommt!

Zu Zeiten, wo Rock 'n' Roll noch rebellisch war, war er oft im linken Milieu angesiedelt, das gilt besonders für Punk Rock. Aber auch die großen politischen Bewegungen der achtziger Jahre waren durchweg mit Bands und Kultur verbunden. Darauf hat sich die Linke ausgeruht und sich in ihre Zentren zurückgezogen, wo sie oft Kultur von der Szene für die Szene betreibt. Selten besteht der Anspruch oder es gelingt vielleicht auch oft nicht, Menschen außerhalb der eigenen Strukturen anzusprechen. Draußen in der Gesellschaft, geht der Zug ideologisch nach rechts, was sich zwangsläufig auch auf die Jugendkulturen auswirkt. Wir sind der Meinung, linke Bewegung braucht Kultur und Milieus, in denen Menschen beiläufig, aber selbstverständlich mit politischen Themen in Kontakt kommen können, sich damit auseinandersetzen, ohne gleich politische Glaubensbekenntnisse abgeben zu müssen. Das heißt, unsere Kulturarbeit definiert klare Grenzen, was Faschismus, Sexismus etc. angeht, aber sie macht nicht explizit linkes politisches Bewusstsein zur Bedingung, um auf unsere Konzerte gehen zu dürfen. Denn irgendwo müssen die Leute auch erst mal mitbekommen, was es heißt, links zu sein. Die Art, wie wir Politik rüberbringen, liegt im Detail, es gibt Bühnentranspis, politische Bands, korrekte Preise, einen Blick aufs Benehmen des Publikums und vor allem möglichst große Eindeutigkeit im Handeln und dem Statement nach außen, wenn es darum geht, unsere Prinzipien durchzusetzen.

Genau das spiegelt sich in unserer Gruppe wieder. Es gibt organisierte Linksradikale, AnarchistInnen, KommunistInnen und Feministinnen in unserer Gruppe, aber ebenso Leute, die politisch nicht organisiert sind, aber unsere Prinzipien in Bezug auf Kultur und Politik respektieren und teilen. Das ist völlig o.k. so, und gilt genauso auch für unser Publikum, die gespielte Musik und die Inhalte der Bands.

Es gibt eben sehr viele politisch unentschiedene Menschen, um die wir kämpfen, die sich bei uns wohlfühlen sollen, und ebenso gibt es eigentlich politische Menschen, die auf die Arbeits- und Funktionsweise der linken Szene aus verschiedensten Gründen keine Lust haben. Vielen fehlt der Spaß in der Linken! »If I cannot dance, it is not my revolution« (Emma Goldman). Natürlich sind Kapitalismus und Patriarchat, Ausbeutung, Krieg und ökologische Apokalypse nicht wirklich witzig, aber gerade deshalb gibt eine vielseitige linke Kulturszene Kraft und Motivation, sich diesen Zuständen kämpferisch zu stellen. Wir wissen, dass es andere CSB Gruppen gibt, die den politischen Anspruch auch mal offensiver vertreten, wir respektieren das auch. Von Ort zu Ort sind ja auch die Bedingungen anders, aber dennoch steht fest: Wir sind keine politische Organisation im eigentlichen Sinne, und genau darin besteht unsere Stärke und unsere Aufgabe. Wir versuchen, die Musik zum politischen Film zu spielen, und wir versuchen, eine kulturelle Brücke in die politischen Bewegungen zu bauen.

Unser Ansatzpunkt ist dabei klar! Die Skinhead Szene stammt ursprünglich aus der working-class, sie umfasste ethnisch unterschiedliche Menschen, ihre Musik stellt eine Symbiose aus unterschiedlichsten Einflüssen europäischer, amerikanischer, jamaikanischer und afrikanischer Sounds dar. Wie in der Punk-Bewegung gibt es bei Skins Abneigung gegen Chefs und Autoritäten, Polizei und Rassismus. Das gilt auch für die Ablehnung von Kommerz. Solidarität, Freundschaft, korrektes Verhalten und »sich nichts gefallen lassen« sind zentrale Werte. Diese finden sich genau so in unserem Selbstverständnis wieder. Natürlich ist es den Neonazis früher gelungen, Teile des Skin- und Punk-Kultes umzuwerten, aber da sehen wir es ein wenig so wie in der Che Guevara Diskussion. Mal vom kritischen Umgang mit Helden an sich abgesehen, steht Che für Linke unter anderem als Symbol für Rebellion, Sozialismus und bewaffneten Aufstand. Jetzt beginnen die Neonazis, ihn als »einer von uns« zu bewerben. Sollten wir deshalb auf Abstand zu Che gehen? Wir denken nein, obwohl es natürlich Gründe genug gibt, ihn kritisch zu werten. Aber nur, weil Neonazis versuchen, bestimmte Themen, Symboliken oder auch Personen als ihre zu verkaufen, sollte eine solche Distanzierung nicht stattfinden. Sollten andere Gründe eine Rolle spielen- nun ja, dann werden wir diese Diskussion innerhalb der Szene führen.

Dass es viele, immer noch viel zu viele Neonazis mit kurzen Haaren gibt, ist für uns also kein Grund, uns die Haare wachsen zu lassen. Dass die Punk-Bewegung in weiten Teilen ihren Stil und ihren politischen Gehalt verloren hat, ist auch kein Grund, Punk verloren zu geben. Im Gegenteil, wir kämpfen um die Inhalte dieser Szenen, unter anderem, um den Neonazis kein Re-

krutierungsfeld ohne Gegenwehr zu überlassen. Genau das sollte es in anderen Kulturszenen auch geben.

Rassismus und Faschismus zu bekämpfen, mag sich ja aus der Szene ergeben, aber was ist mit dem Sexismus? Ist die Punk- und Skin-Szene nicht die Hochburg des Männerkultes und des Mackertums?

Das ist zweifellos richtig und nervt auch ganz schön. Die erdrückende Mehrzahl der Aktiven sind Männer, das gilt für jeden Bereich der Szene, ob Fanzines, Bands, Publikum, DJs , Sicherheitsfragen, Partiess und vieles mehr.

Auch Gewalt ist ein ständiges Thema, ob sexualisierte Gewalt, »Gockelkämpfe« oder Brutalo-Pogo. Besonders ärgerlich ist es für uns, wenn Ikonen der Szene sich auf der Bühne grundsätzlich mit freiem Oberkörper und geballter Faust darstellen, fleischgewordene pathetische Männlichkeit zelebrieren und über alles Böse dieser Welt singen, von Faschos über Bullen, hin zu Staat und Tierfeindlichkeit, ihnen aber niemals einfallen würde, das Geschlechter-Thema mal ansatzweise zur Kenntnis zu nehmen. Dass häufig gerade besonders martialische Bands angehimmelt werden, ist unserer Erfahrung nach aber kein Phänomen des Punk- und Skin-Publikums, sondern macht auch vor der Antifa-Szene nicht halt. Es ist natürlich schon so, dass die Punk- und Skin-Szene in Geschlechterverhältnissen mehrheitlich das widerspiegelt, was die Gesellschaft vorlebt. Aber die Szene hat auch immer den Freiraum geboten, Geschlechterrollen in Frage zu stellen, es wurde und wird (leider immer noch als Minderheitenposition) auch getan.

Nun gut, und wie geht ihr mit dieser Situation um?

Wir versuchen das zu tun, was uns übrigbleibt, nämlich das Beste draus zu machen. Wir achten bei der Bandauswahl darauf, nichts Sexistisches zu buchen, das gilt auch für die Werbung, wir unterbinden die üblichen Ausziehen-Rufe, wir sorgen dafür, dass ein »Tanzklima« da ist, das allen Platz einräumt, ob, groß, klein, schmächtig, riesig, andersgesund (landläufig behindert genannt) Männer, Frauen oder wie auch immer. Das klappt meistens auch ganz gut. Wir unterbinden sexistische Plakate, T-Shirts und Aufnäher und machen deutlich, dass wir bei sexistischer Anmache immer Hilfe leisten. Wir legen auch solche InterpretInnen prinzipiell nicht auf. Wobei Lieder über Sex zu singen, natürlich nicht per se sexistisch ist, es geht da um die Wortwahl, ob und wie ein Herrschaftsverhältnis dargestellt wird und wie die Songs dann präsentiert werden.

Natürlich unterlaufen uns Fehler, und natürlich ist das ganze ein Spannungsfeld zwischen ärgerlich, einfach nur dumm und offensiv sexistisch. Oft streiten wir uns über die Auslegung der Regeln, und noch viel öfter hagelt es Proteste von unterschiedlichster Seite: von »Scheiß Pogopolizei« über »PC-Ärsche« und »Linksfaschisten« auf der einen Seite bis hin zu »zu lasch«, »nicht eindeutig genug« und so weiter ist alles drin. Aber glücklicherweise wird der Unterschied zwischen unseren Veranstaltungen und vielen anderen durchaus positiv wahrgenommen. Oft wird uns das auch geschrieben und gesagt.

Und wie siehts dann bei Euch aus mit dem Verhältnis zwischen Männern und Frauen?

In der Gruppe schwankt der Frauenanteil zwischen 30 und 40 Prozent, bei den Konzerten ist es sehr unterschiedlich. Bei Punk-, HC- und Oi-Events ist der Frauenanteil geringer, bei SKA, Reggae und Northern Soul deutlich höher. Das gilt auch bei allem guten Willen und Blick auf die Tanzaktivitäten.

Was kann die Antifa-Bewegung tun, um Euch zu unterstützen? Wollt Ihr das überhaupt?

In erster Linie wollen wir Antifa unterstützen. Ansonten gilt das Prinzip DIY, do it yourself! Wenn Ihr Konzerte macht, benutzt unser Logo, wenn Ihr eine Band seid, druckt es auf Euer Cover, und am allerbesten wäre, gründet selber Gruppen oder unterstützt mit Eurer Logistik Leute, die so was vorhaben! Zudem: Besucht unsere Konzerte, kauft CSB-Sampler und vor allem: Keep the faith, have fun, fight fascism!

Und besucht www.csb-gt.de und die anderen CSB-Sites im Internet oder die CSB-Abteilung bei www.madbutcher.de.

Besten Dank fürs Gespräch und viel Erfolg noch. ■

Vorstellung der Kampagne »De*fence«

Kontakt:

Initiative gegen das Chipkartensystem
c/o Berliner Büro für gleiche Rechte
Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin

Tel.: 0160/3410547
E-Mail: konsumfuerfreiesfluten@yahoo.com
Web: www.chipkartenini.squat.net

Als Initiative gegen das Chipkartensystem in Berlin kämpften wir seit mehr als sechs Jahren gegen das Sachleistungsprinzip für Flüchtlinge und MigrantInnen. Mit dieser Arbeit wollten wir, durch den Umtausch von Chipkarten, den staatlichen Rassismus ad absurdum führen und gleichzeitig Menschen, die von diesem Rassismus betroffen sind, praktisch unterstützen.

Im Frühling des Jahres 2007 verzichtete endlich der letzte Bezirk Berlins auf die Chipkarten und zahlt seitdem den Betroffenen den gekürzten Sozialhilfesatz in bar aus.

Im Herbst 2007 starteten wir die Kampagne »De*fence – Weg mit den Zäunen!« Zum Anlass nahmen wir den 15. Jahrestag der Grundgesetzänderung von 1993, mit der das Asylrecht de facto abgeschafft wurde. Durch die Verabschiedung des Asylbewerberleistungsgesetzes und die einhergehende Einführung angeblich sicherer Herkunftsländer und der Drittstaatenregelung wurde die Einreise in die BRD massiv erschwert bzw. gänzlich unterbunden. Für die wenigen, die es dennoch schaffen hierher zu fliehen, wurden die Lebensbedingungen eklatant verschlechtert. Im Zuge der Kampagne wollen wir Rassismus auf allen Ebenen problematisieren und angreifbar machen. Den Höhepunkt bildet eine bundesweite Demo für ein globales Recht auf Migration am 5. Juli 2008 in Berlin. Schon in den 70er Jahren waren es die ArbeitsmigrantInnen und die neu ankommenden Flüchtlinge, die von der Politik für Entlassungen und die steigenden Arbeitslosenzahlen verantwortlich gemacht wurden. Dadurch konnte 1981 das Asylverfahrensgesetz durchgesetzt werden, mit dem Lagerunterbringung und Sachleistungen zementiert wurden. Im nationalistischen Taumel des »wiedervereinigten« Deutschland brannten dann Flüchtlingsunterkünfte. Von 1990 bis 1992 wurden 17 Menschen ermordet und 453 zum Teil schwer verletzt. Insgesamt wurden in dieser Zeit über 1.900 Anschläge verübt. Diese Welle der Gewalt war Hintergrund der Grundgesetzänderung, die zum 1. Juli 1993 in Kraft trat. Parallel wurde das Asylbewerberleistungsgesetz verabschiedet, das bis heute die zentralen Instrumente zur Entrechtung gesetzlich verankert, wie die Festlegung des gekürzten Sozialhilfesatzes, seine Auszahlung in Form von Sachleistungen, die Lagerunterbringung und eine verminderte Gesundheitsversorgung. 1998 wurde gegen breiten gesellschaftlichen Widerstand der Paragraph 1a eingeführt. Seitdem kann Flüchtlingen, denen Missbrauch oder mangelnde Kooperation unterstellt wird, die staatliche Unterstützung soweit gekürzt werden, dass der Flüchtlingsrat Berlin bei dieser Vorgehensweise von »aushungern, obdachlos aussetzen, illegalisieren« sprach.

Wir wollen mit unserer antirassistischen Kritik dort ansetzen, wo Menschen marginalisiert und von der Gesellschaft ausgeschlossen werden. Wir lassen uns nicht spalten und stellen deshalb den gemeinsamen Kampf um gleiche Rechte in den Mittelpunkt unserer Kampagne. Im Rahmen der Kampagne rufen wir zu einer bundesweiten Demonstration in Berlin im Juli 2008 unter dem Motto »Für ein globales Recht auf Migration – for freedom of movement« auf. ■

»Planmäßige Schädigung der feindlichen Bevölkerung«

Der »Maji-Maji«-Krieg 1905–1907. Hintergründe und Folgen eines deutschen Kolonialverbrechens

[1]

[1] Carl Peters, Gründer der »Gesellschaft für deutsche Kolonisation«

Wie an jedem Tag begann auch an jenem 20. Juli des Jahres 1905 die Arbeit auf der Baumwollplantage der im südlichen Teil Deutsch-Ostafrikas gelegenen Gemeinde Nandete noch vor Sonnenaufgang. Nur kurze Zeit später ereignete sich jedoch ein ungewöhnlicher Vorfall. Zwei Männer und eine Frau, die alle drei der Bevölkerungsgruppe der Matumbi angehörten, waren auf dem Feld erschienen und hatten damit begonnen, Baumwollpflanzen demonstrativ aus dem Boden zu reißen. Die symbolische Bedeutung der Aktion schien unmissverständlich. Die Plantagen galten als besonders markanter Ausdruck der deutschen Kolonialherrschaft in Ostafrika, die durch Landraub, willkürliche Steuergesetze und nicht zuletzt durch die Einführung der Zwangsarbeit gekennzeichnet war. Die Zerstörung der Baumwollpflanzen wirkte wie ein Fanal. Zahlreiche Feldarbeiter schlossen sich spontan den drei Matumbi an. Die Aufseher der Plantage wurden ebenso in die Flucht geschlagen, wie die aus der Bezirkshauptstadt Kibata herbei beorderten Polizeikräfte. Zwar versuchten die kolonialen Verwaltungsbehörden zunächst, die Ereignisse als lediglich lokale Unruhen herunterzuspielen, schon bald war jedoch unübersehbar, dass der Aufstand von Nandete den gesamten Süden der Kolonie erfasst und sich zu einem Krieg gegen die deutsche Herrschaft in Ostafrika entwickelt hatte.

Vordergründig spielte für die Entschlossenheit mit der zahlreiche Kämpfer den bewaffneten Widerstand aufnahmen der weit verbreitete Glaube an das »Maji«, einer Medizin, die nahezu unverwundbar machen sollte, eine maßgebliche Rolle.

Die entscheidenden Ursachen der Erhebung sind jedoch in der von den Deutschen seit 1884 in Ostafrika praktizierten Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik zu suchen. Der Maji-Maji-Krieg, der Anfang 1907 offiziell endete, wies, wie bereits der Krieg gegen die Herero und Nama in Deutsch-Südwestafrika (1904–1908), genozidale Züge auf. Vor allem durch die von den Deutschen (mit) verursachten und bewusst in Kauf genommenen Hungersnöte, kamen zehntausende ums Leben.

Ankunft der »Herrenmenschen«

Die deutsche Präsenz in Ostafrika fußte von Beginn an auf Lüge und Betrug. Zunächst war es der Historiker Carl Peters (1856–1918) und die von ihm gegründete »Gesellschaft für deutsche Kolonisation« (GdK), die seit 1884 in Ostafrika Einflussgebiete und Kolonien für das Deutsche Reich reklamierten.

Besonders in den Küstengebieten, später auch im Landesinneren konnte er ein gutes Dutzend so genannter Schutzverträge mit lokalen Machthabern abschließen und somit in den Besitz großflächiger Territorien gelangen. Als Gegenleistung versprach Peters seinen Vertragspartnern im Falle einer äußeren Bedrohung die militärische Unterstützung des Deutschen Reiches. Für derartige Zusagen besaß der »dumme Kerl«, wie Reichskanzler Bismarck den Koloniallobbyisten gerne nannte, allerdings nicht das geringste Mandat. Dies freilich kümmerte Peters wenig, trat er doch mit dem Gestus eines »Herrenmenschen« auf, der keinen Hehl aus sei- →

[1] Gustav Adolf Graf von Götzen war ab 1901 Gouverneur von »Deutsch-Ostafrika«. Mittels fiskalischer und repressiver Zwangsmaßnahmen wollte er die ökonomische Eigenständigkeit der Einheimischen brechen.

ner rassistischen Weltanschauung machte.

Obgleich Bismarck den kolonialen Bestrebungen zunächst skeptisch gegenübergestanden hatte, vollzog sich seit 1885 ein Wandel in der deutschen Haltung zur Kolonialpolitik. Ausschlaggebend für diese Entwicklung war zum einen die Kongo-Konferenz in Berlin 1884/1885, bei der die europäischen Mächte einschließlich Deutschlands sowie die USA ihre globalen Interessensphären untereinander abgestimmt hatten. Zum anderen begann sich im Deutschen Reich eine organisierte Koloniallobby zu formieren, die mit ihrer lautstarken Agitation die deutsche Außenpolitik zunehmend beeinflusste. Im Februar 1885 wurden daher die von Carl Peters getätigten Erwerbungen in Ostafrika vom Kaiser offiziell zu deutschen »Schutzgebieten« erklärt. Deren Verwaltung sowie die Erschließung weiterer Territorien im Landesinneren blieben aber de facto der privaten, aus der GdK hervorgegangenen Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft (DOAG) überlassen.

Erst mit dem so genannten Araberaufstand im Jahr 1888 setzte die Phase einer aktiven, vom Deutschen Reich betriebenen Kolonialpolitik in Ostafrika ein. Besonders in den Küstenregionen hatte das oftmals selbstherrliche Auftreten der DOAG zu erkennbarem Unmut in weiten Kreisen der Bevölkerung und unter den dort ansässigen arabischen Händlern geführt. Nachdem es zu einzelnen gewalttätigen Übergriffen auf deutsche Siedler gekommen war, bewilligte der Reichstag zwei Millionen Mark für die Aufstellung einer von Hermann Wissmann geführten, vorwiegend aus sudanesischen Söldnern bestehenden Eingreiftruppe, die den Aufstand niederschlug. Aber auch in den folgenden Jahren kam es wiederholt zu kleineren Erhebungen, die sich gegen die deutsche Herrschaft richteten. Allein in den Jahren 1891–1897 unternahm die aus Wissmanns Söldnerarmee hervorgegangene »Kaiserliche Schutztruppe Deutsch-Ostafrika« mindestens 61 »Strafexpeditionen«, mit dem Ziel, rebellierende Bevölkerungsgruppen, wie etwa die Hehe, die Ngoni oder die Matumbi, zur Anerkennung der deutschen Machtansprüche zu zwingen.

»Inwertsetzung« – Die Konsolidierung der deutschen Herrschaft in Ostafrika

Die wesentliche Ursache für den anhaltenden Widerstand, der im Juli 1905 zum Maji-Maji-Krieg eskalierte, bildete die vom Deutschen Reich seit der Jahrhundertwende forcierte »Inwertsetzung« der Kolonie, die sich bis dahin als kostspieliges, staatlich subventioniertes Zuschussunternehmen erwiesen hatte. Zwischen 1898 und 1905 erließ die Kolonialverwaltung eine Reihe von Verordnungen, die zum einen zu einer Erhöhung der Steuereinnahmen führen, zum anderen den deutschen Siedlern und Plantagenbesitzern den Zugriff auf afrikanische Arbeitskräfte, notfalls durch Zwangsrekrutierung, erleichtern sollten. War 1898 erstmals eine Hüttensteuer zu bezahlen, verschärften sich unter dem seit 1901 amtierenden Gouverneur Gustav Adolf Graf von Götzen die Mechanismen der fiskalischen Auspressung. Neben der Einführung von Abgaben für selbstgebrautes Bier (Pombe-Steuer) musste nunmehr jeder »erwachsene Mann im Binnenland« an Stelle der Hüttensteuer eine Kopfsteuer entrichten, was faktisch eine Erhöhung der Steuerlast um das Vierfache bedeutete. Erschwerend kam hinzu, dass die deutsche Kolonialverwaltung nur Bargeld als Zahlungsmittel akzeptierte. Es lag auf der Hand, dass derartige Vorgaben von weiten Teilen der nichtdeutschen Bevölkerungsmehrheit, die überhaupt nicht in die Geldwirtschaft eingebunden waren, kaum erfüllt werden konnte. Flankiert von Verbotsverfügungen, wie etwa einer Wildschutzverordnung, mit der die in Ostafrika traditionelle Jagd untersagt wurde, bezweckten die Maßnahmen in erster

Linie, die ökonomische Eigenständigkeit der Einheimischen zu brechen, um diese dem von den Deutschen errichteten Lohn- und Zwangsarbeitssystem zu unterwerfen. Als dessen markantester Ausdruck fungierten seit 1902 vor allem im Süden Deutsch-Ostafrikas die so genannten Kommunalschamben. Hierbei handelte es sich um Felder und Plantagen, die gemäß einer Verfügung des Gouverneurs von den jeweiligen Kommunen zu bewirtschaften waren. Da sich aufgrund der schlechten Entlohnung kaum Freiwillige für diese Tätigkeit fanden, wurden die Dorfbewohner oftmals von der Kolonialverwaltung zur Arbeit gezwungen. Die Arbeitsbedingungen auf den Feldern waren in der Regel miserabel und nicht selten von gewalttätigen Übergriffen der Aufseher geprägt. Insofern erscheint es kaum verwunderlich, dass am Beginn des Maji-Maji-Krieges die demonstrative Attacke auf die Kommunalschambe von Nandete stand.

»Maji« gegen Maschinengewehre – Der Beginn des Krieges

Bemerkenswert an dem Aufstand war vor allem, dass er, anders als die früheren Erhebungen, von rund 20 verschiedenen Bevölkerungsgruppen getragen wurde. Zwar existierte keine übergeordnete Führung, einen einigenden Faktor bildete jedoch, neben der kollektiv erfahrenen Unterdrückung, der sich um die Jahrhundertwende im Süden Ostafrikas ausbreitende Glaube an die von dem Heiler Kinkjikite Ngwale verkündete Botschaft des »Maji«. Dieser angeblichen Wundermedizin, bestehend aus Wasser, Mais und Hirse, wurden immunisierende Kräfte zugeschrieben. Den Prophezeiungen Kinkjikites zufolge sollte das Maji die Waffen der Kolonialherren unbrauchbar machen. Die Gewehrkugeln der Deutschen würden, so hieß es, von den Körpern der Getroffenen wie Regentropfen abperlen.

In den ersten Tagen des Maji-Maji-Krieges schien sich dieser Glauben zu bestätigen. Tausende Kämpfer stürmten Plantagen und Felder sowie die Amtssitze einiger von der Kolonialverwaltung eingesetzter einheimischer Ortsvorsteher. Am 16. August 1905 gelang sogar die Eroberung der deutschen Militärstation in Liwale. Die nicht einmal 600 im Süden der Kolonie stationierten Soldaten der »Kaiserliche Schutztruppe« hatten dem sich dezentral ausbreitenden Aufstand zunächst kaum etwas entgegenzusetzen. Jedoch wurde schon zu Beginn des Krieges deren waffentechnische Überlegenheit deutlich. Vor allem der Einsatz von Maschinengewehren fügte den aufständischen Kämpfern fürchterliche Verluste zu. So endete etwa ein Frontalangriff von rund 16.000 Maji-Kriegern auf die Militärstation von Mahenge im August 1905 im Kugelhagel der Deutschen. Über den Verlauf der Schlacht notierte Kommandant Theodor von Hassel in sein Tagebuch: »Außer 20 Kiwanga-Leuten [Verbündete der Deutschen] hatte ich keinen Mann verloren. Aber der Gegner? Ganze Reihen, ja Berge von Toten konnte ich durch mein Glas auf allen Kampfplätzen erkennen.«

Augenscheinlich hatte das »Maji« seine magische Wirkung verfehlt. Der unter den »Maji«-Kriegern verbreitete Nimbus vermeintlicher Unverwundbarkeit war stark erschüttert. Daher änderten die Aufständischen in der Folgezeit ihre Strategie. Sie vermieden nun offene Feldschlachten, nutzten ihre Geländekenntnisse und versuchten die deutsche Kolonialverwaltung durch kleinere überfallartige Angriffe zu zermürben. Es entbrannte ein regelrechter Guerillakrieg, in dem sich die Kaiserliche Schutztruppe von Beginn an brutaler Methoden be-

[2]

[2] Hermann von Wissmann leitete die vom Reichstag bestellte Söldnertruppe, die den »Araberaufstand« von 1888 niederschlug und aus der später die »Kaiserliche Schutztruppe Deutsch-Ostafrika« hervorging, die rebellierende Bevölkerungsteile mit aller Gewalt zu unterwerfen suchte.

diente. Seit November 1905 wurden mehrere »Strafexpeditionen« mit dem Ziel in Marsch gesetzt, den Widerstand der Maji-Krieger zu brechen. Diesem Auftrag ließ die Schutztruppe Taten folgen: Vermeintliche oder tatsächliche Anführer des Aufstandes, die in deutsche Gefangenschaft geraten waren, wurden in der Regel nach nur kurzem Prozess hingerichtet. Zudem verlangten die Offiziere der Schutztruppe von den unterworfenen Bevölkerungsgruppen willkürlich festgelegte Strafzahlungen, die, sofern die Beträge nicht aufgebracht werden konnten, in Form von Zwangsarbeit beglichen werden mussten.

»Verbrannte Erde« – Der Krieg gegen die Zivilbevölkerung

Am verheerendsten wirkte sich jedoch die von den Deutschen ange- →

[1] Lothar von Trotha erließ 1904 den Vernichtungsbefehl gegen die aufständischen Herero in »Deutsch-Südwestafrika«.

➔ wandte Strategie der »verbrannten Erde« aus. Um den Maji-Kriegern Rückzugsräume und Versorgungsmöglichkeiten zu nehmen, begann die Schutztruppe damit, Felder und Dörfer zu zerstören, Brunnen unbrauchbar zu machen und das Vieh in den Aufstandsgebieten zu töten oder zu beschlagnahmen. Das Aushungern ganzer Landstriche bildete somit spätestens seit 1906 den Kernbestandteil der deutschen Kriegsführung in Ostafrika. So vertrat etwa Hauptmann Wangenheim die Auffassung, dass nur »Hunger und Not [...] die endgültige Unterwerfung herbeiführen« könnten. In ähnlicher Weise äußerte sich Gouverneur Graf von Götzen, der das Vorgehen der Schutztruppe im Rückblick vorbehaltlos rechtfertigte: »Wie in allen Kriegen gegen unzivilisierte Völkerschaften [...] war auch im vorliegenden Fall die planmäßige Schädigung der feindlichen Bevölkerung an Hab und Gut unerlässlich.« Die Folgen waren dramatisch. Umweltzerstörung, endlose Flüchtlingsströme und grassierende Hungersnöte prägten die betroffenen Regionen auch dann noch, als der bewaffnete Widerstand gegen die deutsche Kolonialherrschaft schon längst zusammen gebrochen war. Zwar datierte das Militär das Ende des Maji-Maji-Krieges offiziell auf den 18. Februar 1907, das Sterben jedoch ging weiter. Präzise Angaben zu den Opferzahlen existieren nicht. Der amtliche »Jahresbericht über die Entwicklung der deutschen Schutzgebiete in Afrika und in der Südsee« von 1906/1907 bezifferte die ostafrikanischen Kriegstoten auf 75.000, wobei die katastrophalen Auswirkungen der Hungersnöte, die sich bis ins Jahr 1908 zogen, größtenteils unberücksichtigt blieben. Die tatsächliche Zahl der Opfer dürfte demnach weitaus höher anzusetzen sein. Der Historiker Ludger Wimmelbücker geht davon aus, dass mindestens 180.000 Afrikaner den Maji-Maji-Krieg und dessen Folgen nicht überlebten. Andere Schätzungen halten sogar bis zu 300.000 Tote für wahrscheinlich. Die Verluste auf deutscher Seite waren indessen marginal: Insgesamt wurden bei den Auseinandersetzungen 15 Europäer getötet. Zudem kamen 389 afrikanische Soldaten der Schutztruppe und 66 Träger ums Leben.

Die Opferzahlen, die den letztendlich einseitigen Verlauf des Krieges dokumentieren, mögen auch erklären, weshalb die Vorgänge in Ostafrika in der deutschen Öffentlichkeit kaum Beachtung fanden. Die »Deutsche Kolonialzeitung« berichtete beispielsweise im September 1905 lediglich von einem »räuberischen Aufstande«, der durch die »Hetzereien eines Zauberers in den Matumbibergen« ausgelöst worden sei. Die vermeintlichen Protagonisten der Erhebung, die Matumbis, wurden in dem Artikel als »Diebe« und »Säufer« verunglimpft. Auch die »Deutsch-Ostafrikanische Zeitung« wollte in der Aufstandsbewegung keine ernsthafte Bedrohung der deutschen Machtansprüche erkennen, galt ihr doch die schwarze Mehrheitsbevölkerung der Kolonie als ein »auf einer niederen Kulturstufe stehendes kindisches Menschengebilde«. Diese von rassistischen Ressentiments durchzogenen Kommentare waren auch für die weitere, insgesamt äußerst spärliche Berichterstattung über den Maji-Maji-Krieg charakteristisch.

Somit geriet hierzulande eines der düstersten Kapitel deutscher Kolonialgeschichte in Vergessenheit. Vielmehr prägten langlebige populäre Mythen um die vermeintlichen militärischen Heldentaten des Generals Paul von Lettow-Vorbeck, der während des Ersten Weltkrieges die »Schutzgebiete« gegen die Briten verteidigt hatte, die Erinnerung an die deutsche Präsenz in Ostafrika bis in die unmittelbare Gegenwart.

Eine kritische Auseinandersetzung mit dem deutschen Kolonialismus setzte in der Bundesrepublik erst seit den 1970er Jahren ein. So waren es vor allem die im Rahmen der Neuen Sozialen Bewegungen entstandenen antikolonialen Solidaritätsgruppen, »Dritte-Welt«-Initiativen und Geschichtswerkstätten, die auf die deutschen Kolonialverbrechen in Afrika am Beginn des 20. Jahrhunderts aufmerksam machten. Dennoch blieb auch innerhalb einer linken Öffentlichkeit die Beschäftigung mit dem Maji-Maji-Krieg und dessen Folgen ein randständiges Thema, das erst allmählich, im Kontext des hundertsten Jahrestages des Kriegsausbruchs 2005 größere Beachtung fand. Eine Reihe von Veröffentlichungen, Internet- und Ausstellungsprojekten machte nunmehr auf die Hintergründe und Di-

mensionen der deutschen Kolonialverbrechen in Ostafrika aufmerksam.

Der Maji-Maji-Krieg – ein kolonialer Genozid?

In diesem Zusammenhang wurde nicht zuletzt die Frage diskutiert, ob die deutsche Kriegführung, ähnlich wie in Südwestafrika zu einem Völkermord geführt habe. Angesichts der von den Deutschen durch die Strategie der »verbrannten Erde« (mit)verursachten Hungerkatastrophen und der immensen Opferzahlen erscheint es gerechtfertigt auch den Maji-Maji-Krieg und dessen Folgen als kolonialen Genozid zu bezeichnen. Allerdings ist anzumerken, dass im Feldzug gegen die Herero und Nama eine konsequentere Vernichtungsabsicht zum Ausdruck kam, als im Vorgehen der »Schutztruppe« in Ostafrika. Die Einrichtung von Konzentrationslagern oder die Existenz eines expliziten Vernichtungsbefehls wie ihn Oberbefehlshaber Lothar von Trotha im Oktober 1904 im Kampf gegen die Herero erlassen hatte, sind aus dem Maji-Maji-Krieg nicht bekannt. Die Entvölkerung ganzer Landstriche in den Aufstandsregionen erfolgte nicht auf der Grundlage systematischer Planungen, sondern wurde gewissermaßen als ein aus den vermeintlichen militärischen Notwendigkeiten resultierender »Kollateralschaden« in Kauf genommen. Unzweifelhaft ist freilich, dass auch in Ostafrika ein spezifischer Kolonialrassismus die deutsche Kriegsführung maßgeblich prägte.

Ob jedoch die von den Deutschen verübten Kolonialverbrechen, vor allem in Südwestafrika, als »Vorgeschichte des Holocaust« (Jürgen Zimmerer) interpretiert werden können, ist indessen fraglich. Zwar lassen sich in den Feldzügen gegen die Herero und Nama ebenso wie im Maji-Maji-Krieg Strategien und Handlungsmuster feststellen, die in radikalisierter Form auch für die Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus kennzeichnend waren. Der Ansatz, ausgehend von den deutschen Kolonialverbrechen in Afrika eine historische Kontinuitätslinie bis nach Auschwitz zu konstruieren, erscheint aber aus mehreren Gründen problematisch. Für die Täter des Holocaust spielte die Rezeption des Kolonialismus allenfalls eine untergeordnete Rolle. Die »Generation des Unbedingten« (Michael Wildt), die etwa im Führungskorps des RSHA die präzedenzlosen Massenverbrechen organisierte, war in viel stärkerem Maße von den Erfahrungen des Ersten Weltkriegs und der krisenhaften Zwischenkriegszeit geprägt. Die nationalsozialistische Expansion in Osteuropa war von Beginn an, anders als die deutsche Präsenz in Afrika, mit der systematischen Vernichtung ganzer Bevölkerungsgruppen verknüpft. Im Gegensatz zum Kolonialrassimus, der zwar am Beginn des 20. Jahrhunderts über lautstarke Lobbyisten verfügte, aber zu keinem Zeitpunkt nennenswerten Einfluss auf das Selbstverständnis des Kaiserreichs ausübte, bildete der Antisemitismus die Basisideologie des NS-Regimes, die im Holocaust schließlich ihre eliminatorische Radikalisierung erfuhr.

Der Historikerin Birthe Kundrus ist in ihrer Einschätzung zu zustimmen, dass die »tendenzielle Gleichsetzung der kolonialen Praktiken« mit der Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus, Gefahr laufe »beiden historischen Ereignissen nicht gerecht zu werden und Erkenntnismöglichkeiten zu vernebeln.« Eine Kritik an der Analogiebildung zwischen den kolonialen Genoziden und den nationalsozialistischen Massenverbrechen, bedeutet somit nicht, erstere zu verharmlosen. Mehr als hundert Jahre nach dem Maji-Maji-Krieg gilt es vielmehr, die historischen Entwicklungslinien, die ideologischen Legitimationsmuster und nicht zuletzt die mörderischen Dimensionen des deutschen Kolonialismus deutlich zu benennen. Ein Bewusstsein über die in Afrika begangen Kolonialverbrechen und deren Auswirkungen ist in den deutschen Erinnerungskulturen weiterhin kaum ausgeprägt. Diese »öffentliche Amnesie« (Reinhard Kößler) zu durchbrechen, ist eine Aufgabe, der sich die antifaschistische Bewegung in Zukunft verstärkt zuwenden sollte. ■

Literatur:

- Barth, Boris: Genozid. Völkermord im 20. Jahrhundert. Geschichte, Theorien, Kontroversen, München 2006.
- Becker, Felicitas/Beez, Jigal (Hg.): Der Maji-Maji-Krieg in Deutsch-Ostafrika 1905–1907, Berlin 2005.
- Entwicklungspolitische Korrespondenz (Hg.): Deutscher Kolonialismus. Materialien zur Hundertjahrfeier 1984, Hamburg 1983.
- Gerwarth, Robert/Malinowski, Stephan: Der Holocaust als »kolonialer Genozid«? Europäische Kolonialgewalt und nationalsozialistischer Vernichtungskrieg, in: Geschichte und Gesellschaft 33 (2007), S. 439–466.
- Gründer, Horst: Geschichte der deutschen Kolonien, Paderborn u.a. 1985.
- Kundrus, Birthe: Grenzen der Gleichsetzung. Kolonialverbrechen und Vernichtungspolitik, in Blätter des iz3w, Nr. 275 (März 2004), S. 30–33.
- Kuß, Susanne: Ein ganz normaler Kolonialaufstand? Der Maji-Majikrieg und die Entstehung des Nationalismus in Tansania, in: Blätter des iz3w, Nr. 276 (April/Mai 2004), S. 24–26.
- Osterhammel, Jürgen: Kolonialismus. Geschichte, Formen, Folgen, München 2003.
- van Laak, Dirk: Über alles in der Welt. Deutscher Imperialismus im 19. und 20. Jahrhundert, München 2005.
- Schulte-Varendorff, Uwe: Kolonialheld für Kaiser und Führer. General Lettow-Vorbeck, Berlin 2006.
- Zimmerer, Jürgen/Zeller, Joachim: Völkermord in Deutsch-Südwestafrika. Der Kolonialkrieg (1904–1908) in Namibia und seine Folgen, Berlin 2004.

Ernst Noltes Einführung des Faschismusbegriffs

Dieser Artikel ist der vierte Teil der AIB Artikelreihe zu »Faschismustheorien«.

Fabian Kunow

Am 11. Januar diesen Jahres stand ein kleiner Teil des deutschen Feuilletons für den »verstoßenen Emeritus« (Tagesspiegel) stramm. Der Geschichtsphilosoph Ernst Nolte wurde 85 Jahre alt. Sein Beitrag zur Faschismusforschung wird heute fast gänzlich durch jene NS Verbrechen relativierende Position überlagert, die er im sogenannten Historikerstreit des Jahres 1986 vertrat (siehe AIB #72).

Bereits 1963 hatte Nolte mit seiner Studie »Der Faschismus in seiner Epoche« den Faschismusbegriff in den bürgerlichen, und somit explizit nichtmarxistischen Forschungsdiskurs eingeführt. Dieser war dort zuvor eindeutig als linker Kampfbegriff besetzt, und wurde fast ausschließlich von sozialistischen und kommunistischen Theoretikern gebraucht. Noltes Verdienst ist es, den Begriff des Faschismus komparativ auf eine gesamteuropäische Bewegung in der wissenschaftlichen Diskussion des Westens angewandt und durchgesetzt zu haben.

Bürgerliche Faschismustheorie und Kritik vor Nolte

Vor dem Erscheinen der Studie Noltes gab es aus dem bürgerlich-konservativen Lager kaum eine wahrnehmbare wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Faschismus. Dies war für das bürgerlich konservative Spektrum – zumindest im Mutterland des Faschismus Italien – wesentlich in der »philofaschistischen Einstellung der Kirche«[1] begründet, die sich gemäß Nolte aus der Logik »der Feind meines Feindes ist mein Freund« heraus erklärte. So billigten etwa viele aus der katholischen Philosophie stammende Bürger durchaus die Feindbestimmung der Faschisten, teilten jedoch weder deren brutale Methoden, noch die Utopie eines faschistischen Gesellschaftsprojektes. Ihr Verhältnis zur faschistischen Bewegung war von einer instrumentellen Hassliebe geprägt. Konservative stieß das Element des Plebejischen, welches allen Faschismen eigen ist, ab. In der Tat stellt dieses einen entscheidenden Unterschied zu anderen autoritären Herrschaftsformen, etwa Militärdiktaturen dar.[2]

Deutsche Konservative und andere Kritiker von rechts aus dem Umfeld der sogenannten »Konservativen Revolution« kritisierten vor 1933 am Nationalsozialismus dessen faschistische Wurzeln. Der Faschismus, in einem romanisch-katholischen Land entstanden, sei dem preußisch-protestantischen Wesen fremd. Trotz der Kritik des konservativen Lagers an den damals jungen faschistischen Bewegungen darf man nicht übersehen, dass es ohne die Beteiligung des bürgerlich-konservativen Lagers weder in Italien noch in Deutschland zu einer Umwälzung des parlamentarischen Systems zu einer neuartigen Regime- und Herrschaftsform gekommen wäre.[3] Konservative und liberale Intellektuelle hingegen, die den Faschismus/Nationalsozialismus als Konkurrenten und daher nicht als Bündnispartner gegen die Linke begriffen, setzten den Faschismus/Nationalsozialismus mit dem Kommunismus/Bolschewismus gleich. Beide Bewegungen wurden als beinahe deckungsgleiche Variante desselben Gesellschaftskonzepts interpretiert. Diese Gemeinsamkeiten fänden sich

etwa in ihrem Nihilismus und Antiliberalismus. Die vergleichbaren politischen Ziele seien auch in gemeinsamen soziologischen Ursachen der Bewegungen zu suchen. Hier wurde im Kern die Totalitarismusthese, welche Jahrzehnte später immer wieder – auch durch das Wirken Noltes – Wiederauflagen erlebte, geboren.

Es lässt sich feststellen, dass sich aus den Überlegungen und Beobachtungen konservativer Zeitgenossen zum Faschismus/Nationalsozialismus die Totalitarismustheorie – egal welcher gedanklichen Ausprägung und politischen Intention – entwickelte. Konservative und liberale Wissenschaftler konzentrierten sich, neben dem Entwurf der Totalitarismustheorie, bei ihrer Einschätzung des NS nach dessen Zusammenbruch auf die Frage des Verhältnisses zwischen (revolutionärer) Modernisierung und dem Nationalsozialismus. Neben dem Konservativen Hermann Rauschning[4], der sich von einem Nationalsozialisten in hoher Position zu einem Gegner des Regimes entwickelte, ist bei diesem Untersuchungsfokus auf den NS vor allem das liberale sozialwissenschaftliche Urgestein Ralph Dahrendorf zu nennen, der im Jahre 1965 mit seiner These, das Dritte Reich sei ein »Stoß in die Modernität« gewesen, für Furore sorgte. Diese These – besonders in Bezug auf die Sozialpolitik des NS – wurde von verschiedenen amerikanischen Sozialforschern aufgenommen und weiterentwickelt.[5] Die Annahme, der Faschismus sei ein Modernisierungsprojekt einer im Vergleich zu anderen konkurrierenden europäischen Staaten zurückgebliebenen Nation, findet sich auch bei Nolte. So kennzeichnet er den italienischen Faschismus als eine »Entwicklungsdiktatur«, die Italien auf vielen gesellschaftlichen und technischen Gebieten nach vorne gebracht bzw. auf das Niveau anderer europäischer Länder gehoben habe.[6]

Eine eigenständige und kritische Faschismustheorie(bildung), welche den Vergleich zwischen den europäischen Faschismen erst ermöglichte, schuf das bürgerliche Lager vor 1933 und auch direkt nach 1945 allerdings nicht. Aus diesem Grund ist Noltes Studie »Der Faschismus in seiner Epoche« so wertvoll. Er war der erste bürgerliche Historiker, der den Begriff Faschismus zur Kennzeichnung einer politischen Bewegung und Herrschaft bzw. von Bewegungen und Regimen verwandte. Er betrat mit seiner detaillierten und hochkomplexen Arbeit, die als Habilitationsschrift angenommen wurde, Neuland auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft. Noltes Ziel war es, den Faschismus von einem »primär politischen und polemischen Terminus in einen historischen Begriff«[7] zu verwandeln. Nolte folgten im Anschluss an diesen Dammbruch verschiedene andere bürgerliche Historiker mit der Intention, die marxistische Hegemonie bei der Bestimmung dessen, was Faschismus sei, zu brechen. In den 1960er und 1970er Jahren wurde damit die Faschismusdiskussion das bestimmende Thema in der Historikerzunft, unabhängig vom politischen Hintergrund der jeweiligen Historiker. Zeugnis davon gibt eine Vielzahl von Publikationen, die in der Hochphase der westdeutschen Faschismusdiskussion erschienen.

Der Faschismus in seiner Epoche

Nolte erläutert die Bedeutung des Titels seines Buches, um sein Verständnis des Phänomens Faschismus deutlich zu machen. Hierbei charakterisiert er den Faschismus als eigene Epoche. »Unter Epoche soll die kleinste weltgeschichtliche Einheit verstanden werden, die von Epoche machenden Ereignissen eingefasst wird (...), die bis in die Tiefe des Lebens hinein von dem vorhergehenden und dem nachfolgenden Zeitabschnitt [sich] unterscheidet«. Diesen epochalen Charakter besitzt für Nolte der Faschismus als Bewegung und Regime dadurch, dass er ein Phänomen war,

1| Nolte: 1970 S. 28

2| Weitere typische Elemente sind die Einheitspartei, die Volksbewegung und der Wille, in die Bereiche des vom bürgerlichen Standpunkt als Privates angesehene vordringen zu wollen.

3| Einzige Ausnahme bildete hier der estnische »Verband der Freiheitskämpfer«, welcher auf dem legalen Weg die absolute Mehrheit erreichte, aber dann von der Regierung durch einen Staatsstreich in die Knie gezwungen wurde [Vgl. Nolte: 2000 S. 38].

4| H. Rauschning gilt in der Geschichtswissenschaft als umstrittener Zeitzeuge. So wird gerade seinem Werk »Hitler Speaks. A Series of Political Conversations with Adolf Hitler on his Real Aims« (dt. »Gespräche mit Hitler«) vorgeworfen, dass es streckenweise gefälscht sei und er überhaupt nicht Gelegenheit hatte, so viele Konversationen mit Hitler zu führen [Vgl. u. a. Laqueur: 1997 S. 336].

5| Vgl. Wippermann: 1997 S. 81.

6| Zu nennen wäre hier neben der Organisierung einer durchsetzungsstarken staatlichen Bürokratie etwa die Trockenlegung der pontinischen Sümpfe – eines der Prestigeprojekte des faschistischen Staates in Italien.

7| Alle in »« gezeichneten Zitate entstammen ab hier, wenn nicht anders ausgewiesen, Ernst Nolte »Der Faschismus in seine Epoche«.

8| Es handelte sich bei Charles Maurras um den intellektuellen und politischen Führer der »Action francaise«.

→

→ das zeitgleich in mehreren Ländern Europas auftrat und Auswirkungen auf die gesamte Welt hatte.

Unter diesen subsumiert Nolte auch den Antifaschismus, in dem der epochale Charakter des Faschismus besonders hervortrete, da die Gegner des Faschismus ihre ursprünglichen politischen Ziele und Utopien dem Kampf gegen den Faschismus unterordneten. So habe der Faschismus »auf seine Gegner den stärksten nur denkbaren Einfluss ausgeübt [...]«. Die Zeitspanne der Epoche, welche von Umbrüchen und Zäsuren gezeichnet sei, reicht nach Nolte vom Ende des 1. Weltkrieges bis zum Ende des 2. Weltkrieges, also dem 8. Mai 1945. Die Epoche des Faschismus ist damit aus seiner Sicht nicht zu trennen von »der Epoche der Weltkriege«. Die Legitimität des Begriffs Faschismus lässt sich Nolte auch nicht durch den Verweis auf die Unterschiedlichkeit der einzelnen Faschismen bzw. auf dessen Übergang zum radikalen Konservatismus streitig machen. Er führt hierzu begründend auf, dass auch bei anderen anerkannten Begriffen wie Liberalismus oder parlamentarische Demokratie es differente Spielarten und offene Übergänge zu anderen Denkströmungen respektive Phänotypen gäbe, ohne die Einheit und den Bestand des Gesamtphänomens zu leugnen. Ebenso wenig sei die Charakterisierung einzelner Regime als Faschismus dadurch aufgehoben, wenn diese sich in Feindschaft gegenüberständen. Denn »der Faschismus als ein Nationalismus« sei viel stärker als beispielsweise der Kommunismus in den jeweiligen nationalen Kontext seines Landes eingebunden. Geradezu charakteristisch ist für den Faschismus in seiner Epoche gewesen, dass er immer ein »Nationalfaschismus« geblieben sei: »Denn nie konnte die Sympathie mit den Gleichgesinnten in anderen Ländern die Tatsache aus der Welt schaffen, dass die Freunde doch zugleich als Repräsentanten eines gegnerischen Nationalismus die schärfsten Feinde waren«. Den Faschismus und damit die verschiedenen faschistischen Bewegungen und Regime verband eben nicht dieselbe gesellschaftliche Situation in ihren jeweiligen Nationen, sondern »die Verbindung eines nationalistischen und eines sozialistischen Motivs«. Daher könne auch nicht die Geschichte des Faschismus geschrieben werden, sondern nur »die Geschichte der faschistischen Bewegungen«. Die einzelnen Faschismen sind nach Nolte keine Parallelereignisse, welche als ein Verhältnis von Ursache und Wirkung oder Entwurf und Verwirklichung aufzufassen sei. Nur wenn man sie in ihrer geschichtlichen Unterschiedlichkeit und Vielfalt begreift, kann man das Gemeinsame in Philosophie und Praxis herausstellen. Beim Verhältnis NS zum italienischen Faschismus »handelt [es] sich nicht um bloße Parallelität«, sondern um eine gegenseitige Bezugnahme; vom bloßen Nachahmen könne keine Rede sein. Nolte begreift den deutschen NS als eine Synthese aus den zeitlich älteren Strömungen der Action française auf der einen und dem italienischem Faschismus auf der anderen Seite.

Im Faschismus sieht er nicht nur eine Epoche, sondern zugleich ein soziales Gebilde – ein Phänomen, das eine eigene Ideologie besitzt. »Tradition, Geschichte, Praxis und System sind mithin die Teilbereiche, in denen sich das Phänomen jeweils darstellt und ausspricht«. Diese Teilbereiche stellt er jeweils sehr ausführlich und an Hand vieler Beispiele und Quellen in seinem Werk einzeln dar. Noltes Zugang zum Faschismus ist ein ideengeschichtlicher, dem die traditionelle marxistische Faschismustheorie entgegenstand, die im Faschismus in erster Linie eine besondere Form bürgerlicher Herrschaft sah.

Ein besonders ausführlicher Teil ist hierbei der in Deutschland recht unbekannten Geschichte der französischen Action française gewidmet. Geschichte beschreibt Nolte vor allem als Geschichte einzelner Protagonisten. So sei »diese Geschichte [des italienischen Faschismus, F. K.] unablösbar mit der Biographie Mussolinis verbunden« und ohne seine verschiedenen intellektuellen Entwicklungen und politischen Zäsuren nicht verständlich. Für Nolte ist Hitler für den NS eine in noch viel höherem Maße bestimmende Voraussetzung gewesen, als es Maurras[8] bei der Action française und Mussolini für den italienischen Faschismus jemals waren. So könne man sich nach Nolte eher den italienischen Faschismus ohne Mussolini als den NS ohne Hitler vorstellen.

Noltes Faschismusdefinition

Neben der Kennzeichnung des Faschismus als Epoche mit ihrer Implikation als abgeschlossene Zeitspanne, also mit einem Anfang und Ende, welche sich für den Wissenschaftler am besten als »toter Gegenstand« erforschen lässt, definiert Nolte Faschismus folgendermaßen: »Faschismus ist Antimarxismus, der den Gegner durch die Ausbildung einer radikal entgegengesetzten und doch benachbarten Ideologie und die Anwendung von nahezu identischen und doch charakteristisch umgeprägten Methoden zu vernichten trachtet,

stets aber im undurchbrechbaren Rahmen nationaler Selbstbehauptung und Autonomie«. Andere Elemente wie Antisemitismus und Antiparlamentarismus, welche in allen Faschismen vorkommen, sind laut Nolte nicht geeignet, »das Kriterium des Faschismus zu bilden«.

Nolte grenzt den Faschismus klar gegen den »paradoxen Zentralbegriff des Zeitalters«, die »Konservative Revolution«, ab. Unter konservativer Revolution versteht Nolte, »wenn eine politisch entmachtete Schicht im extralegalen Kampf gegen die neue Staatsform ihre frühere Position zurückgewinnen sucht«. Die faschistische Revolution könne hingegen eher eine Revolution mit Hilfe der Konservativen genannt werden, da sie zwar von den Konservativen gegen die »rote Gefahr« unterstützt wurde, aber nicht die Machtverteilung aus der Zeit vor dem 1. Weltkrieg herbeiführen wollte, also keine restauratorischen Ziele verfolgt habe.

Bewertung von Noltes »Der Faschismus in seiner Epoche«

An Noltes Werk gilt es neben der Hervorhebung seiner besonderen Leistungen, die Faschismusforschung in ihrer heutigen Form mitetabliert, und somit auch den Vergleich der einzelnen Faschismen ermöglicht zu haben, auch Kritikpunkte herauszuarbeiten. Durch die Festlegung Noltes, Faschismus als abgeschlossene Epoche zu betrachten, entfällt die Möglichkeit, die Kategorie Faschismus auf ein gegenwärtiges Regime oder heutige Bewegungen anzuwenden. Faschismus wird somit ausschließlich zum Objekt der retrospektiven, auf die Vergangenheit ausgerichteten Betrachtung und somit historisiert.

Noltes Zugang zur Geschichte der faschistischen Bewegungen erfolgt neben der ideengeschichtlichen und historisierenden Perspektive wesentlich über die Führungsprotagonisten Maurras, Mussolini und Hitler und ihrer ideologischen Vorbilder und Ziehväter. Es handelt sich letztendlich um eine Darstellung von Historie als Wirken großer Männer, ganz in der Tradition bürgerlicher Geschichtsschreibung. Was nun die (sozialen) Voraussetzungen für die damalige Bewegung angeht und warum sich ihr so viele Menschen anschlossen, lässt sich so nicht ausreichend erklären. Unbefriedigend bleibt diese Betrachtungsweise gerade im Hinblick auf die Person Adolf Hitlers. Ihm sagt Nolte pathologische Störungen nach und versucht, Hitlers (krankes) Persönlichkeitsbild zu entschlüsseln. Weshalb Hitler und seine Bewegung Zustimmung über alle Schichten hinweg erfuhren und die Eliten überzeugen konnten, ihm zur Macht zu verhelfen, wird nicht allein durch das Paradigma des politischen Charismatikers verständlich. Die faschistische Ideologie und Praxis entwarf reaktionäre kollektive Identitätsangebote zur Lösung gesellschaftlicher Konflikte, die jenseits aller Klassengrenzen eine hohe Attraktivität besaßen. Nur über eine Kritik der faschistischen Ideologie können der Aufstieg der NSDAP zur Volkspartei und ihr selbst im Moment des militärischen Zusammenbruchs nicht versiegender Rückhalt bei den Deutschen verstanden werden. ■

Literaturliste:

Laqueur, Walter (1997): Faschismus: Gestern – Heute – Morgen. Berlin: Ullsteinverlag

Nolte, Ernst (1970): Theorie über den Faschismus. Berlin und Köln: Kiepenheuer & Witsch

Nolte, Ernst (1986): Vergangenheit, die nicht vergehen will. Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. Juni 1986. Auf: http://www.dhm.de/lemo/html/dokumente/NeueHerausforderungen_redeNolte1986/index.htm

Nolte, Ernst (2000): Der Faschismus in seiner Epoche. München: Piper Verlag GmbH. Ungekürzte Taschenbuchausgabe

Wippermann; Wolfgang (1997): Faschismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis Heute. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft

Zwischen Burschenschaften, Neonazis und Vertriebenen

Die Junge Landsmannschaft Ostpreußen

Im Juni 2006 nahm die Geschichte der Jungen Landsmannschaft Ostpreussen e.V. (JLO) als Jugendorganisation der Landsmannschaft Ostpreussen e.V. (LO) ihr endgültiges Ende. Eine außerordentliche Bundesversammlung beschloss nach einem vorangegangenen Namensrechtsstreit mit der Landsmannschaft Ostpreussen eine Änderung des Namens in Junge Landesgemeinschaft Ostdeutschland. Eine genauere Nachbetrachtung der Organisationsentwicklung soll mit diesem Artikel nachgeholt werden.

Die Entstehung am bürgerlichen rechten Rand

Am 9. Februar 1991 fanden sich zwölf Damen und Herren zusammen, um auf Vorschlag des Vertriebenenfunktionärs Dr. Jürgen Danowski die Junge Landsmannschaft Ostpreussen e.V. (JLO) als einzige Nachwuchsorganisation der Landsmannschaft Ostpreussen (LO)[1]zu gründen. Zum Bundesvorsitzenden wurde Rüdiger Stolle gewählt, seine Stellvertreter wurden Michael Prymelski, Michael Paulwitz und Ansgar Graw. Direkte Bezüge der JLO zu neonazistischen Kreisen waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht gegeben. In ihrer Satzung erklärte sich die JLO zu einer überparteilichen und überkonfessionellen Organisation, welche die Glaubensgrundsätze des Einzelnen achten und wahren wolle. Jedoch verfügten die Personen aus dem Vorstand über diverse Kontakte zu rechten Organisationen und zu Burschenschaften. Rüdiger Stolle war Mitglied der Deutschen Hochschulgilde Hermann Löns Hannover. Michael Paulwitz war 1991 Mitglied der Burschenschaft Danubia[2] und zeitweilig für die »Republikaner« tätig. Mit Ansgar Graw saß ein aufstrebender Journalist im Vorstand. Sein Weg führte vom Volontariat beim »Ostpreußenblatt« zum politischen Korrespondenten der Berliner Morgenpost. In ihrer Satzung erklärte die JLO ihre Ziele: Sie sei der »besonderen Solidarität gegenüber der deutschen Volksgruppe in Ostpreussen« verpflichtet und wolle die »nationale Einheit aller Deutschen wahren und vollenden«. Hierzu organisierte sie neben ihren Aktivitäten in Deutschland auch Freizeitveranstaltungen in den ehemals ostpreußischen Gebieten Nordostpolens. Deutschland sei nur »teilvereinigt«, schrieb der bayerische JLO-Landesvorsitzende Gerhard Frank 1993 in einer Seminareinladung; im Anschluss an das Seminar stand eine Besichtigung des Nürnberger Reichsparteitagsgeländes auf dem Programm. Für ihre Tätigkeit, offiziell deklariert als »Maßnahmen (...) zur Förderung des friedlichen Miteinanders mit den Völkern in Ostmittel-, Ost- und Südeuropa«, erhielt die JLO auf dem Wege der Projektförderung Bundesmittel in Höhe von 11.400 DM (1991) bzw. 21.739 DM (1992).[3]

Im März 1994 wurde der JLO-Bundesvorstand erneuert. Ansgar Graw und Michael Prymelski verließen den Vorstand und wurden durch Elard von Gottberg und Volker Borowski ersetzt. Als Beisitzer kam Rene Nehring von der Berliner Burschenschaft Gothia hinzu.[4] Die JLO baute ihre Aktivitäten aus und begann sich neben den Kernaktivitäten auch in den Bereichen Kultur, Kinderbetreuung und Kriegsgräberpflege zu engagieren. Für ihre zweifelhafte Bildungsarbeit gelang es der JLO zum Teil staatliche Finanzie-

[1] Am 13. Februar 2005 demonstrierten ca. 5.000 Neonazis anläßlich des 60. Jahrestages der Bombardierung Dresdens durch die sächsische Hauptstadt. Die JLO trat zwar als aufrufende Organisation auf, doch die NPD dominierte die Veranstaltung.

rung zu gewinnen. Ende November 1994 veranstaltete die JLO-NRW im Verbindungshaus der Kölner Burschenschaft Germania ein Herbstseminar mit dem Titel »Der Deutsche Osten – Perspektiven im neuen Jahrtausend«. Hier referierte u.a. Martin Schmidt, damals stellvertretender Chefredakteur der neurechten Zeitung »Junge Freiheit«, zum Thema »Die ostdeutsche Kultur und ihre Zukunft«. Die Landsmannschaft Ostpreußen e. V. erhielt für dieses Seminar – angeblich eine »Maßnahme der kulturellen Breitenarbeit« – eine staatliche Zuwendung in Höhe von 7.340 DM.[5]

Politisierung

Am 13. Februar 1995 führte die JLO eine Gedenkveranstaltung zum 50. Jahrestag der Bombardierung Dresdens durch. Eine Veranstaltung, die Jahre später zum neonazistischen Großevent werden sollte (Vgl. AIB # 71). Im Oktober 1995 kam es innerhalb der JLO zu Umbesetzungen im Vorstand. Rüdiger Stolle, Volker Borowski und Michael Paulwitz traten zurück, um Bernhard Knapstein als neuem Bundesvorsitzendem und Uwe Faesel als seinem Stellvertreter Platz zu machen. Bernhard Knapstein zählte zur Kölner Burschenschaft Germania[6] und war als SPD-Mitglied im Rheinland bis zu seinem Ausschluss aktiv im Hofgeismarer Kreis der Jungsozialisten Deutschlands. Uwe Faesel war Marketingleiter der rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit«.[7] Auf der Bundesversammlung wurde auch ein Frank Kaden von Heiko Gläser zum Beisitzer im JLO-Bundesvorstand vorgeschlagen, der die Kandidatur allerdings nicht annahm. Ob es sich hierbei um den gleichnamigen ehemaligen sächsischen Gauleiter der verbotenen Wiking Jugend handelte, ist bisher nicht bekannt. Dieser war für seine geringen Berührungsängste zu Organisationen der bürgerlichen Rechten bekannt.[8] Mit dem Wechsel im Bundesvorstand setzte eine Politisierung der JLO-Aktivitäten ein – auf der Grundlage von Haushaltsmitteln im Umfang von immerhin 13.500 DM (Finanzplan 1996). Der »Jungen Freiheit« erklärte Knapstein zur Politik der JLO: »Ostpreußen ist für uns ein Symbol für ein Tätigwerden in Deutschland auch gegen Politische Korrektheit.«[9] Entsprechende politische Aktivitäten nahmen in der Folge zu. Im Frühjahr 1996 veranstalteten die »Wirtschaftsjunioren Osteuropa« mit der »Jungen Landsmannschaft Ostpreußen« (JLO) in Fulda ein Seminar unter dem Motto »Wirtschaftsregion Ostsee«, zu dem u.a. Peter Poralla eingeladen worden war. Poralla, der das einleitende Fachreferat hielt, hatte sich von 1993 bis 1995 auf besondere Weise um die Stärkung des »Deutschtums« in Nordpolen verdient gemacht. Im Rahmen eines Projekts der Landsmannschaft Westpreußen hatte er BürgerInnen Polens beim Aufbau von Kleinbetrieben unterstützt – allerdings nur diejenigen, die sich der deutschsprachigen Minderheit zurechneten. Porallas Deutschtumsförderung war von der Bundesregierung mit rund 238.000 DM finanziert worden.[10] Ende 1996 plante die »AG Junge Generation im Bund der Vertriebenen – Landesverband NRW« ein »Deutschlandpolitisches Seminar«, zu dem nach dem Veranstaltungsprogramm u.a. Referenten mit offen rechtsextremem Hintergrund eingeladen worden waren. Als Verantwortliche traten Knapstein und der JLO-Landesvorsitzende von NRW, Karsten Weder, auf.[11] Nachdem der extrem rechte Hintergrund der Referenten bekannt geworden war, zog der BdV-Landesverband NRW seinen Antrag auf Förderung des zweifelhaften Seminars durch die Bundeszentrale für politische Bildung zurück. Rechts- oder linksextremistische Ein-

1| Zur LO: AIB # 44 Juni/Juli 1998.
2| Programm für das Sommersemester, München 1991.
3| Deutscher Bundestag: Drucksache 13/6654.
4| Dieser kandidierte bei der Bundestagswahl 1998 für die rechtspopulistische Partei »BFB-Die Offensive« in Berlin.
5| Deutscher Bundestag: Drucksache 13/155.
6| Burschenschaftliche Blätter, Nr. 3/2005.
7| »Junge Freiheit«, Nr. 25/1996, S. 10.
8| Vgl. »Die Wiking-Jugend - Spotlights aus einem verbotenen Verein«, AIB # 50 1/2000, Seite 33 - 35.
9| »Es geht nicht nur um Ostpreußen«, Junge Freiheit 21/97, 16. Mai 1997.
10| »Ostpreuflenblatt« Nr. 21/1996
11| Deutscher Bundestag: Drucksache 13/5909

➔

→ flussversuche seien entschieden abzuwehren, erklärte er.[12] Doch selbst der Leiter des Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg sah 1997 in den Äußerungen der JLO in ihrer Zeitschrift »Fritz« »deutliche Hinweise dafür (...), dass es sich hier um Anhaltspunkte für eine rechtsextremistische Vereinigung handeln könnte«.[13] Die Bundesregierung attestierte der Publikation »Artikel mit rassistischem oder im weiteren Sinne revisionistischem Inhalt (Verharmlosung der NS-Zeit, Gebietsrevisionismus).«[14] Offenbar unbemerkt blieb von den Sicherheitsdiensten ein »Lesungs-/ Vortragsabend« des rechtsextremen Publizisten Jürgen Schwab zum Thema seines Buches »Die Meinungsdiktatur – Wie demokratische Zensoren die Freiheit beschneiden«, zu welchem Daniel Schlicht im Dezember 1997 für die JLO in das Berliner Deutschlandhaus lud.[15] Das durch die JLO beworbene Buch erschien im einschlägigen Nation Europa Verlag.

Auf dem Weg nach rechtsaußen...

Ende 1997 wurde Rene Nehring zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Als neue Funktionäre im JLO-Vorstand kamen Stefan Rochow, Gunda Sievers und Christian Schaar hinzu. Die formale Abgrenzung nach rechtsaußen funktionierte immer weniger. Das erste JLO-Rundschreiben 1998 gab mit dem Konzept »Zweigleisigkeit aus deutschlandpolitischem Engagement und Einsatz für Ostpreußen« den Takt vor. Eine folgende Positionierung gegen das »ständige Zunehmen des Ausländeranteils« und die Bezeichnung des Jahres 1945 als »den Tiefpunkt der deutschen Geschichte« machten deutlich, was mit »deutschlandpolitischem Engagement« gemeint war.[16] Der ehemalige JLO-Landesvorsitzende von Mecklenburg/Pommern, Michael Gellenthin, lud im Juni 1998 im Namen der JLO zur Teilnahme an der Sommersonnenwendfeier der heimattreuen Jugend ein.[17] Wenig verwunderlich, wurde er doch 1999 Bundesgeschäftsführer der DHJ bzw. HDJ. Sein JLO-Kamerad Stefan Rochow plante 1999 für die JLO – »Arbeitsgemeinschaft Kriegsgräberfürsorge in Ostpreußen« ein Kriegsgräberlager. Im Einladungstext bezeichnete er die Wanderausstellung »Verbrechen der Wehrmacht« als einen »Wanderzirkus« und befürwortete den Protest »nationaler Kreise« dagegen. Er kommt aus der Burschenschaft Rugia zu Greifswald[18] und wechselte später zur Burschenschaft Dresdensia-Rugia (Gießen). Später landete Rochow im Bundesvorstand der NPD-Jugendorganisation. Auch den ehemaligen Landesvorsitzenden der JLO Hessen und das ehem. Mitglied der Burschenschaft Dresdensia-Rugia (Gießen)[19], Jürgen Gansel, zog es in die NPD – Führungsebene. Den ehemaligen JLO–Landesvorsitzenden von Sachsen-Niederschlesien, Alexander Kleber, durfte man laut Chemnitzer Staatsanwaltschaft und dem Amtsgericht Freiberg als Neonazi bezeichnen.[20] Er gehörte jahrelang zu den Organisatoren des »Trauermarsches« am 13. Februar in Dresden, welcher sich unter seiner Regie 1999 zum »getarnten NPD-Aufmarsch«[21] entwickelte.

Der Bruch

Im März 1999 begann der JLO-Bundesvorstand aufgrund der zunehmenden neonazistischen Ausrichtung einiger Gliederungen kalte Füße zu bekommen. Auslöser war u.a. der »Hessenrundbrief« des damaligen JLO-Landesvorsitzenden von Hessen, Marco Domrös. Dieser erinnerte den JLO-Vorstand aufgrund der äußerst rechten Inhalte zu stark an »politisch extreme Gruppierungen« und führte zum Ausschluss von Domrös. Auch der jährliche JLO-»Trauermarsch« im Februar in Dresden entglitt der JLO zunehmend. Sie beklagte, nur noch 20 Prozent der Teilnehmer zu stellen und als Schutzschild für die NPD und Kameradschaften genutzt zu werden. Auch hier wurden vereinsrechtliche Schritte gegen die JLO-Funktionäre angekündigt, die »die fremden Massen« gezielt angeworben haben könnten. Der NPD-Kreisverband Meißen hätte sich im Fall Dresden in die Reihen der JLO geschleust, um Ärger mit linken Chaoten zu vermeiden.[22] Der Landesverband Sachsen-Niederschlesien konnte sich den Kritikern zufolge zu einer »offenen Vorfeldorganisation der NPD« entwickeln.[23] In Thüringen entstand im November 1999 ein JLO-Landesverband, dessen Vorsitzender der Neonazi-Liedermacher Christian Kapke wurde.

Ende 1999 stand ein kompletter Vorstandswechsel bei der JLO an. Sprecher der JLO wurde das zeitweilige Mitglied der Heidelberger Burschenschaft Normannia Christian Schaar[24], welcher von Stefan Rochow und Nanette Kaiser vertreten wurde. Als Beisitzer wurden Claudia Walter, Frauke Seidler, Alexander Kleber, Andre Nehrig und Dirk Pott von der »Kameradschaft Freikorps Oberland – Bund Oberland«[25] gewählt. Als weiteres Mitglied der Heidelberger Burschenschaft Normannia[26] wurde Markus Ksienzyk als Kassenprüfer bestätigt. Dieser neuen Vorstandswahl gingen die beschriebenen internen Auseinandersetzungen zwischen »Kultur-« und »Politik-Fraktion« voraus. Die Wahl Schaars nahmen die scheidenden Vorstandsmitglieder zum Anlass, nicht mehr zu kandidieren. Sie wollten nach eigenen Angaben nicht das Feigenblatt einer Gruppierung sein, in der die Mitarbeit von Skinheads und SA-Typen nicht ausgeschlossen ist und Ostpreußen nur noch am Rande behandelt wird.[27] Bei seiner Antrittsrede betonte Christian Schaar zwar die starke Abgrenzung zu extrem rechten Parteien und Zirkeln und eine innere Zensur aller Publikationen, bestand aber darauf, die Mitgliederwerbung über die »allgemeinpolitische Schiene« laufen zu lassen. Elard von Gottberg unterstützte Schaars Position, aber verwies

12| Deutscher Bundestag: Drucksache 13/6082
13| Kennzeichen D: JLO, 13. Juni 1997
14| Deutscher Bundestag: Drucksache 13/8304
15| Daniel Schlicht/JLO: Einladungsschreiben vom 1.12.1997
16| Rene Nehring im JLO- Rundschreiben 1/1998.
17| JLO 1998 Fahrten und Veranstaltungskalender / Veranstaltungen Landesverbände 1998.
18| Likedeeler Sonderausgabe, 1. September 2001.
19| WNZ 19. Februar 2005 und Gießener Anzeiger 18. Februar 2005.
20| Amtsgericht Freiberg (Zivilgericht) 5 C 0941/00, 26. März 2001.
21| AG Ostpreußische Jugend in der JLO (Hamburg), 2. Januar 2000.
22| Rene Nehring im JLO- Rundschreiben II/1999
23| AG Ostpreußische Jugend in der JLO (Hamburg), 2. Januar 2000.
24| UNiMUT 98, 14. Juni 1995.
25| Antifaschistische Nachrichten Oktober 2005.
26| Schriftwart der Normannia im Sommersemester 2005, Vgl. PM des Antifaschistischen AK der Uni Heidelberg vom 30. November 2006.
27| AG Ostpreußische Jugend in der JLO (Hamburg), 2. Januar 2000.

besorgt auf den öffentlichen Druck auf die Landsmannschaft Ostpreussen (LO) und die Gefahr, welche die Mitgliedschaft von Kleber und Pott im JLO-Vorstand bedeuten könnte. Deutlicher wurde Rüdiger Stolle. Für ihn stellte die Mitgliedschaft von Kleber und Pott einen »eindeutigen Vertrauensverlust« gegenüber der LO dar, welcher Konsequenzen haben werde. Rene Nehring und Schaar warfen sich anschließend gegenseitig vor, nicht mit offenen Karten gespielt zu haben. Ein Antrag Stolles, sich als JLO von der neonazistischen Wanderjugend Gibor (Vgl. AIB #58) zu distanzieren, wurde abschließend mit breiter Mehrheit abgelehnt.

Das lange Ende

Anfang 2000 traten die bisherigen JLO-Vorsitzenden als »Arbeitsgemeinschaft Ostpreußische Jugend in der JLO« an die Öffentlichkeit, um über die »feindliche und unkameradschaftliche Übernahme des Bundesverbandes« zu informieren. Die Landsmannschaft Ostpreußen hätte die Neuwahl als »Kriegserklärung« aufgefasst und alle Finanzmittel für die JLO eingefroren. Sollte sich die JLO nicht zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen, den Landesverband Sachsen auflösen und den Rücktritt von Kleber und Pott veranlassen, werde sich die LO von der JLO trennen. Den JLO-Mitgliedern empfahlen Stolle, Knapstein und Nehring in der JLO zu verbleiben, sich in der »AG Ostpreußische Jugend« zu sammeln und auf eine Ablösung des aktuellen Vorstandes hinzuwirken. Ende Januar 2000 entschied sich der Bundesvorstand der LO, sich von der JLO zu trennen. Nanette Kaiser trat daraufhin als stellv. JLO-Bundesvorsitzende zurück. Im Februar gründeten die früheren JLO-Funktionäre Stolle, Knapstein, Nehring, Faesel und Dr. Jürgen Danowski den Bund Junges Ostpreußen in der Landsmannschaft Ostpreußen (BJO) als neue Jugendgruppe der LO und beendeten den Versuch, die JLO zurück auf LO-Linie zu bringen. Obwohl Christian Schaar über einen Mitgliederzuwachs von 5 Prozent berichtete und erklärte die JLO ist »personell und finanziell abgesichert«[28] war mit der LO ein starker Partner verloren gegangen. Als neuer Partner aus dem rechten Vertriebenenmilieu stand der 1984 gegründete und unter dem Dach der sudetendeutschen Landsmannschaft wirkende Witikobund e.V. zur Verfügung.[29] Doch weder die LO-nahe BJO noch die Witikobrund-nahe JLO konnten in den Folgejahren nennenswerte Aktivitäten jenseits von internen Veranstaltungen entfalten und blieben politisch weitestgehend bedeutungslos. Im November 2001 verließen Stefan Rochow, Claudia Walter, Frauke Seidler und Andre Nehring den JLO-Vorstand. Neu kam Hans-Ulrich Thiele hinzu. Der Vorstand beschloss weitreichende Veränderungen der JLO-Satzung und eine enge Zusammenarbeit mit dem Witikobund. Die verbliebene Mitgliederzahl wurde mit immerhin noch ca. 500 Mitgliedern angegeben. Die verbliebenen JLO-Aktivisten konzentrierten sich auf den Ausbau eines eigenen Bauernhofes. Eine Zusammenarbeit auf der Vertriebenenebene soll es trotz der Spaltung noch zur Landsmannschaft in Schlesien und zur Landsmannschaft Ostpreußen-Landesgruppe NRW gegeben haben. Nachdem Anfang 2005 die LO feststellte, dass die JLO wieder aktiv wurde und sich im rechtsextremistischen Bereich betätigte, beauftragte sie einen Rechtsanwalt, um der JLO die Verwendung des Namens »Landsmannschaft Ostpreußen« zu verbieten. Auslöser war ein Aufruf der JLO zum neonazistischem Aufmarsch am 13. Februar 2005 in Dresden. Resultat war die Umbenennung der JLO in Junge Landesgemeinschaft Ostpreussen e.V.

Fazit

Die JLO ist ein Musterbeispiel für das, was im AIB in der Rubrik »Braunzone« behandelt wird: Organisationen an der Schnittstelle zwischen Konservatismus, Rechtsaußen und Neonazismus. Unter dem Dach der Vertriebenen hatten sich u.a. Personen aus dem burschenschaftlichen Studentenmilieu zur »kulturellen Arbeit« organisiert und immer weiter politisiert und radikalisiert, bis die JLO »zur größten Scharnierorganisation im Jugendbereich des deutschen Neonazismus« wurde. Diese Entwicklung schien weniger eine gezielte Unterwanderungsbestrebung von Neonazis gewesen zu sein, sondern eine eigenständige Entwicklung der JLO-Funktionäre. Mit zunehmender Entwicklung in Richtung Neonazismus verlor die JLO jedoch auch an öffentlichen Geldern und gesellschaftlichem Einfluss. Als zigste neonazistische Gruppe ohne Anbindung an die Vertriebenenstrukturen war sie genauso überflüssig in der politischen Landschaft der extremen Rechten, wie die neue LO-Jugendgruppe ohne ihre eigenständigen politischen Funktionäre uninteressant für politisch aktive Jugendliche war. ■

[1]

[1] Der frühere sächsische JLO-Funktionär Alexander Kleber darf gerichtsfest als Neonazi bezeichnet werden. Hier als Redner bei einer Neonazi-Demonstration am 13. Februar 2005 in Dresden.

28| FRITZ 1/2000, April 2000.
29| FRITZ 1/2000, April 2000.
30| Vgl. AIB # 58, 1/2003.

Zurüstungen für den Ausnahmezustand

Die neurechte Zeitschrift »Sezession«

Seit dem Ende der alten Criticon als Theorieorgan für die sogenannte Neue Rechte, war diese zumindest im Zeitschriftensegment heimatlos. Ihnen steht zwar mit der Wochenzeitung Junge Freiheit ein Publikumsorgan zur Verfügung, doch ein publizistischer Ort der Theoriebildung und intellektuellen Selbstverständigung fehlte. Im Spektrum extrem rechter Periodika stießen Blätter wie »Gegengift« und »Neue Ordnung« auf wenig Resonanz außerhalb eines engen Rezipitenkreises. Die Zeitschrift »Sezession« sucht diese Lücke zu füllen.

Bereits kurz nach dem Erscheinen der ersten Ausgaben, trat »Sezession« aus der Halböffentlichkeit des rechten publizistischen Nachtschattengewächses als zitierfähiges Organ ins Licht der FAZ-Rubrik »Aus deutschsprachigen Zeitschriften«.

Offenbar mit Erfolg. Denn Mitte 2007 stellte das Blatt auf eine zweimonatliche Erscheinungsweise um und erweiterte den Heftumfang.

Wie der Name »Sezession« schon sagt, geht es den Herausgebern darum, das Trennende einer neuen intellektuellen Rechten zum etablierten Konservatismus zu bestimmen. Im Selbstverständnis der Redaktion liest sich das kurz und knapp so:

»SEZESSION ist eine politische Zeitschrift, in der realpolitisch, nicht gesinnungspolitisch gedacht wird. Sie unterstützt den Vorsatz ihrer Leser, Entscheidungen zu treffen. Kontroverse ist erwünscht, jedoch nicht als intellektuelles Spiel.«

Wer unter realpolitisch allerdings das Einerlei der Tagespolitik versteht, liegt falsch. Der Redaktion um den Göttinger Historiker und Gymnasiallehrer Karlheinz Weissmann (s. AIB #74) geht es um eine grundsätzliche Bestimmung der Positionen des Instituts für Staatspolitik und seines Umfeldes. Der Wissens- und Ideologietransfer aus neurechter Sicht für den akademisch gebilde,ten, sich selbst als Elite beschreibenden Nachwuchs steht ganz oben auf der konzeptionellen Agenda der Zeitschrift. Die Redaktion begnügt sich nicht damit, die klassischen extrem rechten Zeitgeistthemen wie Demographie, Ethnopluralismus und Staatsbegriff zu beackern. Ebenso fehlt die in der JF beständig und variantenreich geführte Klage über den angeblichen Gesinnungsterror der Political Correctness. Die dort notwendigen inhaltlichen Konzessionen an den Hauspuschenkonservatismus des rechten Unionsflügels fallen hier weg. Die »Sezession« ist der Ort für Grundsätzliches.

Die bisher erschienenen Themenhefte wie »Christentum«, »Krieg« und »Jugend« sollen vielmehr die Grundlagen neurechter Theorie vergegenwärtigen und aktualisieren. Wohl nicht

ohne Grund wählte die Redaktion für die ersten Themenhefte jene Schlüsselbegriffe, um welche die Ideengeschichte der deutschen Rechten seit jeher kreist. So nahmen die Hefte »Krieg« und »Jugend« den Interpretationsfaden ihrer Begriffe nicht von ungefähr an ihrer Quelle, also bei Blüher und Jünger wieder auf. Aufschlussreich ist die positive Bezugnahme auf das Christentum. Hier wird der studierte Theologe Weissmann seinen Anteil daran haben, dass in der »Sezession« die neoheidnische Karte eines Alain de Benoist bisher nicht gespielt wurde. Wie nicht anders zu erwarten, sieht Weissmann die Rettung des Christentums vor der Vollendung der Säkularisierung in der Abkehr von der liberalen Theologie zu Gunsten einer Rückkehr zu den Wurzeln klarer theologischer Dogmen und Hierarchien.

Der Tonfall der Beiträge entspricht ganz dem Stil der geistigen Vorbereitung auf jenen herbeigesehnten Ausnahmezustand nach dem Zusammenbruch der als dekadent beschriebenen liberalen Ordnung. Hierfür bietet »Sezession« denen geistige Zurüstung, die im Ernstfall ein Teil jenes Souveräns sein sollen, welcher über den Ausnahmezustand verfügt.

Die keinem Themenschwerpunkt zugeordneten Hefte gliedern sich in die Rubriken »Grundlagen« und »Kurzbeiträge«. Während in der letztgenannten Rubrik eher Glossen und Bemerkungen zum Zeitgeschehen ihren Platz haben, will die Rubrik »Grundlagen« ein breit gestreutes Einführungswissen in rechter Geistesgeschichte geben. Der Habitus dieser Texte zu Autoren wie Gottfried Benn, Stefan George oder Mircea Eliade ist elitär. Der Grad intellektueller Durchdringung der porträtierten Autoren ist hingegen durchaus different. Nicht alle »Sezession«-Autoren vermögen jenen elitären Gestus und das anvisierte Anspruchsniveau einzulösen, dem sich das Blatt verschrieben hat. Einige Texte bleiben hinter dem intellektuellen Potential ihrer Referenzpersonen und Ideen zurück.

Skurril mutet die Rubrik »Begriffe« an, in welcher der Versuch unternommen wird, stichwortartig zu einer Definition philosophischer Begriffe aus neurechter Sicht zu gelangen. Diese sind so kurz gefasst, dass sie dem Leser als Torso erscheinen und ihn somit ratlos zurücklassen. Ein Blick in das »Lexikon des Konservatismus« des Caspar Schrenck-Notzing bleibt da ergiebiger.

Ein in jedem Falle interessanter Kurzrezensionsteil schließt das redaktionelle Konzept ab. Kontroverse Debatten sind selten im Blatt. Es wirkt, als seien die Herausgeber um Weissmann noch im inhaltlichen Rohbau dessen begriffen, was ihr Zugriff auf den halluzinierten Aggregatzustand gesellschaftlicher Konflikte sein soll. Dieser schwankt zwischen dramatischen, ja radikalen Zustandsbeschreibungen und zurückhaltend skizzierten Handlungsoptionen einer parteipolitisch nicht fest gebundenen extremen Rechten.

Über die Reichweite der Zeitschrift kann man nur spekulieren. Nie ist die Wirkung einer Zeitschrift nur an ihre Auflage gebunden. Entscheidend ist vielmehr die Fähigkeit, Netzwerke außerhalb des unmittelbaren Milieus zu knüpfen und die eigenen Ideen zirkulieren zu lassen. »Sezession« ist eingebunden in das Netzwerk der rechten Blogosphäre jener Projekte wie »Blaue Narzisse« und »opponent.de«, die im Web 2.0 den Begriff der Gegenöffentlichkeit von rechts zu besetzen suchen. Hierin sieht man das Potential, die Kathedralen des Liberalismus wenn schon nicht zu stürmen, so doch wenigstens zu untergraben, um sie eines Tages in einem von rechts zu besetzenden Schlüsselthema matt zu setzen. So bemühen sich die Herausgeber intensiv um Autorennachwuchs, wie ein angekündigter Schreibwettbewerb zeigt.

Fazit

Die Zeitschrift gibt authentischen Aufschluss über Hybris und Phobien der intellektuellen Rechten in Deutschland. Ebenso wird klar, dass sich diese vom bloßen Stöbern in den ideologischen Waffenkammern der Konservativen Revolution zu Gunsten der Suche nach Konzepten für gesellschaftspolitische Intervention verabschiedet hat. Für jene, die sich intensiv mit der sogenannten Neuen Rechten befassen, ist die »Sezession« die komplementäre Lektüre zur »Jungen Freiheit«, da hier Themen vertieft und zuweilen vorbereitet werden. Der Preis für knapp sechzig Seiten Heftumfang ist indes hoch bemessen: Zehn Euro sind je Ausgabe zu zahlen. ■

Freispruch im Fall Matthias Z.

Berliner Staatsschutz im Zwielicht

Am 13. Dezember 2007 ging der Prozess gegen den Berliner Antifaschisten und Gewerkschafter Matthias Z. (Vgl. AIB # 75) vor dem Amtsgericht Tiergarten mit einem Freispruch zu Ende. Selbst der Vertreter der Staatsanwaltschaft und die Anwälte der rechten Nebenkläger forderten einen Freispruch aus tatsächlichen Gründen für Matthias Z. bezüglich des Vorwurfs der gefährlichen Körperverletzung.

Dem Schüler wurde vorgeworfen an einem Angriff auf die beiden Berliner Neonazis Sebastian Zehlecke und Stephanie Piehl im November 2006 beteiligt gewesen zu sein. Der gegen ihn erhobene Vorwurf des versuchten Totschlages (später abgemildert in gefährliche Körperverletzung) stützte sich ausschließlich auf die zeugenschaftlichen Aussagen der beiden Neonazis. Diese wollten ihn als Täter auf einem ihrer »Anti-Antifa-Fotos« erkannt haben, obwohl sie selbst bekundeten, dass die tatsächlichen Täter vermummt gewesen seien. Sonstige Beweismittel lagen nie vor. Vor dem Amtsgericht brach die vom Berliner Staatschutz und der Staatsanwaltschaft konstruierte Anklage in sich zusammen.

Zweifelhafte Wertungen des Berliner Staatschutzes mit Folgen

Obwohl die Verhandlung nun wegen gefährlicher Körperverletzung vor dem Schöffengericht am Amtsgericht durchgeführt wurde, war die Tat zunächst als versuchter Totschlag vor dem Schwurgericht angeklagt gewesen. Die Annahme eines Tötungsvorsatzes lag bei der bekannten Sachlage zwar fern, trotzdem wurde die Tat von Beamten des Staatsschutzes als versuchter Totschlag gewertet. Anders als sonst üblich, ist zu keiner Zeit die Mordkommission, sondern der polizeiliche Staatsschutz mit dem Verfahren befasst gewesen. Dies hat sich auf die Ermittlungen ausgewirkt. So wurde etwa eine entlastende DNA-Analyse erst wenige Wochen vor der Hauptverhandlung durchgeführt, obwohl die Verteidigung die Analyse bereits kurz nach der Festnahme beantragt hatte. Auch andere entlastende Ermittlungsergebnisse und Gutachten wurden der Verteidigung erst verspätet nach der ersten Haftprüfung übermittelt. Matthias Z. wurde knapp zwei Wochen lang observiert und sein Telefon überwacht, bevor das LKA seine Wohnung durchsuchte und ihn verhaftete. Für Ermittlungen bei diesem Tatvorwurf ist eine solche Wartezeit vor einer Verhaftung eher unüblich und dürfte dem Wunsch nach möglichst umfassender Ausforschung linker Strukturen Rechnung getragen haben. Auf der Grundlage des überzogenen Tatvorwurfes sind auf Antrag der politischen Abteilung der Staatsanwaltschaft mehr als 100 Tage Untersuchungshaft gegen Matthias Z. vollstreckt worden, obwohl die Verteidigung bereits dargelegt hatte, dass eine sachgerechte Würdigung des Geschehens die Annahme des Tötungsvorsatzes von vornherein verbietet und überdies jedenfalls von einem strafbefreienden Rücktritt vom versuchten Tötungsdelikt auszugehen wäre. Es ist nach Auffassung der Anwälte unverständlich, dass es erst einer Entscheidung des Schwurgerichts bedurfte, den Tatvorwurf in der gebotenen Weise zu begrenzen. Dabei war es der Argumentation der Verteidigung gefolgt und hatte Matthias Z. vom weiteren Vollzug der Untersuchungshaft verschont. Auch an anderer Stelle agierte die Staatsanwaltschaft zweifelhaft. Entgegen eines Beschlusses des Landgerichtes Berlin erhielten die Anwälte der als Nebenkläger auftretenden Neonazis komplette Akteneinsicht in die ungeschwärzten Ermittlungsakten von Matthias Z. Seine Verteidigung hatte vorher u.a. darauf hingewiesen, dass in der Kanzlei eines Nebenklägeranwaltes mit Mandy L. eine Aktivistin der neonazistischen Kameradschaftsszene beschäftigt gewesen sein soll, die zum direktem Umfeld von Sebastian Zehlecke und Stephanie Piehl gehörte.

Einseitige Ermittlungen – Fehler oder Absicht ?

Im Laufe des Verfahrens benannte die Verteidigung von Matthias Z. diverse Ermittlungslücken des Berliner Staatschutzes. So machte sie öffentlich, dass das »Anti-Antifa-Foto« mit dem Matthias Z. belastet wurde, bereits zu einem früheren Zeitpunkt von dem bekannten Neonazi Björn Wild genutzt wurde, um Matthias Z. einer Bedrohung zu bezichtigen. Auch eine mögliche Belastungstendenz von Se-

bastian Zehlecke gegenüber Matthias Z. lag auf der Hand: Matthias Z. war in einem Verfahren wegen eines Neonaziüberfalls auf einen linken Infostand Hauptbelastungszeuge gegen Zehlecke. Zusätzlich setzte die Verteidigung die Beiziehung des sogenannten Piccolo-Verfahrens durch. In diesem ging es um einen Angriff auf die als rechten Treffpunkt bekannte Piccolo Bar in Lichtenberg. Durch dieses Verfahren konnte belegt werden, dass die Nebenklägerin Piehl bereits in der Vergangenheit behauptet hatte, sie habe innerhalb von wenigen Sekunden gleich sechs vermummte Angreifer, die sie bei Dunkelheit und überdies nur aus größerer Entfernung gesehen haben kann, genau erkennen und namentlich benennen können. Eine neutrale Anwohnerin versicherte jedoch, ganz sicher niemanden auf dem Balkon gesehen zu haben, von dem Stephanie Piehl die Tat beobachtet haben will. Selbst der vernehmende Beamte des Staatschutzes schenkte den Behauptungen in diesem Verfahren keinen Glauben und verzichtete auf die Einleitung von Ermittlungsverfahren gegen die denunzierten Antifaschisten. Offenbar wurden die Neonazi-Zeugen von vornherein als unglaubwürdig und deren Angaben als zweifelhaft eingeschätzt. Ein Verfahren gegen die Neonazi-Frau wegen falscher Verdächtigung einzuleiten kam dem Staatschutz jedoch nicht in den Sinn. Möglicherweise wollte man in der Dienstelle nicht riskieren, dass die Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Zeugin Piehl der Verteidigung oder dem Haftrichter von Matthias Z. bekannt werden.

Zweierlei Maß ?

Wenige Minuten nachdem Stephanie Piehl durch den Staatschutzbeamten als Zeugin im »Piccolo Verfahren« vernommen worden war, wurde sie als Belastungszeugin gegen Matthias Z. von dem selben Beamten vernommen. Der Beamte war Bearbeiter beider Verfahren. Im Verfahren gegen Matthias Z. schenkte er den Aussagen auf einmal uneingeschränkt Glauben und nahm ihr ab, dass sie Matthias Z. trotz Vermummung innerhalb von Sekunden wiedererkannt habe. Er konnte dem Gericht und der Verteidigung nicht erklären, warum er diese offenkundigen Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Zeugin als Bearbeiter des gegen Matthias Z. geführten Verfahrens nicht mit einem Wort aktenkundig gemacht hatte. Dieses Versäumnis wiegt umso schwerer, als gegen Matthias Z. zum Zeitpunkt der Vernehmung bereits Untersuchungshaft vollstreckt wurde. Dieses war dem vernehmenden LKA-Beamten, der den Haftbefehl nur wenige Tage zuvor selbst angeregt hatte, auch bekannt. Ein anderer Staatsschützer versuchte erfolglos vor Gericht darzulegen, dass eine Matthias Z. entlastende Auswertung seiner Telefonverbindungen ein Indiz für seine Täterschaft sei, da er zum Tatzeitpunkt absichtlich nicht telefoniert habe.

Kritik

Diese Ermittlungsmethoden wurden durch die Verteidigung scharf kritisiert. Rechtsanwalt Dr. Gercke berichtete von Aussagen des damals die Ermittlungen führenden Staatsanwaltes, der bereits beim ersten Haftprüfungstermin erklärt habe, man müsse ein Zeichen gegen politische Gewalt im Lichtenberger Weitlingkiez setzen. Rechtsanwalt Daniel Wölky legte in seinem Plädoyer dar, dass es explizite Strategie der Anti-Antifa ist, politische Gegner willkürlich schwerer Straftaten zu bezichtigen. Rechtsanwalt Dr. Pananis verwies auf die schwerwiegenden Folgen der monatelangen Untersuchungshaft für Matthias Z. Die Sprecher der Solidaritätsgruppe Freiheit für Matti, Stefan Jakob und Marina Kochova, erklären hierzu: »Der Prozessverlauf hat gezeigt, dass der Staatsschutz nicht davor zurückschreckt, unseriöse Ermittlungsmethoden einzusetzen und dabei auch die Inhaftierung Unschuldiger in Kauf zu nehmen.« Nach dem Freispruch fordern Politiker, Gewerkschafter und Antifaschisten die Aufklärung der skandalösen Hintergründe für dessen Inhaftierung und Anklage.

Skandalös bleiben die unseriösen Ermittlungsmethoden der LKA-Beamten, die entlastende Hinweise nicht nur ignorierten, sondern stattdessen Akten durch später eingefügte Vermerke »frisierten«. Auch der Landesbezirk Berlin-Brandenburg der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) betonte, dass die Ermittlungen des LKA, das eingeleitete Verfahren und die Untersuchungshaft von 101 Tagen zahlreiche Fragen aufwerfen und mehr als einen schalen Nachgeschmack hinterlassen würden. Ver.di erwarte von der Staatsanwaltschaft und vom LKA eine Erklärung und personelle Konsequenzen. »Für uns besteht noch immer der Verdacht, dass Rechtsextremisten die Justiz missbrauchen, um Jagd auf Antifaschisten und Gewerkschafter zu machen«, betonte Andreas Köhn, stellvertretender ver.di-Landesbezirksleiter Berlin-Brandenburg. Die Berliner Abgeordnete Evrim Helin Baba (DIE LINKE) wies nach dem Urteil darauf hin, dass das Gericht ganz offensichtlich sowohl den Staatsschutz als auch die Staatsanwaltschaft nicht ganz leer ausgehen lassen wollte und Matthias Z. wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz zu 120 Tagessätzen à 10 Euro verurteilte, obwohl diese Verurteilung aus einem von Anfang an rechtsstaatlich problematischen Ermittlungsverfahren stammte. Die Entscheidung der Verteidigung in Berufung gehen zu wollen sei dementsprechend folgerichtig. Auch Kristina Tiek von den kritischen JuristInnen der FU-Berlin bezeichnete diese Verurteilung des (nicht vorbestraften) Matthias Z. als deutlich zu hoch und nicht schuldangemessen. ■

Mehr Informationen unter:

www.freiheitfuermatti.com

Die Vorratsdaten-speicherung ist da

Vor wenigen Wochen trat die Vorratsdatenspeicherung in Kraft. Danach speichern Telekommunikationsanbieter von jedem Bürger und jeder Bürgerin die Verbindungsdaten bei jeder einzelnen E-Mail, jedem Anruf, jeder Kurz-Nachricht und weiteren Internetdiensten für ein halbes Jahr.

Bei Handy-Telefonaten und SMS wird auch der jeweilige Standort des Benutzers festgehalten.

Vorher durften Telekommunikationsanbieter nur die zur Abrechnung erforderlichen Verbindungsdaten speichern. Standort- oder gar E-Mail-Verbindungsdaten gehörten nicht dazu. Kunden konnten zudem verlangen, dass Abrechnungsdaten mit Datum des Rechnungsversandes gelöscht werden. Durch die Benutzung von Pauschaltarifen (Flatrates) wurde eine Speicherung zudem bisher gänzlich vermieden, da hier keine einzelnen Verbindungen abgerechnet werden.

Die Speicherung von personenbezogenen Daten auf Vorrat und ohne Einwilligung des Betroffenen verstieß zudem gegen den so genannten Erforderlichkeitsgrundsatz. Daten dürfen nicht ohne Zweck gespeichert und müssen daher wieder gelöscht werden.

Jede E-Mail wird erfaßt

Nach dem in Kraft treten der Regelungen zur so genannten Vorratsdatenspeicherung am 1. Januar 2008 ist dies nun anders.[1] Von jeder E-Mail, die in ein Postfach eingeht, die versendet wird sowie jede Anmeldung in ein Postfach, um es einzusehen, wird genau gespeichert. Erfasst werden die IP-Adresse, der Standort und wie lange jemand seine Post liest. Damit nicht genug. Auch jedes Telefonat und jede Kurznachricht wird auf diese Weise für ein halbes Jahr gespeichert – einschließlich der geographischen Standortdaten. Auch das einfache Surfen im Internet wird nach dem gleichen Schema überwacht. Erfasst werden ebenfalls IP-Adresse, Standort und die Adressen der besuchten Internetseiten. Das bedeutet: Jede Bewegung im virtuellen Raum wird nachvollziehbar und kann konkreten Personen zugeordnet werden.

Konsequenzen für Serverbetreiber

Weitreichende Konsequenzen hat die Gesetzesänderung auch für Serverbetreiber und Telekommunikationsanbieter. Viele sind noch gar nicht auf dem aktuellen Stand der Dinge, was die aufwendige technische Infrastruktur betrifft. Die riesigen Datenmengen, die durch die Vorratsdatenspeicherung anfallen müssen gespeichert und verwaltet werden. Ein Aufwand, den letztlich die Kunden bezahlen werden. Gleichzeitig fürchten Anbieter einen Image-Verlust. So hat Google beispielsweise angekündigt seinen E-Maildienst Google Mail in Deutschland zu schließen, sollten die Gesetze bestehen bleiben.[2] Speicherpflichtig werden zudem Privatpersonen, die einen Jabber- oder Tor-Server betreiben und ihre Dienste voraussichtlich abschalten müssen, da bei Open Source Software gar keine Speicherungsprozeduren integriert sind.

Beispiel: Skype

Als Telekommunikations-Dienstanbieter ist Skype ebenso vorratsdatenspeicherpflichtig. Die europäische Vorlage wie auch die deutsche Gesetzgebung haben aber insbesondere in diesem Falle noch eine Lücke: Es wird nicht zwischen Short Message und Instant Message unterschieden. Skype kann jedoch beides: Kurznachrichten an Handy- oder Telefonnutzer senden sowie – wenn diese mit Skype online sind – ihnen diese als Sofortnachricht wie eine E-Mail auf den Bildschirm senden. Hätte ein Handy-Empfänger einer Laptop-Skype-Nachricht das Recht, dass diese nicht gespeichert wird, weil es eine Instant Message des Senders ist oder weil diese von Skype kommt? Wenn mit Instant Message und Short Message dasselbe gemeint wäre, dann steht zu befürchten, dass

auch andere Anbieter von Instant Messages wie AOL und ICQ oder Yahoo und MSN oder Jabber und IRC vorratsdatenspeicherpflichtig werden. Werden also bald die Verbindungsdaten von jeder Chatzeile im Internet gespeichert? Und wie weit ist es zu dem Schritt auch den Inhalt der Nachricht zu protokollieren?

Beispiel: Google

Und auch in Goggle Mail hat der Nutzer die Wahl, ob er dem Empfänger eine »Message« oder eine »Instant Message« sendet. Die Offline-Kommunikation ist vorratsdatenspeicherpflichtig, die Online-Kommunikation über Instant Message hingegen nicht. Nun kann man sagen, der Nutzer befindet sich in Google »Mail« und daher wird alles gespeichert. Doch was ist dann der Unterschied zwischen Onlinekommunikation im Messenger ICQ und Onlinekommunikation in Googles Mail Messenger?

Die Unterscheidung wirkt absurd und zeigt, dass das Gesetz nicht nur inhaltlich fragwürdig, sondern zudem handwerklich schlecht gemacht ist. Man gewinnt den Eindruck, dass weder die Mitglieder der europäischen Kommission noch Deutschlands Gesetzgeber jemals in einem IRC-Chat gewesen sind.

Andererseits wirbt Google damit, dass im Dienst Google Mail keine E-Mail jemals wieder gelöscht wird. Auch als Suchmaschine speichert Google jede Anfrage seiner Nutzer im »Suchprotokoll« – wer hat wann wie oft nach welchen Begriffen gesucht – Bürgerinnen und Bürger werden entweder über das Google Konto, die IP-Adresse oder den Cookie des Browsers auch in der nächsten Onlinesitzung wieder re-identifiziert und erfasst.

Vorratsdatenspeicherung – legal und legitim geprüft?

Es besteht keinerlei Erfordernis die Telekommunikationsdaten bundesweit und verdachtsunabhängig zu speichern. Wenn der postulierte Zweck nun die mögliche Verfolgung schwerer Strafen sein soll, stellt sich in rechtlicher Hinsicht die Frage, warum die Möglichkeit zur Strafverfolgung nur für sechs Monate bestehen soll und wieso solche eklatanten Gesetzes-Lücken bei »Messages« bestehen, sodass viele Kommunikationswege unprotokolliert bleiben. Gravierender ist hingegen die Frage der Legitimität, warum die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Grundbedürfnis nach Kommunikation à priori unter Verdacht schwerer Straftaten gestellt werden. Der Eindruck drängt sich auf, dass all jene Politiker die die Vorratsdatenspeicherung als einen wichtigen Hebel zur Terrorbekämpfung propagieren, in allen Bürgerinnen und Bürgern potenzielle Terroristen sehen. Eine Haltung, die neben einer fragwürdigen Gesellschaftsauffassung auch ein hohes Maß an Realitätsverlust aufweist.

Inzwischen beschäftigt sich auch das Bundesverfassungsgericht mit dem neuen Gesetz. Es existieren juristische Gutachten, die die Verfassungskonformität widerlegen.[3] Ebenso sind erste Musterklagen zum Beispiel gegen die beabsichtigte Onlinedurchsuchung[4] anhängig.

»Freiheit statt Angst« – Berliner Demonstration des »AK Vorrat«

Der Arbeitskreis gegen Vorratsdatenspeicherung (»AK Vorrat«)[5], ein Zusammenschluß von Bürgerrechtlern, Datenschützern, IT-Experten und Juristen in Deutschland, verlangt die Rücknahme des Gesetzes zur Vorratsdatenspeicherung und organisierte eine bundesweite Großkundgebung.

Über 20 Bürgerrechtsorganisationen, politische Gruppen und Organisationen der Zivilgesellschaft riefen für den 22. September 2007 unter dem Motto »Freiheit statt Angst« zu einer Demonstration durch Berlin auf, um gegen die ausufernde Überwachung der Bürgerinnen und Bürger durch Staat und Wirtschaft zu protestieren. Die Organisationen zeigten sich einig, dass es höchste Zeit sei, vor dem Hintergrund permanenter Verschärfungen von Sicherheits- und Überwachungsgesetzen für die Bewahrung der Grundrechte auf die Straße zu gehen. Die DemonstrantInnen wandten sich unter anderem gegen die Vorratsspeicherung des Telekommunikationsverhaltens der gesamten Bevölkerung, sowie gegen verdeckte Online-Durchsuchungen von Computern und die Speicherung von Nutzerprofilen im Internet.

Neben Datenschutzvereinigungen wie dem Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung, FoeBuD und der Humanistischen Union unterstützten auch weitere gesellschaftliche Gruppen den Aufruf zur Demonstration, darunter Journalistenverbände, das gewerkschaftsnahe LabourNet und die Evangelische Konferenz für Telefonseelsorge. Mit dem Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen, der Berliner FDP-Fraktion und der Berliner Linkspartei fand der Marsch auch parteipolitische Unterstützung.

Software-Schutz gegen Speicherung und unbemerkten Dateneinblick

Auf der Berliner Großkundgebung wurden zahlreiche CD-Roms an die teilnehmenden Bürger und Bürgerinnen verteilt. Die vom »AK Vorrat« zusammengestellte Software kann die Vorratsdatenspeicherung abschwächen und den unbemerkten Blick auf eigene Daten verhindern. Die drei wichtigsten Programme werden auf der CD ausführlich vorgestellt: Der XERO-Browser zum Surfen, das E-Mail-Programm Retroshare sowie der Dateitransfer mit Imule. ■

Wir danken dem AK Vorratsdatenspeicherung.
Infos unter: www.vorratsdatenspeicherung.de

1| Richtlinie 2006/24/EG: http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/en/oj/2006/l_105/l_105 20060413en00540063.pdf; umgesetzt im deutschen Gesetzesentwurf: http://dip.bundestag.de/btd/16/058/1605846.pdf

2| http://www.heise.de/newsticker/meldung/91627 vom 23. Juni 2007

3| Vgl. http://www.bundestag.de/bic/analysen/2006/zulaessigkeit_der_vorratsdatenspeicherung_nach_europaeischem_und_deutschem_recht.pdf; sowie vgl. dagegen: https://www.datenschutzzentrum.de/polizei/20070627-vorratsdatenspeicherung.pdf; sowie das Bundesverfassungsgericht: http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg07-082.html

4| Bundesverfassungsgericht – Pressestelle – Pressemitteilung Nr. 82/2007 vom 27. Juli 2007 – 1 BvR 370/07; 1BvR 595/07 — http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg07-082.html

5| http://www.vorratsdatenspeicherung.de

Für die Spaltung Belgiens

Die flämischen Separatisten

Fast ein Dreivierteljahr nach den Parlamentswahlen hat Belgien immer noch keine neue Regierung. Schuld daran sind Autonomieforderungen starker Kräfte in Flandern, der niederländischsprachigen nördlichen Hälfte Belgiens, denen die französischsprachige südliche Hälfte, die Wallonie, nicht nachgeben will. Eine Lösung ist noch nicht in Sicht. Die krassesten Forderungen, nämlich separatistische, vertritt eine rechtsextreme Partei – der Vlaams Belang. Sie erhielt bei den belgischen Parlamentswahlen 18,9 Prozent aller Stimmen in Flandern. Das sind derzeit die höchsten Werte einer rechtsextremen Partei in Europa.

»Eigen volk eerst« (das eigene Volk zuerst) und »België barst« (Belgien soll zerbersten) – die beiden Hauptparolen des Vlaams Belang entsprechen seinen politischen Hauptbetätigungsfeldern. Der Rassismus, den die Partei hoffähig machen will, richtet sich in aggressiver Form gegen Migrantinnen und Migranten. Ihrer Vorgängerorganisation Vlaams Blok war im November 2004 sogar gerichtlich bescheinigt worden, »dauerhafte Anstachelung zur Spaltung der Bevölkerung und zum Rassismus« zu betreiben. Weil das Urteil nicht nur eine Streichung staatlicher Zuschüsse zur Folge gehabt, sondern auch die Parteiarbeit zur Straftat gemacht hätte, transformierte sich der Vlaams Blok wenige Tage nach dem Gerichtsbeschluss in den personell und inhaltlich weitgehend identischen Vlaams Belang.

Geht es nach dem Vlaams Belang, wird Belgien nicht mehr lange bestehen. Die Partei verlangt die Spaltung des Landes und die Gründung eines eigenständigen Staates Flandern. Hinter der Forderung steht keineswegs nur blinder völkischer Radikalismus, der die verhassten französisch sprechenden Wallonen aus dem Süden des Landes loswerden will. Seit den 1970er Jahren setzt sich der flämische Norden mit seinen Dienstleistungszentren und dem Hafen Antwerpen wirtschaftlich immer weiter von der Wallonie ab, die es nicht geschafft hat, sich rechtzeitig von der niedergehenden Schwerindustrie zu lösen. Seitdem treibt Wohlstandschauvinismus den Separatismus in Flandern voran: Ausgleichszahlungen an die ärmeren Landesteile sollen gestoppt, der Reichtum in den eigenen Taschen einbehalten werden.

Die Flämische Bewegung

Die Kooperation des Vlaams Belang bzw. seines Vorgängers Vlaams Blok mit der deutschen extremen Rechten ist traditionell eng. Sie beruht auf solider Tradition und reicht bis zum Ersten Weltkrieg zurück. Schon lange vor Kriegsbeginn, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, war in Belgien die Flämische Bewegung entstanden – eine Reaktion des niederländischsprachigen Bevölkerungsteils auf die Dominanz der damals deutlich wohlhabenderen französischsprachigen Wallonie. Radikalen Flamen reichten die Sprachengesetze nicht aus, die gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts das Niederländische in Flandern zur offiziellen Landessprache erhoben. Sie nutzten die deutsche Besatzung während des Ersten Weltkriegs, um sich mit dem Reich gegen den wallonischen Landesteil zu verbünden. 1917 riefen sie einen eigenen Staat Flandern aus, jedoch ohne Erfolg: Mit dem Abzug der deutschen Truppen verloren sie ihren Einfluss, mussten fliehen oder wurden in Belgien wegen Kollaboration inhaftiert.

Die flämischen Sezessionisten benötigten nach der Niederlage nicht allzu lange, um sich zu konsolidieren. Schon 1919 waren sie an der Gründung der »Frontpartij« beteiligt, der ersten großen politischen Partei des flämischen Separatismus. 1928 konnte ei-

[1]

[1] Filip Dewinter von Vlaams Belang als Redner beim Europakongress der REPs am 6. Oktober 2007 in Mainz.

ner der führenden Kollaborateure des Ersten Weltkriegs, August Borms, als Kandidat der Frontpartij eine Wahl in der heutigen Vlaams Belang-Hochburg Antwerpen mit großer Mehrheit gewinnen. 1929 wurden die Kollaborateure amnestiert, darunter auch Borms (der allerdings 1946 wegen erneuter Unterstützung für die deutschen Besatzer im Zweiten Weltkrieg doch noch hingerichtet wurde). In den 1930er Jahren ging es rasch bergauf. Vor allem der 1933 gegründete Vlaamsch Nationaal Verbond (VNV) konnte die extreme Rechte in Flandern bündeln und erhielt bei den Wahlen im Jahr 1936 13,6 Prozent, 1939 sogar 14,7 Prozent der Stimmen.

Nach dem Einmarsch der Wehrmacht im Mai 1940 kollaborierte VNV-Chef Staf de Clercq eng mit den NS-Besatzern, beteiligte sich mit seiner Organisation auch an der Deportation der belgischen Jüdinnen und Juden. »Staf de Clercq ist einer der historischen Anführer der Flämischen Nationalen Bewegung«, lobte Filip Dewinter im August 2005: »Unsere Partei, der Vlaams Belang, ist ihr Nachfolger.« Dewinters Äußerung war keine Provokation, sondern ernst gemeint. »Während der deutschen Besatzung«, schreibt der Vlaams Belang in einem Überblick über die flämische Bewegung, »wurden die Sprachgesetze zum ersten Mal korrekt angewandt und der Prozess der Französisierung wurde gestoppt.« Begeisterte Kollaborateure traten in die Waffen-SS ein, wurden Mitglied im SS-Freiwilligen-Verband Flandern. »Tausende von Flamen kämpften an der Ostfront gegen die UdSSR«, schwärmt der Vlaams Belang noch heute. Als die alliierten Armeen im August 1944 die belgische Grenze erreichten, riefen die Kollaborateure zur Flucht nach Deutschland auf. Dort bildeten sie bis zum Ende des Krieges eine flämische Regierung im Exil.

Von der Kollaboration sind zahlreiche flämische Nachkriegspolitiker geprägt. Kein Wunder: »Während des Zweiten Weltkriegs stand ein großer Teil der flämischen Nationalisten auf seiten des Deutschen Reichs«, schrieb Karel Dillen im März 1992 in »Nation Europa«. Nach eigener Einschätzung selbst nur »passiver Kollaborateur«, wurde er bald Mitglied der 1954 gegründeten Volksunie. Als diese in den 1970er Jahren ihre radikalen flämischen Positionen mäßigte und vom Separatismus auf die Forderung nach Sonderrechten für Flandern innerhalb eines föderalen Belgien einschwenkte, gründeten Hardliner in der entstehenden Lücke neue Organisationen, darunter vor allem den Vlaams Blok. Prägende Figur des Vlaams Blok war Dillen. Er blieb bis 1996 Vorsitzender der Partei, wurde für sie ins belgische Parlament und später dann auch ins Europaparlament gewählt. Im Brüsseler Abgeordnetenhaus hätten seine ersten Worte dem Deutschen Rudolf Hess gegolten, berichtete er später stolz.

Sympathie mit kroatischen Milizen

Die NS-Neuordnung Europas hat der im April verstorbene Dillen zeitlebens mit Wohlwollen betrachtet. »Die offizielle Geschichte hat aus Pavelic ein Monster gemacht«, verkündete er einst über den Anführer der prodeutschen Ustascha-Faschisten in Kroatien: »Nichts ist weniger wahr. Niemand kann bestreiten, daß er von einer tiefen Liebe für sein Volk erfüllt war, und daß er während all dieser extrem schwierigen Jahre große persönliche Anstrengungen gemacht hat, die Interessen seines Volkes zu sichern.« Die Sympathie des Vlaams Blok galt denn auch zu Beginn der 1990er Jahre den kroatischen HOS-Milizen, mit denen Filip Dewinter sich »in weitgehender Übereinstimmung« sah – völlig zu Recht: Auch bei ihnen handelte es sich um extrem rechte Kräfte, die auf der Basis eines relativen Wohlstandschauvinismus die Sezession aus einem ärmeren Bundesstaat durchzusetzen suchten. Der Vlaams Blok schickte damals Hilfslieferungen, seine Jugendorganisation behauptete gar, Kämpfer nach Kroatien entsandt zu haben. Ein Freund Dewinters sprang mit der Gründung einer kroatisch-flämischen Handelsvertretung ein.

Wie die HOS-Milizen wird der Vlaams Belang auf einen eigenen Staat keinesfalls verzichten. Solange der Streit bei der Regierungsbildung in Brüssel sich nur um Autonomierechte für Flandern dreht, schaut die Partei belustigt zu. Und hält sich bereit für die Zeit, wenn eine Einigung gar nicht mehr zu erreichen ist und Belgien wirklich vor dem Auseinanderbrechen steht. ■

Francos langer Schatten

Am 11. November 2007 sollte ein Aufmarsch der rechten Democracia Nacional in Madrid stattfinden. Auf dem Weg zu einer Gegendemonstration wurde der 16jährige Antifaschist Carlov Javier Palomino von einem Neonazi durch Messerstiche ermordet.

Lars Laumeyer

Lars Laumeyer ist Sprecher der Antifaschistischen Linken Berlin (ALB).

Mehr Informationen: www.nodo50.org

Der Herbst 2007 war in Madrid von zahlreichen faschistischen Demonstrationen und Gegenaktionen geprägt. Am 11. November 2007 plante die Democracia Nacional (DN) im Stadtteil Usera einen Aufmarsch unter der Losung »Gegen den antispanischen Rassismus«. Die Coordiandora Antifascista, eine lokale Antifa-Koordination, organisierte Proteste. Inspiriert durch die erfolgreichen Blockaden gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm im Juni 2007 wollten sie den Aufmarsch verhindern und durch eine nicht-öffentliche Mobilisierung Polizei und Neonazis überraschen. Am Vormittag versammelten sich rund 250 Personen in einem linken Zentrum, um mit der U-Bahn direkt zu dem Platz zu fahren, an dem sich die Neonazis sammelten. Ein System aus Meldern informierte die AntifaschistInnen über Polizeikontrollen und die Anzahl der Neonazis bis das Signal zum Aufbruch kam.

Die AntifaschistInnen zogen zur U-Bahnstation und füllten den gesamten Bahnsteig bis der Zug eintraf. Sie hatten noch nicht alle den Zug bestiegen, als es im ersten Wagon zu einer Auseinandersetzung mit einem Neonazi kam. Gegenüber dem AIB beschrieb ein Zeuge die Situation wie folgt: »Wir hörten und sahen Tumult und blickten auf, als nacheinander mehrere Leute blutüberströmt aus dem Zug taumelten. Zunächst wussten wir nicht, was vor sich ging. Erst als Carlos zusammenbrach und wir den Nazi mit seinem Jagdmesser sahen realisierten wir den Ernst der Lage«. Der Neonazi wurde überwältigt und entwaffnet. Er konnte jedoch flüchten

[1] Trotz Verbot demonstrierten Antifaschisten anläßlich Carlos Ermordung in Madrid.

Francos langer Schatten

Spanien überwand erst vor rund dreißig Jahren den Faschismus, als der langjährige Diktator Francisco Franco starb. Es folgte die Zeit der »Transición« (dt. Übergang) und die Eingliederung in das kapitalistische Westeuropa. Parteien, Gewerkschaften und eine unabhängige Presse wurden wieder zugelassen. Eine Entnazifizierung oder gar eine Aufarbeitung der 40jährigen faschistischen Herrschaft blieb jedoch aus. Kein Angehöriger des Franco-Regime musste sich verantworten: kein Aufseher der spanischen KZ, kein Mörder aus der berüchtigten Guardia Civil, keiner der Richter, die noch bis in die 1970er Jahre Todesurteile unterzeichneten und auch niemand aus Verwaltung oder Militär.

Das Franco-Regime legte den Faschismus anders aus als Hitler oder Mussolini. Die traditionell starke katholische Kirche war ein zentrales Standbein des spanischen sogenannten »Klerikal-Faschismus«. Die faschistische Partei Francos, die Falange, konnte einflussreiche religiöse Organisationen wie den Opus Dei oder die Acción Católica für sich gewinnen.

Die Falange ist noch heute eine legale politische Partei und führt regelmäßig Ehrungen an Geburts- und Todestag von Franco durch.

und wurde erst später festgenommen. Es sollte sich herausstellen, dass er Berufssoldat und Angehöriger der »Königlichen Garde«- ein Teil der spanischen Armee - war. Der U-Bahnverkehr war zum erliegen gekommen und die Antifas zogen zu Fuß Richtung Neonazi-Aufmarsch. Einige Freunde von Carlos blieben bei dem Verletzten. Inzwischen war ein Notarzt eingetroffen, der jedoch ohne Polizei die unterirdischen Bahnsteige nicht betreten durfte. Die Antifas mussten die Verletzten selbst bergen. Während einer der Verletzten in ein Krankenhaus gebracht wurde, mussten Notärzte Carlos vor Ort versorgen. Er hatte jedoch so viel Blut verloren, dass er noch am U-Bahnhof starb.

Die Nachricht von Carlos' Tod verbreitete sich. Die Polizei reagierte mit äußerster Brutalität gegen die protestierenden AntifaschistInnen und löste gleichzeitig den Aufmarsch der DN vorzeitig auf. Der Tod von Carlos wurde schnell von den Medien aufgenommen, die jedoch den politischen Hintergrund leugneten und von »Auseinandersetzungen zwischen Banden« sprachen. Noch am gleichen Abend versammelten sich 1000 Personen zu einer Kundgebung. Statt vom neonazistischen Mord an einem 16jährigen Antifaschisten zu sprechen, übernahmen die Medien vielmehr Äußerungen von Polizei und Politik, die von Randalierern und Chaoten sprachen.

In den Folgewochen waren weitere Neonazi-Aufmärsche geplant, die jedoch durch massive antifaschistische Mobilisierungen verhindert werden konnten. Die Madrider Regierung hatte zwar alle linken Demonstrationen verbieten lassen, was jedoch von den antifaschistischen Gruppen ignoriert wurde. Eine Woche nach Carlos Tod zogen 4.000 Personen zum Bahnhof Legazpi und montierten eine Gedenktafel für Carlos. ■

Von Altfaschisten bis Neonazis

In Spanien ist die extreme Rechte äußerst stark. Diese manifestiert sich vor allem in der großen konservativen Volkspartei Partido Popular (PP). Sie ist aus der Franco-Partei Falange hervorgegangen und konnte sich bis heute nicht dazu durchringen, den spanischen Faschismus offiziell zu verurteilen. Innerhalb der PP ist Platz für Alt-Franquisten, die bei regelmäßigen Großaufmärschen der PP mit bis zu 500.000 TeilnehmerInnen auch Banner der Falange tragen. Die PP schafft es geschickt, rechte Bevölkerungsteile zu diesen Mega-Events (wie etwa gegen die Ehe für Schwule und Lesben, gegen den »Terrorismus« der baskischen Untergrundorganisation ETA oder gegen die Legalisierung der Abtreibung) zu mobilisieren.

Daneben gibt es verschiedene kleinere extrem rechte Parteien, die zumeist von regionaler Bedeutung sind. So konnte in den 1990er Jahren die España 2000 mit Kampagnen gegen den Bau von Moscheen lokale Wahlerfolge erzielen.

Mit der Alianza Nacional (AN) und der Democracia Nacional (DN) gibt es heute gleich zwei Parteien, die sich an einem aktionistischeren Rechtsextremismus à la NPD orientieren. Statt auf Katholizismus setzen sie auf »Nation, Rasse, Sozialismus« (AN). Die »Sozialrepublikanische Bewegung« (Movimiento Social Republicano) orientiert sich an den »kapitalismuskritischen« Strömungen innerhalb des deutschen Nationalsozialismus.

Der Organisationsgrad dieser Gruppierungen ist regional sehr unterschiedlich. In den linken Hochburgen in Katalonien und im Baskenland sind sie bedeutungslos, während sie etwa in der Region Valencia sehr stark sind. Dort kontrolliert die AN einen Teil des Geschäfts mit Prostitution, Drogen- und Waffenhandeln und ist mit zahlreichen Firmen im Bereich Wachschutz, Kampfsport und Diskotheken tätig.

In Spanien gibt es zudem eine rechte Skinheadbewegung, zahlreiche Musikgruppen und Szeneläden sowie einen Ableger von Blood & Honour. In mehreren Geschäften ist inzwischen auch die deutsche Marke Thor Steinar erhältlich.

[1] Die Alianza Nacional propagiert »Nation, Rasse, Sozialismus«.

Italienisch für Anfänger

Wie man die Angst zu verhungern mit der Angst ausgeraubt zu werden bekämpft

Italien hat schon immer eine gewisse Faszination auf Deutschland ausgeübt: sei es als Inspiration für die Linke, auf den Spuren Goethes oder für ein Stelldichein mit Venus und Bachus an der adriatischen Küste. Es genügt jedoch, sich einmal aus den historischen Altstädten herauszubewegen und einen Blick in die gängigen Tageszeitungen zu werfen, um einer gewissen Unruhe, die sich Land auf Land ab verbreitet, gewahr zu werden.

Angelo Di Marco und Lars Röhm – Rom

Linke wie Rechte Regierungen haben die Heimat des dolce far niente innerhalb der letzten zehn Jahre auf eine tour de force in Richtung europäische Auflagen und Weltmarktfähigkeit geschickt. Anders gesagt: das italienische Gesellschaftsgefüge bröckelt an allen Ecken und Enden. Im Zuge des Projektes, die Europäische Union bis 2010 im Dienstleistungssektor weltweit als Marktführer zu etablieren, ist es vor allem der Arbeitsmarkt an dem gewaltig gerüttelt wird. Was in Deutschland mit den Hartz-Gesetzten für den grössten gesellschaftlichen Wandel seit dem Zweiten Weltkrieg gesorgt hat, wurde zuvor schon in Italien als die so genannte Legge Biagi ausprobiert. Und so hat sich selbst im Land der traditionellen, katholischen Grossfamilie das Gefühl der finanziellen Unsicherheit zum Teil in eine zunehmende Individualisierung und einen zunehmenden Egoismus übersetzt. Doch auch eine Krise steht niemals nur auf einem Bein. So nimmt es nicht Wunder, dass auch der Wandel von einem Land, welches bis vor wenigen Jahrzehnten ein reines Auswanderungsland war, hin zu einem Einwanderungsland nicht ohne Spuren zu hinterlassen vorbeizieht. Und so wechseln sich Afrikaner, Chinesen, Araber und Albaner darin ab, die Neugier, aber auch das Misstrauen der Bevölkerung auf sich zu ziehen und zuweilen den Sündenbock für alles mögliche, das im Lande schief läuft abzugeben. Mit der letzten EU-Osterweiterung – aber auch schon zuvor – fällt diese Rolle hauptsächlich den Rumänen und den Roma zu.

Wer hat Angst vorm schwarzen Mann

Die schwächelnde italienische Wirtschaft will in erster Linie eines: billige Arbeitskraft. Wie in jedem anderen Land, bringt jedoch vor allem eine Bevölkerungsschicht eben diese erforderlichen Qualitäten mit – die der Immigranten. Im Falle der Rumänen gilt es jedoch zwei Dinge zu beachten, welche diese Gruppe von Migrantinnen und Migranten ein wenig abhebt: zum einen die Tatsache, dass es sich um EU-Bürger handelt und zum anderen die bilateralen Beziehungen Italiens und Rumäniens vor der EU-Erweiterung. So hatte bereits die Regierung Berlusconi einiges auf die Karte gesetzt, die Wirtschaft anzukurbeln, in dem in Rumänien billig produziert und fleissig exportiert wird. Der freie Fluss von Kapital steht auf einem Blatt, die Bewegungsfreiheit von Personen steht allerdings auf einem ganz anderen Blatt. Und somit bemühte sich die ehemalige Mitte-Rechts Regierung, vor allem unter Federführung von Postfaschisten und Lega Nord, die Einwanderung auf das Nötigste zu reduzieren – d.h. die Lücken für unterbezahlte und Schwerstarbeit im heimischen Arbeitsmarkt zu schliessen. Mit der letzten EU-Erweiterung hat sich die Mitte-Links Regierung Prodis dazu entschlossen, sich unter die Länder zu reihen, die nicht – wie seinerzeit die BRD beim EU-Beitritt Polens – die Einwanderung bzw. die Bewegungsfreiheit der neuen EU-Bürger begrenzen. Es verwundert kaum, dass diese neue Situation in Rumänien – vor allem unter den ausgegrenzten Bevölkerungsschichten wie den Roma – die Hoffnung auf ein besseres Leben jenseits der Adria auf den Fährten des von der Italienischen Wirtschaft in Rumänien gemachten Geldes wecken. Dass sich diese Hoffnung nur in den seltensten Fällen bewahrheitete, bleibt das tragische Schicksal migrantischer Biografien.

Die folgende Zuwanderung verursachte ein Sperrfeuer der rechten Presse, allen voran jener aus dem Hause Berlusconi, die sich auf jedes, von Rumänen oder Roma begangene Delikt stürzten und ihnen die legitime Nachfolge der albanischen Mafia andichteten. Der Höhepunkt der Meinungsmache wurde allerdings er-

reicht, nachdem im Oktober 2007 in Rom die Frau eines hochrangigen Marineoffiziers von einem jungen Roma umgebracht wurde. Die Jahre des Berlusconismus sind an Italien keineswegs spurlos vorbeigezogen und haben selbst die Mitte-Links Regierung Prodis mit einer gehörigen Dosis Populismus ausgestattet. So verwundert es kaum, dass am Tag nach dem Verbrechen per Eildekret auch die Abschiebung von EU-Bürgern im Falle einer Bedrohung für die öffentliche Sicherheit beschlossen wurde und innerhalb weniger Tage darauf bereits 24 Rumänen ausgewiesen wurden.

Law and order gegen den far west

Eine politische Binsenweisheit besagt, dass, wer ein Problem nicht lösen kann (oder nicht lösen will), ein anderes Problem braucht, um vom eigentlichen abzulenken. Unter Ex-Premier Berlusconi verbreitete sich schnell die Legende vom far west im eigenen Land, in dem jahrelang flüchtige und unauffindbare Mafiabosse in der Regel bei sich zu Hause vor dem Fernseher verhaftet werden und Zigeuner rauben und plündern, als ob es einen neuen Einfall der Barbaren gegeben hätte. Dabei ist Tatsache, dass die Kriminalitätsrate (Morde eingeschlossen) seit Jahren sinkt, während die Zahl der tötlichen Arbeitsunfälle steigt. Und bevor der »Pöbel« sich in den Kopf setzt der Regierung aufs Dach zu steigen hetzt man den einen Schlucker gegen den anderen auf. Doch auch Prodi und sein Generalstab von Technokraten haben sich als Garanten zur Umsetzung von EU-Richtlinien einen Namen gemacht, was zu gewissen Kontinuitäten führt. Somit wurde das Anfang Januar verabschiedete Sicherheitspaket – welches das erwähnte Dekret in ein Gesetz fasst – der Regierung Prodi ein gekonnter Rundumschlag: gemeingefährliche EU-Bürger werden ausgewiesen, höhere Strafen für Verkehrssünder unter Alkoholeinfluss und ganz nebenbei und fast unter der Hand eine DNA-Datenbank für die Verfolgung schwerer Verbrechen und nicht zuletzt internationaler Terroristen verabschiedet. Alles streng im Einklang mit dem Antidiskriminierungsgesetz der EU.

Und während sich Rifondazione Comunista (RC) und die Partito dei Comunisti Italiani (PdCI) freuen, dass auch die schrittweise Umwandlung der Flüchtlingslager in eine Art Abschiebegefängnisse beschlossen wurde, machen sich die Bürgermeister der Lega Nord daran, Ausländern ohne nachweisbares Einkommen zu verbieten, ihren Wohnsitz anzumelden, sowie Ausländern ohne Papiere die standesamtliche Hochzeit zu gewähren. Da scheint der Zug der Mailänder Bürgermeisterin, keine Kinder von illegalen Migranten in Schulen und Kindergärten aufzunehmen, beinahe schon moderat. Und während eine Gegenbewegung mehr als dringend notwendig wäre, feiert die Politik das Ende der Ideologien. ■

Slowakei Rechtsaußen

Im Gespräch mit Antifaschisten aus Bratislava.

Das Gespräch zwischen AntifaschistInnen aus Bratislava und Berlin fand im September 2007 statt.

Seit Juli 2006 regiert eine anti-neoliberale Drei-Parteien-Koalition Slowakei. Geführt wird diese von der sich als sozialdemokratisch verstehenden Smer (»Richtung«), der rechtsnationalen Slowakischen Nationalpartei (SNS) und der bürgerlich-nationalen Bewegung für eine demokratische Slowakei (HZDS). Neben der staatstragenden Rechten gibt es in der Slowakei jedoch auch eine breite rechtsradikale Subkultur aus Skinheads, Hooligans und Hip-Hopern. Hauptquelle für das rechtsradikale Potential in der Slowakei ist darüber hinaus auch die Verklärung der Geschichte des Landes während des Nationalsozialismus und die Verehrung von Jozef Tiso, dem ersten Gründer eines eigenen slowakischen Staates 1939 unter der Vormundschaft von Nazi-Deutschland.

Kann man von einer Kontinuität von dem slowakischen Faschismus bis heute sprechen?

Es gibt eine politische Partei, die Slowakische Volkspartei (SLS), die erfolglose Konkurrentin der SNS. Man kann sagen,das sie die Kontinuität zwischen der faschistischen Slowakei und heute herstellt.

Gibt es Kontakte zwischen der Neonazi-/Hooliganszene, also der Subkultur, und der Partei?

Natürlich gibt es Kontakte. Aber viel mehr jüngere Leute betätigen sich in der Organisation Slovenská Pospolitos (SP) übersetzt die Slowakische Gemeinschaft. Sie ist ein Zentrum für politische Aktivitäten, denn die SP beteiligt sich an Kommunalwahlen. Kürzlich ist noch eine andere Organisation entstanden, die Národní Odpor (Nationaler Widerstand). Sie hat gute Beziehungen mit der gleichnamigen tschechischen Organisation.

Wie verhält sich die Altersstruktur in den Parteien?

Zuerst waren viele Jugendliche in Slovenská Pospolitos. Aber als die in den Medien auftauchten und wirklich politische Intentionen entwickelten, distanzierten sich viele Leute von ihnen. Die einstigen Sympathisanten wollten mit Politik nichts zu tun haben, und auch nicht mit dem Staat. Eine »Initiative für Redefreiheit« wurde gegründet und daraus entstand Národní Odpor.

Das heißt Národní Odpor ist eigentlich der Nachfolger der jungen Radikalen von Slovenská Pospolitos?

In Bratislava machten sie vor kurzem einen Marsch mit 200 Personen gegen Drogen. Sie haben auch ein paar Zellen in anderen Städten. Aktiv sind sie vor allem im Westen der Slowakei. In Nitra, dem Zentrum ihrer Aktivitäten in der Westslowakei, nahmen die Attacken auf alternative Jugendliche in letzter Zeit so zu, dass eine Bürgerinitiative mehr Repressionen gegen Neonazis forderte. Narodni Odpor versucht den »nationalen Widerstand« in beiden Teilen der ehemaligen CSSR zu organisieren.

Was sind Hauptthemen von Neonazis in der Slowakei?

Die öffentlichen Themen sind Drogen, Homosexualität, die ungarische Minderheit und die Roma. Ihre Angriffsziele auf der Straße sind vor allem Alternative, zum Beispiel wenn jemand ein »Palituch« trägt. In letzter Zeit sind es auch Austauschstudenten aus Afrika oder Lateinamerika.

Gibt es eine Gegenbewegung zu neonazistischen Bestrebungen?

Es gibt kleine antifaschistische Gruppen, aber die haben aus Sicherheitsgründen keinen Kontakt untereinander. Es ist wirklich gefährlich, vor allem hier in Bratislava. Die größte Gruppe ist die Antifaschistische Aktion Bratislava, entstanden vor vier Jahren. Sie ist quasi das Vorbild für andere Aktivisten, sie hat den »Monitor« gemacht und jetzt gerade die Kampagne gegen Thor Steinar. Sie hat auf der Strasse Neonazis angegriffen. Das war der erste Widerstand gegen Neonazis in der Slowakei überhaupt. Es wurde jedoch immer gefährlicher. Die Neonazis wussten bald, wo die Antifas wohnen und schlugen zurück. Autos wurden angezündet und viele Menschen verletzt.

Wie hat der Staat auf diese Konfrontationen reagiert?

Die Neonazis machten keine Anzeigen. Und der Staat war nicht an den Angriffen auf

Antifas interessiert. Es ist bis heute so, die Polizei reagiert nicht, wenn Neonazis jemanden angreifen. Vor zwei Jahren allerdings wurde ein junger Student von Neonazis ermordet. Der Student hatte lange Haare, er war ein Metal-Fan. Sechs verschiedene Messer wurden benutzt, eine organisierte Gruppe also. Danach gab es einen Kerzenmarsch mit circa 3000 Leuten. Es war wirklich ein großes Thema, aber nach ein paar Wochen hat man nicht mehr darüber gesprochen.

Wie ist die Situation heute im Vergleich zu vor vier Jahren?

Die Generationen haben gewechselt. Die alten Neonazis interessieren sich nun mehr für ihre Geschäfte. In drei Läden verkaufen sie Klamotten und Zubehör. Und die jungen Neonazis interessieren sich nicht so für Politik. Bei Demonstrationen anlässlich der Gründung des slowakischen faschistischen Staates waren nur 20 oder 30 Neonazis da. Heute sind Hooligans und der Fußballverein CK Slovan Bratislava angesagt. Der harte Kern seiner Fans wird von Neonazis gebildet und Neonazifans rund um den Club nehmen zu. Oft wird in der 88igsten Minute »8-8-88« skandiert und zum Hitler-Geburtstag wurde ein Transparent mit »alles gute Adi« gezeigt. Die Polizei hat nichts gemacht, die Medien haben aber über den Vorfall berichtet.

Ist die Neonaziszene denn so geschlossen oder vermischen sich da auch Subkulturen?

In einem Club namens »Randal«, der nicht offensichtlich links ist, aber von Punks besucht wird, gab es immer Stress. Auf einem Konzert tauchten plötzlich Neonazis auf. Der Besitzer von »Randal« meinte darauf, er wolle keine Antifas in seinem Club haben und hat sie rausgeschmissen. Seitdem gibt es unter Antifa-Gruppen einen Boykott des Clubs.

Auch bei Konzerten von »Zona A« kommen Neonazis. Nach einem Vorfall mit Hooligans, die auf einem Konzert »Sieg Heil« brüllten und Streit anfingen, hat die Band ein Statement geschrieben: »Zona A« sei apolitisch und auch Punk sei schon immer apolitisch gewesen.

Gibt es so etwas wie Lifestyle in dieser Szene?

Ja! Man erkennt Neonazis an Klamotten, z.B. »Eightyeight«, eine slowakische Marke, dann Thor Steinar. Oder an Stickern. Es gibt aber auch Leute die sehr schick aussehen, die teure Klamotten oder auch Hooligans, die sportliche Klamotten tragen. Das Skinheadimage geht zurück. Bomberjacke und Springerstiefel sieht man nicht mehr so viel. In Bratislava gibt es zwei Läden mit Neonazi-Stuff. Die Preise sind hoch und mit dem Geld werden politische, aber auch Hooligan-Aktionen unterstützt. In letzter Zeit wurde begonnen, auch die Hip-Hop-Szene zu sponsern. Für Hip-Hop-Battles z.B. stellen die Läden umsonst Thor Steinar- und 88-Klamotten.

Thor Steinar wird also in der Hip-Hop-Szene getragen?

Ja, es ist wirklich gelungen, in diese Szene einzudringen. Die Hip-Hopper stehen drauf, es ist groß, das gefällt ihnen. Jetzt ist das Problem, Neonazis von Hip-Hoppern zu unterscheiden. Thor Steinar ist schon relativ teure Kleidung. Jemand, der 60 Euro für einen Pullover ausgibt, der macht das doch bewusst, auch in der Hip-Hop-Szene. Die Szene weiß, dass sie damit Neonazis unterstützt, aber sie kümmern sich nicht darum. In letzter Zeit gibt es Diskussionen in Hip-Hop-Foren, wo einige Leute sagten, sie wollen Neonazis nicht unterstützen oder auf ihren Konzerten tolerieren.

Vielen Dank für das Gespräch. ■

[1] Plakate für ein Punkkonzert im Club Randal, welcher Antifaschisten den Zutritt verwehrte. Die Band Zona A erklärte in Bezug auf neonazistische Hooligans im Publikum sie seien unpolitisch.

»Sie müssen mit Gegenwehr rechnen«

Antifas aus Russland im Interview

Immer wieder kam es in den letzten Jahren in Russland im Zuge gewaltsamer rassistischer Übergriffe zu Todesfällen. Eine Vielzahl von Neonazi-Gruppen und Organisationen konnte jahrelang ungestört agieren und auf eine weit verbreitete, staatlicherseits mitgeschürte Fremdenfeindlichkeit aufbauen. In den letzten Jahren bildeten sich aber in größeren Städten Antifa-Gruppen, die sich gegen die Übergriffe der Neonazis inzwischen wirkungsvoll zur Wehr setzen. Kirill aus Moskau und Roman aus der westrussischen Stadt Bryansk berichten über Antifaarbeit in Russlands Provinz und Hauptstadt.

Wie stellt sich die aktuelle Situation in Moskau und Bryansk Ende des Jahres 2007 dar?

Kirill: Die Situation hat sich im Vergleich zu der sehr krassen Zeit vor zwei Jahren etwas entspannt. Unzählige Angriffe trafen damals vor allem Menschen dunkler Hautfarbe, vor allem aus dem Kaukasus- und Angehörige der Punk- und Hardcore-Subkultur, mit zum Teil tödlichen Folgen. Jetzt ist es etwas ruhiger geworden. Die Neonazis haben verstanden, dass sie mit Gegenwehr rechnen müssen. Sie scheuen sich offen ihre Symbole zu zeigen und sich auf unseren Veranstaltungen oder Konzerten blicken zu lassen.

Roman: In Bryansk ist die Auseinandersetzung noch in einem sehr frühen Stadium. Das, was Moskau schon erlebt hat, entwickelt sich dort gerade erst. Alle Jugendlichen hingen früher zusammen herum und es kam zu keinen Auseinandersetzungen zwischen ihnen. Die Szenen haben sich inzwischen auseinanderdividiert: Sie kommen nicht länger auf die von uns veranstalteten Konzerte, sondern sprechen anonyme Drohungen gegen uns aus. Manchmal bedrohen sie einzelne Leute nach Konzerten, aber sie gehen darüber nicht hinaus. Vieles deutet darauf hin, dass es bald zur Eskalation kommen wird, von ihrer wie auch von unserer Seite.

Könnt ihr einen kurzen Überblick über die eigenen Strukturen geben? Wie viele Leute sind mit der Antifa verbunden? Was für Aktionen finden statt?

K: Die heutige Antifa bildete sich als Selbstschutz vor den Neonazi-Angriffen auf die Punk/HC-Szene. Wenn es am Anfang vor allem darum gegangen war, sich zu schützen und die eigene Sicherheit zu gewährleisten, wurde die Gewalt schließlich auch zu einem der Mittel, die Wurzeln der Probleme anzugehen.

Wie ist die Situation in Bryansk?

Hier gibt es die Punk/HC-Szene und die Aktivität geht meist von unserer Seite aus. Zum Beispiel veranstalten Anarchisten food not bombs-Suppenküchen, an denen viele von uns beteiligt sind. Bei diesen Aktionen kamen auch Neonazis, die offen unsere Veranstaltungen abfotografierten und uns zuriefen, dies wäre unsere letzte Aktion gewesen. Sie kommen aus Zusammenhängen der Fußballhools und der DPNI, der rechtsradikalen »Bewegung gegen die illegale Einwanderung«. Die DPNI ist in Bryansk verboten worden, einige ihrer Leute sind aber nach wie vor aktiv. Sie hatten auch angekündigt das letzte Hardcore-Konzert sprengen zu wollen. Wir haben alles Notwendige dafür getan, dass alle unbeschadet zum Konzert hin und wieder zurückkamen. In Moskau war die Situation dagegen sehr schwierig.

K: In Moskau fingen sie mit den Angriffen an, hinterrücks und in Überzahl. Die jetzige Situation ist kein Spiel, das ist Krieg.

Ihr habt euch Erfolge erkämpft. Inwieweit hängen diese Erfolge zusammen mit der Kampagne in den Massenmedien

gegen Neonazi-Skinheads und den Maßnahmen des Staates gegen Neonazis?

K: Vorweg: Zwischen uns und der Staatsmacht oder der Miliz bestehen keinerlei Kontakte. Der Staat verfügt natürlich über wirksame Mittel und manchmal werden diese auch angewendet. Es bleibt aber die Frage, wie ehrlich das gemeint ist. Es gibt die Auffassung, dass der Staat das Ganze selbst initiiert oder zumindest die Entstehung geduldet hat und nun zum Schein damit ringt.

R: In letzter Zeit werden verstärkt Leute in Bryansk vom Inlandsgeheimdienst FSB befragt. Wegen des letzten Konzertes bekam ich als Veranstalter Besuch von zwei Herren in Zivil, die sich als Mitarbeiter der Abteilung Organisiertes Verbrechen vorstellten. Sie fragten an, ob wir Probleme mit Neonazis hätten und gaben mir eine Telefonnummer.

Wie ist euer Verhältnis zu offiziellen Organisationen wie der Putin-Jugend Nashi (die Unsrigen), die sich selbst als »antifaschistisch« bezeichnen, aber sich in vielem so Obrigkeitsergeben wie der alte Komsomol verhalten?

K: Einzelne Leute von Nashi haben mir mehrfach die Zusammenarbeit angeboten. Sie haben vorgeschlagen, dass wir uns gegenseitig helfen könnten und sie auch etwas anzubieten hätten, nämlich die Unterstützung der Regierung. Eine Zusammenarbeit habe ich abgelehnt, mit dem Verweis darauf, dass ich ihrer Vereinigung und auch der Regierung nichts abgewinnen könne. Für mich ist Nashi keine antifaschistische Bewegung und auch keine, die ernsthaft daran geht, Probleme zu lösen.

R: Nashi richten sich zudem nicht nur gegen Neonazis, sondern gegen alle »Outsider der Gesellschaft«. Und da zählen sie die Punk/HC-Subkultur mit dazu. Ihr Ideal sind staatstreue Bürger, die sich konform und gesetzestreu verhalten.

Eure Aktionen gegen Neonazis sind sehr gefährlich. Wie geht ihr mit Repressionen von staatlicher Seite um?

K: Das persönliche Risiko bei Angriffen verletzt zu werden ist immer da. Es ist nicht vorhersehbar was der gegenüber aus der Tasche zieht. Und es besteht das Risiko, von der Miliz geschnappt zu werden. Es kommt zum Verhör wenn sie einen erwischen. Aber unsere Leute sind aufrichtig ihren Freunden und unseren Ideen gegenüber. Wir verraten nichts. Wenn politische Großereignisse wie Wahlen anstehen werden unsere Aktionen jedoch gefährlicher, weil dann die staatlichen Organe sensibel reagieren und verstärkt vorgehen. Dann kommt es auch schon mal zu Gerichtsprozessen.

Ist das in der Vergangenheit geschehen?

K: Empfindliche Haftstrafen sind bisher gegen Antifas nicht verhängt worden. Das Maximum waren fünf Tage Haft, weil ihnen die Beteiligung an einer Aktion nachgewiesen werden konnte. In politisch ruhigen Zeiten werden diese Fragen in der Regel finanziell geregelt. Die Wirkung ist dann eher eine moralische. Gerade wenn junge Leute geschnappt werden, versuchen die staatlichen Organe sie auf diesem Weg einzuschüchtern. Wir stellen uns inzwischen auf derartige Situationen ein, versuchen Geld zu sammeln über Soli-Konzerte oder regelmäßige Beiträge der Aktivisten, damit wir denjenigen schnell helfen können, die Probleme bekommen.

Engagiert ihr Euch neben dem antifaschistischen Kampf noch in anderen Bereichen? Ihr habt food not bombs erwähnt...

K: Wir sind eine sehr heterogen zusammengesetzte Truppe. In den Regionen haben wir es vielfach mit sehr jungen lokalen Szenen zu tun. Dort ist das Bedürfnis sehr groß, viele Gemeinsamkeiten zu haben. In Moskau dagegen gibt es einige gegensätzliche Auffassungen innerhalb der Szene. Diese Differenzen münden jedoch nicht in Auseinandersetzungen. Denn alle verstehen, dass jeder seine eigene Meinung haben kann. Innerhalb der Szene finden Leute aus unterschiedlichen Subkulturen zusammen. Da das größte Problem aller die Übergriffe der Neonazis sind, engagieren sie sich gemeinsam in der Antifa.

Wie kann man die antifaschistische Bewegung in Russland aus dem Ausland unterstützen?

K: Man kann Informationen über die Situation in Russland im Ausland verbreiten. Oder für Bands, die unsere Ideen teilen und verbreiten, Konzerte organisieren. Wir freuen uns auch über Infomaterial wie Zeitschriften, Broschüren oder Aufkleber. Die größte Hilfe ist aber die Solidarität. Wir sollten uns untereinander austauschen und uns öfter über Grenzen hinweg treffen. Die Probleme mit denen wir kämpfen gibt es ja nicht nur in Russland sondern überall auf der Welt.

Vielen Dank für das Gespräch. ■

Heimattreue Deutsche Jugend

Während Teile der Republik mal wieder über ein Verbot der NPD debattieren, agiert seit Jahren ungestört eine neonazistische völkische Organisation im Hintergrund: Die Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ).

Die Journalistin Andrea Röpke legt mit Hilfe vieler lokaler AntifaschistInnen eine umfangreiche Recherchearbeit zur HDJ in Form eines Buches vor. Bevor Röpke auf den folgenden mit zahlreichen Abbildungen illustrierten Seiten die von Ihr gesammelten Fakten über den offiziell im Oktober 2000 unter dem Namen »Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ) – Bund zum Schutz für Umwelt, Mitwelt und Heimat e.V.« gegründeten Verein darlegt, führt der Politologe Gideon Botsch ins Thema ein. Botsch setzt sich mit der selbst kreierten Traditionslinie der HDJ kritisch auseinander. Er erläutert dabei gut die Unterschiede und Wesensgleichheit zwischen der Bündischen Jugend, der Hitler-Jugend, der SS und der heute wirkenden HDJ.

Mit einem Rückblick beginnt auch der Hauptteil des Buches. Röpke ruft noch mal die Geschichte, Arbeitsweisen und Strukturen der 1994 verbotenen Wiking Jugend ins Gedächtnis des Lesers. Die 1952 gegründete WJ war bis zu ihrem Verbot die dienstälteste Organisation der bundesrepublikanischen extremen Rechten. Durch ihre Jugendarbeit ging ein bedeutender Teil des Kaderstammes des deutschen Neonazismus. Teilweise über Generationen hinweg wurden Kinder mit Volksgemeinschaftsideologie, Rassismus und dem Recht des Stärkeren indoktriniert und paramilitärisch ausgebildet.

Die Übereinstimmungen zwischen der verbotenen WJ und der HDJ sind nicht nur in der Form und Art der Verbreitung der nazistischen Ideologie gegeben, sondern auch an Hand von Personen und ganzen Sippen nicht zu übersehen. Wer früher als Kind in Lagern der WJ war, ist heute oft Förderer oder Mitglied in der HDJ. Bekannteste Beispiele sind die NPDler Udo Pastörs, Stefan Köster und der Barde Frank Rennicke. Aber auch Aktivisten aus dem Spektrum der »freien Kameradschaften« wurden in der Wiking Jugend sozialisiert.

Wohin die Ideologie und das Training in den Camps der WJ und heute der HDJ führt, konnte schon so mancher Journalist am eigenen Leibe erfahren, wenn er sich den bei ihren Zusammenkünften gerne unbeobachtet bleibenden näherte.

Neben einer Einordnung und Beurteilung der auch bei Experten bis vor kurzen kaum beachteten HDJ bietet das Buch auch einen sehr guten Einblick in die tatsächlichen Aktivitäten des Vereins sowie dessen Relevanz für den heutigen Rechtsextremismus. Hier wurde akribische Recherchearbeit vor Ort betrieben und nicht nur, wie bei ähnlichen Publikationen häufig feststellbar, die Veröffentlichungen der HDJ ausgewertet. Ein guter Anteil der publizierten Materie dürfte unveröffentlichtes Material sein und so auch Interesse bei Kennern der Szene hervorrufen.

Die Lektüre des Bandes wird empfohlen, um beim wahrscheinlich eintretenden Verbot der HDJ mitreden zu können. ■

Andrea Röpke: Ferien im Führerbunker. Die neonazistische Kindererziehung der »Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ)«.
(Hrsg.) Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen.
128 Seiten, 5,– Euro
Braunschweig, 2007

Antidemokratisches Wurzelwerk

Die ideengeschichtliche und kulturelle Einordnung der völkischen Bewegung in Deutschland steht unter dem Primat ihrer Betrachtung als Quelle des Nationalsozialismus. Dies ist zwar legitim, sogar notwendig, schränkt jedoch den Blick auf ihr ideengeschichtliches Eigenleben und die Wechselwirkung mit anderen politischen Strömungen der Weimarer Zeit ein. Auf dieses Dilemma verwiesen bereits die Herausgeber des 1996 erschienen Handbuchs zur völkischen Bewegung, welches den Versuch unternahm, die Physiognomie von Ideen und Akteuren gleichsam zu erden, ihnen exemplarisch Kontexte, Motiv- und Quellenlagen zuzuordnen. Ein im Jahr 2005 erschienener Sammelband setzt diesen Versuch sehr gelungen fort.

Im Vorwort nehmen die Herausgeber explizit Bezug auf die Publikation des Handbuchs zur völkischen Bewegung und reklamieren für Ihren Sammelband eine, wenn auch nicht systematische, so doch exemplarische Vertiefung einzelner Aspekte des Themas. Der Band versammelt einige zum Teil anderenorts bereits erschienene Aufsätze, die sowohl um Akteure, als auch um Ideen und Netzwerke der extremen Rechten der Weimarer Republik kreisen. Man darf die an den Anfang gestellten Aufsätze von Louis Dupeux und Hans Mommsen als komparatistische Einführung ins Thema lesen, die das Feld abstecken, in dem zu suchen sei. Hier werden die Standards zur Theorie über den sogenannten »Neuen Nationalismus« und die »Konservative Revolution« souverän und gut verständlich so eingeführt, dass auch ein im Thema fast unbeschlagener Leser einen Eindruck von der Materie erhält. Die folgenden Aufsätze sind jedoch in ihrer Art inhaltliche Tiefenbohrungen, welche ein erhebliches Vorwissen notwendig erscheinen lassen. Die Sammlung sucht das Thema durch die fünf Zugänge zu erschließen. Dies liest sich instruktiv, weil die klar getrennten Zugänge es erleichtern, sich im antidemokratischen Wurzelwerk der völkischen Bewegung zu orientieren. Ein Zugang sind charismatische Personen und die sich um sie gruppie-

renden Kreise. Als Beispiele seien hier so unterschiedliche Figuren wie Stefan George und Ernst Niekisch genannt, in deren Werk und Wirkung eingeführt wird. Mit Erkenntnisgewinn liest man jene Aufsätze, die sich dem publizistischen Netzwerk der völkischen Bewegung, also ihren Verlagen, Zeitschriften und Autoren zuwendet. Denn für sie beschreibt Autor Justus H. Ulbricht nicht nur ihr inhaltliches Profil, sondern auch ihre Geschäfts- und Vertriebsstrategie, die sich als eine Kulturgeschichte der breiten Rezeption völkischer Broschüren, Handreichungen und Erbauungsheftchen liest, die für die Diffundierung völkischer Inhalte auch in sogenannte bildungsferne Schichten sorgte. Dabei ist interessant zu lesen, dass sich das Netzwerk völkischer Verlage bewusst vom bildungsbürgerlichen Börsenverein abgrenzte.

Der Band führt anschaulich die Funktionsweise einer politisierten Ästhetik (Walter Benjamin) und die Kommunikation ihrer Inhalte vor Augen, deren unpolitisches Selbstverständnis über erhebliche politische Implikationen verfügte, die von ihren Rezipienten auch so gedeutet wurden. Exemplarisch belegt der Band, dass in der Weimarer Republik vom Kaiserreich herkommend ein eigenständiger vorpolitischer, kultureller Raum entstand, in welchem völkische Inhalte in vielfältiger Form präsent blieben und ihre Wirkung entfalten konnten. Dieses Faktum nicht nur als Vorgeschichte des Nationalsozialismus zu begreifen bedeutet, in dem kaum mit der damaligen Entwicklung vergleichbaren Segment der Verankerung völkischer Ideologieelemente in der kulturellen Alltagspraxis nach von der extremen Rechten intendierten Analogien zu suchen und sie politisch zu bekämpfen. ■

SCHMITZ, Walter / VOLLNHALS, Clemens: Völkische Bewegung, Konservative Revolution, Nationalsozialismus: Aspekte einer politisierten Kultur
Thelem Verlag Dresden, 2005,
420 S., 45,00 EUR€

Geringer Erkenntnisgewinn

Wer gegenwärtig eine Publikation zur NPD auf den Buchmarkt bringt, kann sich des Interesses breiter Leserschichten gewiss sein. Doch nicht jedes Buch hält, was sein Titel verspricht, wie diese Magisterarbeit zeigt.

In der Einleitung lässt der Autor keinen Zweifel darüber aufkommen, dass er die von Backes/Jesse wesentlich entfaltete Extremismustheorie für den maßgeblichen wissenschaftlichen Zugang zum Themenkontext hält. Zwar wird die gängige sozialwissenschaftliche Literatur zum bundesdeutschen Rechtsextremismus referiert, doch die der Schule Backes/Jesse entlehnten vorgebrachten Einwände gegen die Forschungsansätze von Stöss/Niedermeyer et al bleiben blaß. Eine Methodendiskussion um die Messskalen und die Bewertung rechtsextremer Einstellungspotentiale unterbleibt weitestgehend. Leider. Der Autor folgt der Referentin der Konrad Adenauer Stiftung Viola Neu in ihrer Auffassung, nur bei sieben Promille der Deutschen läge eine manifest rechtsextreme Einstellung vor. Hingegen werden von ihm Einstellungspotentiale wie Autoritarismus offenbar dem Konservatismus, und somit dem Bereich der verfassungskonformen Einstellungen zugeordnet. Darüber kann man trefflich streiten. Der Autor deutet diese Auseinandersetzung jedoch nur an.

Sodann wird die Geschichte der NPD skizziert, in deren Darstellung sich Brandstetter an den Standardwerken der vergangenen Jahrzehnte orientiert. Interessanter liest sich seine Bewertung der programmatischen Neuorientierung der Partei ab Mitte der neunziger Jahre. Brandstetter unterlässt es, das ideengeschichtliche Konglomerat zu beleuchten, aus dem sich die NPD für ihre politische Selbstinszenierung bedient. Den für den politischen Wiederaufstieg entscheidenden Schritt der Partei, sich dem jugendkulturellen Neonazismus der 1990er Jahre langfristig kulturell zu öffnen, um somit erfolgreich an der Schnittstelle zwischen Jugendkultur und Politik agieren zu können, erwähnt Brandstetter nur am Rande. Offenbar verstellt ihm das eher statische Analyseraster der Parteiensoziologie den Blick auf die sich in diesem Feld vollziehende Entwicklungsdynamik. Dennoch betont er an mehreren Stellen immerhin, rechtsextreme Einstellungen und Handlungsweisen seien als Phänomen nicht auf die Jugend beschränkt. Ebenfalls unterbelichtet bleiben die Versuche der Partei, sich im vorpolitischen Raum der Alltagskultur zu verankern.

Mit Gewinn hingegen liest man jene Passagen des Buches, in denen der Autor aus seinen für diese Arbeit geführten Interviews mit dem NPD-Landtagsabgeordneten Gansel zitiert. Dessen gewohnt offenherzige Aussagen zur Politik und Strategie der NPD weiß Brandstetter mit seinen eigenen Einschätzungen zu kontrastrieren. Dies sind die lesenswertesten Abschnitte des Bandes. Erstaunlich ist, dass der Verfasser offenbar meint, fast gänzlich auf Originalquellen aus dem Publikationsspektrum der NPD verzichten zu können. Stattdessen finden sich Internetportale wie Spiegel online und Blick nach rechts als Sekundärquellen inflationär zitiert. Das ist ärgerlich, da durch die parlamentarische Repräsentanz der NPD deren Eigenpublikationen in einer zuvor nicht gekannten Weise zugänglich sind.

Insgesamt ist die Studie nur von geringem Erkenntniswert. Der Autor trägt keine interessante Hypothese vor und hält seine Prognosen über die politische Zukunft im Vagen. Zu Recht merkt der Autor in seiner Einleitung an, es fehle an einer politikwissenschaftlichen Gesamtdarstellung der NPD zur Mitte des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts. Dies kann und soll eine Magisterarbeit nicht leisten. Es erscheint jedoch mehr als fraglich, ob die vorliegende Studie auch nur Bausteine für eine wünschenswerte Gesamtdarstellung liefert. Als Einführung in den kaum noch zu überschauenden öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs über die NPD ist dieses Buch dennoch gut etwa für Studenten zu lesen. Den mit dem Thema näher befassten Leser muss dieses Buch gemessen an seinem im Titel formulierten Anspruch enttäuschen. ■

Brandstetter, Marc: Die NPD im 21. Jahrhundert: eine Analyse ihrer aktuellen Situation, ihrer Erfolgsbedingungen und Aussichten;
Tectum-Verlag, Marburg 2006, 200 S., 24,90 EUR

Abonniert

das Antifaschistische Info Blatt

Abokonditionen

Preise*

→ für 5 Ausgaben im Abo 15,50 Euro

Weiterverkauf

→ ab 3 Exemplaren je 3,10 Euro

→ ab 5 Exemplaren 20% Rabatt

→ ab 50 Exemplaren 25% Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.

AIB 77
Militarismus – Von Traditionspflege bis Landserheftchen; V-Mann Skandal in NRW; 60 Jahre VVN

AIB 76
Verschwörungstheorien; Von »Blood & Honour« zu »Combat & Survival « ?; Zeev Sternhell

Impressum

Antifaschistisches Info Blatt
20. Jahrgang
Nummer 78 | 1.2008

Preis 3,10 Euro
Auslandspreis 4,10 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. M. Heinlein (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

AbsenderIn

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle Ausgaben.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

EmpfängerInnen

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

WIR MACHEN KEINE WITZE

Und wenn Sie einen brauchen, der Sie froh macht oder lieb hat – den müssen Sie schon selber mitbringen. In KONKRET gibt's nichts als die Wahrheit, Klarheit und sittlichen Ernst im Kampf gegen die drei großen Plagen der Menschheit: Kapitalismus, Imperialismus und Männer am Steuer. Wir helfen dem Fortschritt aufs Fahrrad.

konkret

lesen, was andere nicht wissen wollen

Ja ich will **konkret** drei Monate für 9,50 Euro Sonderpreis unverbindlich testen. Meiner Bestellung liegen

O Scheck O Bargeld O Briefmarken

in dieser Höhe bei.

Das Probeabo endet automatisch nach Ablauf der drei Monate. Ein Normalabo kostet 53 Euro, Studenten zahlen 43 Euro.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer, Telefon

PLZ, Wohnort

Datum, Unterschrift

Coupon senden an:
KVV KONKRET, Ruhrstr. 111, 22761 Hamburg
oder: http://www.konkret-verlage.de/kvv